

P r o t o k o l l

Nr. 35**über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug****Dienstag, 15. Dezember 2009**

14.00 - 21.10 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsidentin Isabelle Reinhart

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 34 vom 17. November 2009
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Stadtentwicklung: Ziele, Aufgaben, Projekte
Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2053 vom 29. September 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2053.1 vom 26. Oktober 2009
4. Finanzplan 2010 - 2014
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2059 vom 3. November 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2059.1 vom 23. November 2009
5. Budget 2010
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2060 vom 27. Oktober 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2060.1 vom 23. November 2009
6. Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug:
Anpassung des Pensionskassen- und Personalreglements; 2. Lesung
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2031.2 vom 10. November 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2031.3 vom 24. November 2009
7. Gottschalkenberg Lagerhaus/Restaurant: Neue Umgebungsgestaltung; Baukredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2050 vom 8. September 2009
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2050.1 vom 1. Oktober 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2050.2 vom 26. Oktober 2009

8. Instandsetzung Kulturzentrum Galvanik: Baukredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2054 vom 27. Oktober 2009
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2054.1 vom 10. November 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2054.2 vom 24. November 2009
9. Interessengemeinschaft Galvanik Zug (IGGZ): Kulturzentrum Galvanik;
Erhöhung Betriebsbeitrag
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2055 vom 27. Oktober 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2055.1 vom 24. November 2009
10. Spitex: Bericht zur Kostenentwicklung beim Verein Spitex Kanton Zug
Bericht des Stadtrats Nr. 2062 vom 10. November 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2062.1 vom 24. November 2009
11. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Ratsmitglieder Nicole Kistler und Martin Spillmann; die übrigen 38 GGR-Mitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der GGR hat sich bisher als kreativer, toleranter und kompromissbereiter Rat bewiesen. Die heutige Doppelsitzung steht unter dem Titel der Budgetdebatte, ist aber mittlerweile reich befrachtet, u.a. mit Fragen zur Jugendkultur. Ratspräsidentin Isabelle Reinhart ermahnt daher die anwesenden Ratsmitglieder, auf dem Boden zu bleiben, Augenmass zu halten und nicht den berühmten roten Faden zu verlieren. Ratspräsidentin Isabelle Reinhart beabsichtigt auch nicht, bis in die frühen Morgenstunden zu tagen, sondern möchte das alte Jahr mit Stolz und Freude feierlich ausklingen lassen.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 34 vom 17. November 2009

Zur Traktandenliste:

Barbara Hotz stellt Antrag auf Änderung der Traktandenliste: Bei der heutigen GGR-Sitzung handelt es sich traditionsgemäss um die Budgetsitzung, welche jedes Jahr im Dezember stattfindet und immer bereits um 14 Uhr beginnt. Dies rührt daher, dass in früheren Jahren sehr oft intensive Diskussionen um die verschiedensten Positionen geführt worden sind. Diese Zeiten scheinen vorbei zu sein, und die Debatte zu Budget und Finanzplan füllen voraussichtlich nicht mehr eine ganze Doppelsitzung. Nichts desto trotz sind für die FDP-Fraktion diese Traktanden, sprich 4 und 5, die wichtigsten der heutigen Sitzung. Deshalb ist es notwendig, diese auch als erstes zu behandeln. Das derzeit an Traktandum 3 geführte Thema der Stadtentwicklung sollte am besten nach dem Thema der Galvanik behandelt werden. Denn auch zu den Traktanden 6 bis und mit 9 benötigt der Stadtrat vom GGR heute zwingend einen Entscheid, will er nicht mit seiner Pflichterfüllung in Verzug geraten. Die FDP-Fraktion möchte dem Thema der Stadtentwicklung nicht seine Wichtigkeit absprechen. Da es sich jedoch von Seiten des Stadtrates um einen Zwischenbericht handelt, ist die FDP-Fraktion aber der festen Überzeugung, dass eine Verschiebung dieses Traktandums möglich ist. Dem Hinweis des Stadtrates auf die wirklich wichtige und dringliche Sache sei bereits jetzt entgegnet, mit besserer Planung der Vorlagen lassen sich solche Diskussionen von vorne herein verhindern. Barbara Hotz ersucht den GGR, den Antrag auf Abänderung der Traktandenliste zu unterstützen.

Stadtpräsident Dolfi Müller ist ein grosser Verfechter von Traditionen. Traditionen können aber manchmal auch gegen die Vernunft verstossen. In diesem Fall tut es das etwas. Mit dem Zwischenbericht möchte der Stadtrat aufzeigen, was die Stadtentwicklung zu leisten bereit ist und was sie leisten kann. Das hat auch Einfluss aufs Budget. Es wäre daher sinnvoll, den Zwischenbericht vor dem Budget zu behandeln. Stadtpräsident Dolfi Müller hätte aber auch die Möglichkeit, sich zum Thema Stadtentwicklung im Zusammenhang mit dem Budget zu äussern. Nachdem aber das Geschäft der Stadtentwicklung bereits an der letzten Sitzung traktandiert war, macht es Sinn, dass es heute behandelt wird. Stadtpräsident Dolfi Müller stellt daher den Gegenantrag, dieses Geschäft unverändert auf der Traktandenliste zu belassen.

Abstimmung

über den Antrag von Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion, Traktandum 3 nach Traktandum 9 zu verschieben:

Für den Antrag von Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion stimmen 18 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 18:16 Stimmen den Antrag von Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion gutgeheissen hat. Traktandum 3 wird daher nach Traktandum 9 behandelt.

Die Traktandenliste ist somit in der veränderten Form gutgeheissen.

Zum Protokoll Nr. 34 vom 17. November 2009

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und somit das Protokoll Nr. 34 der Sitzung vom 17. November 2009 stillschweigend genehmigt ist.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Motion Rupan Sivaganesan betr. Alte Lokremise für junge Kultur als Zwischennutzung

Mit Datum vom 14. Dezember 2009 hat Gemeinderat Rupan Sivaganesan gestützt auf § 42 Abs. 1ter der Geschäftsordnung des GGR folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird ersucht, sofort mit den SBB betreffend vorläufigen Erhalt der alten Lokremise beim Zuger Bahnhof und betreffend Zwischennutzung dieses Gebäudes für jugendkulturelle Anlässe in Verhandlung zu treten.

Begründung:

Am 12. Dezember 2009 hat die in Zug beliebte Band „Blehmuzik“ für ihre Plattentaufe eine spezielle Lokalität gewählt: die alte Lokremise beim Zuger Bahnhof, ein Überbleibsel des alten Bahnhofs. Es waren über 150 Personen anwesend. Die SBB wollen diese Lokalität im Frühjahr abreißen. Das am letzten Samstag durchgeführte Konzert hat jedoch gezeigt, dass die SBB auch bereit sein könnten, die Lokalität vorderhand noch für (jugend-)kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Zug büsst zunehmend an Räumen für die Jugend- und Alternativkultur ein und mit dem Brand des Kulturzentrums Galvanik im Herbst 2008 gingen zusätzlich wertvoller Raum für Konzertveranstaltungen, Lounges sowie insbesondere Proberäume und Ateliers für jugendliches Kulturschaffen verloren. Die Galvanik soll zwar wieder aufgebaut werden, doch gemäss GGR-Vorlage Nr. 2054 wird der Neubau erst Ende 2010 beziehbar sein. In der Zwischenzeit ist auch die Initiative für eine kulturelle Nutzung der Räumlichkeiten im alten Kantonsspital gescheitert. Weiter zielt auch das Angebot des neu ausgerichteten Podiums 41 nicht mehr auf jugendliche BesucherInnen ab. Eine Zwischennutzung der alten, 1897 erstellten Lokremise beim Bahnhof für Jugend- und Alternativkultur erscheint deshalb als eine ideale, unkomplizierte und gleichzeitig auch kostengünstige Lösung, die, wie das Blehmuzikkonzert zeigt, sich auch bereits bewährt hat. Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, mit den SBB in sofortige Verhandlungen zu treten, um eine Zwischennutzungsvereinbarung abzuschliessen.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: gestützt auf § 42 Abs. 1ter, GSO, wird ausserordentliche Dringlichkeit gewünscht. Gemäss GSO können bei ausserordentlicher Dringlichkeit 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder die sofortige Behandlung beschliessen, ohne dass die Motion zur Überweisung traktandiert worden ist. Sinn und Zweck einer sofortigen Behandlung ist es, vorwärts zu machen, nämlich eine Motion erheblich zu erklären, ohne dass der Stadtrat vorgängig einen Bericht und Antrag erstellen muss.

Rupan Sivaganesan begründet die Dringlichkeit der Motion: An der Party der Blehmuzik am letzten Samstag haben u.a. auch einige Politiker teilgenommen. Total waren über 150 Personen anwesend. Rupan Sivaganesan fand dieses Lokal sehr sympathisch und gut und hat sofort mit den SBB Immobilien Kontakt aufgenommen und sich er-

kündigt, ob und allenfalls wann das Gebäude abgerissen werde. Nach Auskunft der SBB wird das Gebäude Ende März abgerissen. Rupan Sivaganesan hat anschliessend auch die Galvanik und den Verein Notfall angefragt, ob sie allenfalls bereit wären, in dieser Zwischenzeit die Verantwortung für eine Zwischennutzung zu übernehmen. Die Galvanik bezahlt in der Spinnihalle für eine Veranstaltung CHF 7'000.-- und wäre daher sehr froh, wenn das Lokal noch zwei bis drei Monate zur Verfügung stände. Mit den SBB kann vielleicht auch über eine Verlängerung bis im Sommer verhandelt werden. Darum geht es in dieser Motion und nicht, wie heute in der Neuen Zuger Zeitung steht, dass dieses Lokal erhalten bleibe. Rupan Sivaganesan ersucht daher, die Motion dringlich erheblich zu erklären, damit der Stadtrat offiziell mit den SBB Verhandlungen aufnehmen kann. Nach der Veranstaltung am letzten Samstag sind verschiedene Anfragen bei den SBB eingegangen. Es wäre daher besser, wenn der Stadtrat als offizielle Behörde Verhandlungen mit den SBB führt und nicht Privatinvestoren oder private Initianten.

Karl Kobelt war bei der CD-Taufe der Blehmuzik vom letzten Samstag ebenfalls zugegen und genoss diese tolle Atmosphäre und schöne Veranstaltung. Die Geschichte um die Lok-Remise beim Bahnhof Zug beginnt aber vor fast zwei Jahren. Das allein stellt die Dringlichkeit der Motion in Frage. Darüber hinaus gibt es inhaltliche Erwägungen grundsätzlicher Art, die zur Ablehnung des Begehrens bewegen. Betreffend der Teilergänzung der Stadtbahn Zug und des Objektkredits für Ausbau der Linie S2 zwischen Baar Lindenpark und Walchwil erstattete der Regierungsrat bereits am 29. Januar 2008 Bericht und stellte Antrag an den Kantonsrat, er möge der Teilergänzung und dem Objektkredit über CHF 35,4 Mio. für den Ausbau der Linie S2 zwischen Walchwil und Baar Lindenpark zustimmen. Die Hälfte des Betrags würde vom Bund übernommen, wenn man mit den Arbeiten bis Ende 2008 beginne. Wie es im besagten Beschlusstext schon damals hiess, soll unter anderem der Abschnitt Zug Bahnhof-Baar Lindenpark um ein drittes Gleis erweitert werden. Auch die vor wenigen Tagen erfolgte Eröffnung der S-Bahn-Haltestelle Casino war Teil des Projekts. In der Kantonsratsdebatte vom 8. Mai 2008 war dieses Vorhaben völlig unbestritten. Dass damit die alte Lok-Remise beim Bahnhof Zug weichen muss, war niemandem im Rat auch nur eine Bemerkung wert. Auch Motionär Rupan Sivaganesan, der zugleich Mitglied des Kantonsrats ist, hat damals keine Anzeichen zu erkennen gegeben, wonach er sich gegen den Abbruch der Remise wenden würde. Dass der Abbruch dieser Remise eine Folge des Ausbaus der S2 wäre, war damals bereits bekannt und explizit in der Vorlage erläutert. Im Herbst desselben Jahres wurde die Vernehmlassung zum Kantonsratsbeschluss abgeschlossen. Selbst seitens der Denkmalpflege waren zu keinem Zeitpunkt Einwände vorgebracht worden. In der Folge trat der Kantonsratsbeschluss in Kraft. Wenn man die Lok-Remise schützen wollte, hätte man dies in der Diskussion um die Teilergänzung der S2 einbringen müssen. So gesehen erfolgt der Vorstoss zu spät. Abgesehen davon sind auch grundsätzliche Vorbehalte anzubringen. Man kann nicht auf der einen Seite den öffentlichen Verkehr fördern und ausbauen und zugleich mit dem vorübergehenden Erhalt einer Lok-Remise ein entsprechendes Projekt verzögern wollen. Wie im Übrigen gestern Montag seitens der SBB-Immobilien zu erfahren war, ist der Abbruch der alten Lok-Remise bereits Anfang März geplant. Ein Aufschub sei nicht möglich. Daraus ist zu

entnehmen, dass ein entsprechendes Verhandlungsmandat an den Stadtrat nicht nur widersprüchlich ist, sondern auch von Anfang an zum Scheitern verurteilt wäre. Aus diesen Gründen wendet die FDP-Fraktion sich entschieden gegen das nun vorgebrachte Begehren und ersucht den Rat, dem Antrag auf Ablehnung zu folgen.

Rupan Sivaganesan ist völlig einverstanden mit den Erwähnungen von Karl Kobelt. Mit der Motion wird auch nicht verlangt, dass dieses Gebäude erhalten bleiben soll oder muss. Es geht nur darum, dass während der dreimonatigen Zeit der Beibehaltung vielleicht solche Veranstaltungen durchführen kann. Der Stadtrat soll mit den SBB verhandeln.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion laut den Ausführungen von Karl Kobelt.

Urs Bertschi: Es ist selbstverständlich ein Unterschied zwischen der Einzelinitiative von Beat Holdener, zu der nota bene Karl Kobelt gesprochen hat, und dem Anliegen von Rupan Sivaganesan. Angesichts dieses wirklich erschreckend langweiligen Realitätssinnes der FDP und der SVP sei doch noch eine Lanze zu brechen, das Mandat laufen zu lassen und dem Stadtrat diese Option zu geben. Nützt es nichts, so schadet es auch nichts. Auf Kantonsratsbeschlüsse zurückzukommen, ist ziemlich langweilig. Ein Bedürfnis muss zuerst erkannt werden. Wenn das der Fall ist, kann man vielleicht noch etwas zu drehen versuchen. Wer da war - und Karl Kobelt war ja da - müsste zugestehen, dass es sich lohnen würde, hier nichts unversucht zu lassen. Solche Lokalitäten im Umfeld der Stadt Zug gibt es in der Tat nur ein Mal. Es handelt sich hier um ein gewaltiges Lokal für solche Kulturanlässe. Es lohnt sich auch, wenn es nur noch drei - oder viermal genutzt werden kann. Ob es überhaupt keine Möglichkeit gibt, das Gebäude zu erhalten, weiss in diesem Saal niemand. Man hat auch schon Alphütten von A nach B versetzt. Das kann man auch mit Lokremisen tun.

Karl Kobelt möchte folgende Anregung deponieren: Es war zu hören, dass die IGGZ eine Ausstellung machen möchte und damit schon bald bereit sei. Man könnte also direkt und ohne über den Stadtrat zu gehen seitens der IGGZ oder seitens von Privatpersonen an die SBB Immobilien gelangen und fragen, ob möglicherweise ein kleiner Aufschub denkbar wäre, damit diese Ausstellung noch möglich wäre. Dieses Vorgehen könnte Karl Kobelt sehr unterstützen.

Rupan Sivaganesan zieht den Antrag auf Dringlichkeit zurück und ist bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses auf dem üblichen Weg zu überweisen.

Stadtpräsident Dolfi Müller braucht als Stadtpräsident und Kulturverantwortlicher nicht zwingend einen Auftrag des Grossen Gemeinderates. Stadtpräsident Dolfi Müller wird auch so noch vor Weihnachten mit den SBB Kontakt aufnehmen. An jedem zusätzlichen Monat hätten sicherlich alle Freude - auch die FDP.

Manuel Brandenburg: Diese Art und Weise, indem das Parlament zwanzig Minuten über eine dringliche Motion gesprochen wird, der Motionär die Dringlichkeit zurückzieht und sich auch mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist und schlussendlich noch Stadtpräsident Dolfi Müller dazu spricht, zeigt, dass zwanzig Minuten für nichts gesprochen wurde. Das ist nicht so eine nette Art, mit dem Parlament umzugehen.

Rupan Sivaganesan hält am Postulat fest.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass das Postulat an der nächsten Sitzung zur Überweisung traktandiert wird.

Motion Urs E. Meier betr. „Register stadtrelevanter Studien und Berichte“

Mit Datum vom 15. Dezember 2009 hat Gemeinderat Urs E. Meier folgende Motion eingereicht:

„Die Stadt Zug führt und aktualisiert ein in Internet und Extranet zugängliches Register stadtrelevanter Studien, Berichte und ähnlicher Arbeiten. In das Register sind nebst eigenen auch Studien, Untersuchungen, Diplomarbeiten und dergleichen von Hoch- und Fachschulen aufzunehmen, soweit sie für die Stadt Zug von Interesse sein könnten. Die Dokumente sind leicht und unkompliziert zugänglich zu machen.

Begründung:

Die Vermutung, da habe es zu diesem oder jenem Thema doch schon einmal eine Studie oder einen Bericht gegeben, ist vielen geläufig. Doch, wann war das bloss, - und wo sind sie zu finden? Nebst dem Vermeiden von Doppelspurigkeiten darf ein beträchtlicher Erkenntnisgewinn erwartet werden. Wie oft genügen wir uns mangels wirklichem Wissen mit Mutmassungen? In Zeitungen und Zeitschriften zum Beispiel finden sich immer wieder Hinweise auf Studien und Untersuchungen in verschiedenen Fachgebieten, welche für die Arbeit von Verwaltung und politisch aktiven Kreisen interessant sein dürften. Spontan kommen mir drei Beispiele in den Sinn: Eine ETH-Studie zur Frage: Was macht eine Landschaft attraktiv? Oder eine Studie der Fachhochschule Luzern zur Frage, was das Bevölkerungswachstum einer Stadt bringe. Oder das Gutachten zu einem Verzeichnis der schützenswerten Bauten in der Stadt Zug von Irma Nosedà mit interessanten Aussagen zu Hirschen und Haus Zentrum. Die Zusammenarbeit und Koordination mit anderen Gemeinwesen ist anzustreben, wenn nicht sogar Voraussetzung. Vermutlich gibt es ja bereits ähnliche Sammlungen.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Gestützt auf § 42, Abs. 1 GSO wird die Motion an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

Interpellationen

Interpellation Philip C.- Brunner: Einsparmöglichkeiten bei der Strassenbeleuchtung auf Stadtgebiet und eine damit verbundene Gebührenreduktion für die Einwohnerschaft

Mit Datum vom 27. November 2009 hat Gemeinderat Philip C. Brunner folgende Interpellation eingereicht:

„Die Sendung SF „Kassensturz“ vom Dienstag, 20. Oktober 2009. beinhaltet einen sehr interessanten Beitrag zum Thema Strassenbeleuchtung. Es wurde festgehalten, dass alle Schweizer Gemeinden rund CHF 150 Mio. für die Strassenbeleuchtung (d.h. 1000 Gigawatt-Stunden Strom) ausgeben. Leider würden sie viel Energie und damit (Steuer-)Geld vergeuden. Der Grund sei: viele Ortschaften verwendeten heute wenig effiziente und vor allem veraltete Lampen. 1000 Gigawatt-Stunden, das sei soviel Energie wie ein Drittel der jährlichen Stromproduktion des Atomkraftwerks Mühleberg, wurde argumentiert. Das Sparpotential in den Gemeinden sei immer noch enorm. Die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) habe in einer Untersuchung festgestellt, dass der Verbrauch um rund einen Drittel gesenkt werden könnte. Ungefähr 40 Prozent der Gemeinden verbrauchten mehr als den empfohlenen Richtwert. Wichtig seien in diesem Zusammenhang: Energieeffiziente Lampen (LED), regelmässige, fokussierte Beleuchtung und Reduktionen nach Mitternacht. Vorbildlich, das zeigt die Erhebung von S.A.F.E., sind vor allem Gemeinden in der Ostschweiz, der Kanton Zug wurde dabei (leider) als „ungenügend“ (tiefrot) klassifiziert. In der Vergleichstabelle wird die Eigendeklaration der Stadt Zug wie folgt festgehalten:

Verbrauch spezifisch:	17.7 Mwh/km a
Grenzwert (GW):	12.0 Mwh/km a
Verbrauch:	1'700.0 Mwh/a
Das Sparpotential:	32,2 % = 547.4 Mwh/a

Dazu stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Zur Untersuchung der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E): Sind die in der Untersuchung der Agentur für Energieeffizienz und im Internet für Jedermann abrufbaren Ergebnisse überhaupt korrekt? Wenn Nein, warum nicht? Wenn Ja, dann ist dem Stadtrat offenbar schon bekannt, dass noch ein ganz erhebliches Sparpotential bei der Strassenbeleuchtung auf Stadtgebiet vorhanden ist. Welchen finanziellen Gegenwert stellt der Verbrauch für die Einwohnerschaft, welche diese Kosten direkt via WWZ-Elektro-Rechnung tragen, dar? Welches ist der durchschnittliche Betrag pro Einwohner der Stadt Zug, der bei einer 100% Umrüstung auf LED jährlich theoretisch eingespart werden könnte? Warum wurde dies bisher noch nicht zusammen mit der Netzbetreiberin WWZ umgesetzt, obwohl der Stadtrat immer wieder betont, wie tief er die Gebühren für die Einwohner halten will? Wie hoch schätzt der Stadtrat die benötigten Investitionen (neue Technologien, wie Natrium Hochdrucklampen) ein, um eine erstklassige Energieverwertung zu erreichen? Ist der Stadtrat bereit, dem GGR einen entsprechenden Investitionsantrag zu machen, mit den entsprechenden R.O.I. Berech-

- nungen (Return on Investment), - wenn vor allem der einzelne Strombezüger/Haushalte/Firmen die Nutzniesser dieser Investition wären? Oder möchte der Stadtrat eine solche, als allgemeine Unterhaltsmassnahme, ohne Antrag und Bericht in eigener Kompetenz durchführen?
2. Zum Stadtökologen: Wäre es nicht eine primäre Aufgabe des Stadtökologen (gewesen), solche Massnahmen vorzuschlagen? Hat er dies gemacht? Wenn Nein warum (noch) nicht? Wenn Ja, warum ist der Stadtrat bzw. die WWZ ihm nicht gefolgt, solche offenbar problemlos möglichen Energiesparmassnahmen umzusetzen? Ist der Stadtökologe bereit, sich entsprechend zusammen mit den WWZ-Verantwortlichen weiterzubilden, wenn im Jahre 2010 wieder eine Fachtagung „Trends in der Strassenbeleuchtung“ für Gemeindevertreter mit Begleitausstellung (und Apéro) stattfindet? Hat sich unser Stadtökologe evtl. schon angemeldet, nachdem man annehmen muss, dass er mit dem Thema noch nicht genügend vertraut ist? Welche Prioritäten setzt er in seinem Bereich, um die Gebührenlast auf die Einwohner zu senken - z.B. Kehrrechtgebührensenkung?
 3. Zur Energiestadt: Die Stadt Zug ist seit dem 20.5.1999 eine Schweizer Energiestadt und hat am 27.10.2007 erneut beim Trägerverein Energiestadt die Erteilung des Labels „Energiestadt“ beantragt und erhalten. Wie verträgt sich in diesem Zusammenhang das eher schwache Resultat der Stadt Zug, wenn eine kleine Zuger Gemeinde wie Menzingen mit einem Wert von 6,3 Mwh/km a und keinem mehr möglichen Einsparpotential abschliesst? Es bleibt noch festzuhalten, dass die Mehrheit der Zuger Gemeinden gar keine Selbstdeklaration abgegeben haben, auch die beiden Energiestädte Baar und Cham nicht, wobei die Gemeinde Steinhäusen mit einem Negativrekord von 27,9 Mwh/km a und einem Einsparpotential von 71,4 % das Zuger Schlusslicht markiert. Um wie viele %-Punkte könnte mit den Massnahmen der %-Energie-Benchmark der Stadt Zug im Vergleich zu heute verbessert werden?
 4. Zur Sicherheit der Einwohnerschaft auf den Strassen: Teilt der Stadtrat die Meinung, dass durch eine Erhöhung der Beleuchtung an sicherheitsrelevanten Orten eine Erhöhung der Sicherheits-Wahrnehmung erreicht werden kann? Verschiedene Schweizer Gemeinden haben offenbar ihre Beleuchtung nach Mitternacht, um Strom zu sparen, (zu) stark reduziert. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass eine teilweise Abschaltung nach Möglichkeit zu vermeiden ist, auch wenn die relevanten Energie-Benchmarks aus diesem Grunde verfehlt werden sollten?

Ich bitte den Stadtrat um schriftliche Beantwortung meiner Fragen.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Interpellant verlangt schriftliche Beantwortung seiner Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung des GGR hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Eingaben

Petition Pimp My Zug - Mehr Jugendkultur

Mit Datum vom 10. Dezember 2009 reichte Pimp My Zug folgende Petition ein:

„Seit dem Brand in der Galvanik sind die Räumlichkeiten für Jugendkultur nicht mehr nutzbar. Trotz grossem Einsatz der Jugendlichen für ein Provisorium im alten Kantonsspital ist auch dieses Projekt gescheitert. Seit dem Verlust der Galvanik, welche von einem breiten, kantonsübergreifenden jugendlichen Publikum besucht und geschätzt wurde, ist das Ausgangsangebot stark eingeschränkt und kulturelle Freiräume sind auf die Industrie 45 beschränkt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Bereits sind mehrere Vorlagen abgelehnt worden. Darum ist es uns wichtig, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen nicht noch länger hinausgeschoben werden. Die aktuelle Vorlage, welche in direkter Zusammenarbeit mit der IG-Galvanik erarbeitet worden ist und am 15. Dezember 2009 im GGR behandelt wird, umfasst in folgenden Punkten unsere Interessen:

- Kulturelle Vielfalt
- Räumlichkeiten/Proberäume für junge, regionale Kulturschaffende
- Charakter der Galvanik soll erhalten bleiben
- Sanierung der belasteten Böden
- Das eingeschränkte Ausgangsangebot in Zug erweitern (Abwanderung nach Zürich/Luzern aufhalten)
- Die Jugendlichen können mitbestimmen und selber aktiv werden.

Darum fordern wir:

- Bedürfnisse der Jugendlichen unterstützen, nicht abschmettern
- Geld investieren, auch in die Jugendkultur
- Rasche Aufnahme des Betriebs im Kulturzentrum Galvanik
- Die Annahme der Vorlage für die Instandsetzung des Kulturzentrums Galvanik durch den GGR

Unabhängig von Alter, Herkunft oder Wohnort können Sie helfen, dass der Zuger Jugendkultur wieder mehr Raum zur Verfügung steht. Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift, damit das Kulturzentrum kommenden Herbst seine Türen endlich wieder öffnet.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Petitionen haben kein Antragsrecht und keinen Anspruch auf Beantwortung. Das Begehren in diesem Fall hängt mit einem im Rat hängigen Geschäft zusammen, deshalb kommt § 45 Abs. 2 der GSO zur Anwendung. Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt daher vor, diese Petition innerhalb der beiden Galvanik-Geschäfte (Traktanden 8 und 9) zu behandeln.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit der GGR stillschweigend mit diesem Vorgehen einverstanden ist.

Einzelinitiative Beat Holdener für Erhalt und öffentliche Nutzung der Lokremise beim Bahnhof Zug

Mit Datum vom 14. Dezember 2009 hat Beat Holdener folgende Einzelinitiative eingereicht:

„Gemäss § 12 der Gemeindeordnung reiche ich als Stimmberechtigter der Stadt Zug folgende Einzelinitiative ein:

Die alte Lokremise beim Bahnhof Zug soll einer öffentlichen Nutzung als Kultur-, Veranstaltungs- oder Begegnungsraum zugeführt werden. Der Stadtrat nimmt mit den SBB Verhandlungen auf, um den Erhalt zu sichern, und legt dem Gemeinderat allenfalls eine Vorlage für die notwendigen baulichen Massnahmen vor.

Begründung: Die alte Lok- und Wagenremise zwischen Feldstrasse und Gubelstrasse wurde 1897 errichtet und ist ein zeuge des frühen Eisenbahnbaus. Ein letztes Relikt des alten Bahnhofs Zug. Die grosse Halle wird von den SBB nicht mehr benutzt und steht zurzeit leer. Mit ihrem historisch-industriellen Charme würde sie einen spannenden Raum für kulturelle oder andere öffentliche Nutzungen bieten. Sie könnte für Zug so etwas werden wie der Schiffbau in Zürich, eine Begegnungsstätte, die mit der Verbindung von Historischem und Modernem weit über die Region ausstrahlt und ein fantastischer Anziehungspunkt wurde. Die Lokremise könnte die Raumnot, die in der Zuger Kultur schon seit langem herrscht, vor allem auch für nicht etablierte Veranstaltungen, lindern. Das Gebäude eignet sich nicht nur hervorragend wegen seiner Grösse und seines Ambientes, sondern auch wegen der Lage, perfekt erschlossen vom öffentlichen und privaten Verkehr. Zudem ist an diesem Ort allfälliger Lärm, der bei anderen Objekten wie dem Kantonsspital oder beim Theilerhaus interessante Projekte behindert, weniger problematisch, da keine Anwohnerinnen und Anwohner in unmittelbarer Nähe betroffen wären. Dass das Gebäude von sehr hohem denkmalpflegerischen Wert ist, daran besteht kein Zweifel. Meiner Meinung nach müsste man es auch aus diesem Grund unbedingt erhalten. Es demonstriert die Bedeutung des Eisenbahnbaus und des öffentlichen Verkehrs für Zug, dokumentiert eine wichtige Epoche unserer industriell-gewerblichen Geschichte und ist eines der wenigen Gebäude um den Bahnhof aus der vorletzten Jahrhundertwende, das in Zug noch erhalten ist. Leider werden im Zuge des gegenwärtigen Baubooms die letzten Zeugen aus dieser Epoche leichtfertig geschleift. Nach Gotthardhof, Alpenblick, reformiertem Pfarrhaus, Pension Bahnhof, steht jüngst jetzt auch das schöne Backsteingebäude an der Rigistrasse auf der Abbruchliste. Bei der Lokremise wäre durch einen Erhalt kein Privateigentum eingeschränkt, vielmehr sollten auch die SBB Interesse und eine Verantwortung für die Pflege ihres historischen Erbes haben. Es ist klar, dass die Stadt über keine rechtlichen Mittel verfügt, um den Erhalt zu erzwingen. In erster Linie geht es darum, dass der Stadtrat mit den SBB Verhandlungen aufnimmt, welche das bestehende öffentliche Interesse manifestieren und dazu führen sollen, dass Alternativen zum Abbruch und zum Standort für die dort geplanten Abstellgeleise ernsthaft geprüft werden. Eine Studie könnte aufzeigen, welche Nutzungen möglich wären und wie das Gebäude betrieblich und baulich eingerichtet werden müsste. Dabei ist es durchaus denkbar, dass wie beim Schiffbau Zürich auch private Pla-

ner und Investoren beigezogen werden könnten. Natürlich wäre auch zu prüfen, ob das Gebäude einfach erhalten und weiter als Abstellhalle für Züge nutzbar wäre. Mit der Umnutzung der Lokremise würde sich der Stadt Zug jedoch eine Chance eröffnen, eine Begegnungsstätte von besonderem Wert zu schaffen und positiv wahrgenommen zu werden. Dies ist vor allem auch im Bereich des ehemaligen LG-Areals sinnvoll, wo man es mitten im Zentrum leider unterlassen hat, eine gemischte Nutzung oder sogar ein lebendiges Entertainment Center vorzusehen, sondern eine eintönige Bürowürste realisiert hat, die am Abend völlig tot ist. Auch in den neuen Wohngebieten um die Feldstrasse fehlt jedes urbane Leben das hier geschaffen werden könnte. Ist es nicht absurd, wenn wir verzweifelt Standorte für ein neues Kunsthaus suchen, aber vorhandene, wertvolle Gebäude, die mit ihrer Ambiance unglaubliche Strahlkraft entwickeln und der Stadt eine Identität geben könnten, ohne weiteres abreissen? Ist es nicht befremdend, wenn wir unsere Künstlerinnen und Künstler nach Berlin schicken, bei uns aber Räumlichkeiten kaputtmachen, die hier genau diesen kreativen Freiraum ermöglichen würden, der dort den grossen Reiz ausmacht? Warum soll in Zug nicht möglich sein, was an anderen Orten wie in St. Gallen mit Erfolg realisiert wurde, nämlich aus ehemaligen SBB-Gebäuden attraktive Kultureinrichtungen zu machen?

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, ich danke Ihnen für die wohlwollende Prüfung dieses Anliegens.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: § 40 der GSO legt fest: Sofern der Grosse Gemeinderat das Anliegen der Einzelinitiative nicht ohne weiteres ablehnt, überweist er sie an den Stadtrat zur Bericht- und Antragstellung. Der Rat hat also die Möglichkeit, diese Einzelinitiative abzulehnen oder, falls der Rat sie prüfen lassen möchte, an den Stadtrat zu Bericht und Antrag zu überweisen.

Karl Kobelt beantragt namens der FDP-Fraktion die Ablehnung dieser Einzelinitiative. Inhaltlich ist darüber bereits gesprochen worden. Nach der Kantonsratsdebatte von Mitte letzten Jahres ist eine Vernehmlassungsfrist gelaufen, während der die Öffentlichkeit die Möglichkeit hatte, ihre Gedanken und Anträge einzubringen. Diese Vernehmlassungsfrist ist ungenutzt verstrichen. Karl Kobelt findet an sich das Anliegen als sympathisch und begrüßenswert, nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen vom 12. Dezember 2009. Eigentlich wäre das ein schützenswertes Objekt. Aber dem Rat sind die Hände gebunden, jetzt über die politische Schiene das zu tun. Deshalb appelliert Karl Kobelt auch diesbezüglich an den Einzelinitianten, direkt an die SBB zu gelangen. Der Rat kann nicht einen demokratisch zustande gekommener Entscheid nach einer unverstrichen verlaufenen Vernehmlassung jetzt umstossen.

Philip C. Brunner ist etwas überrascht, da er weder an der Party teilnehmen konnte noch schon die heutige Zeitung gelesen hat. Das Gebäude steht seit 1897 in der Stadt Zug. Die Stadt Zug hat eine gewisse Tradition. Es sind nun Sachen auf den Tisch gekommen, über die sich Philip C. Brunner eine Meinung bilden möchte. In diesem Sinne beantragt er die Vertragung des Geschäftes. Abgesehen von Kultur sind hier durchaus auch andere Veranstaltungen (Ausstellungsraum, leises Gewerbe usw.) durchaus denk-

bar. Das Lokal hat Charme. Philip C. Brunner ist zwar heute telefonisch aus der Anwohnerschaft gebeten worden, das Begehren abzulehnen, weil die Veranstaltung vom letzten Samstag viel Lärm verursacht habe. Das Parlament sollte etwas verantwortungsvoll auch mit den historischen Gebäulichkeiten in dieser Stadt umgehen. Es geht dabei auch um Identität. In der heutigen Zeit wird sehr schnell abgerissen und neu aufgestellt. Auch im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan am Rigiplatz kommt das Gefühl auf, dass man diesen Anwohnern etwas lieb Gewonnenes wegnimmt. Philip C. Brunner möchte zudem verschiedene Fragen (z.B. ob es gefährlich ist, dieses Gebäude zu betreten usw.) abgeklärt haben, weshalb er beantragt, an einer nächsten Sitzung über diese Remise zu diskutieren und dem Stadtrat eventuell einen Auftrag zu erteilen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Es steht nun ein Antrag auf Ablehnung der Einzelinitiative gegenüber einem Antrag auf Prüfung gegenüber. Es ist aber nicht vorgesehen, das Geschäft zu traktandieren. Wenn der Rat beschliesst, das Anliegen zu prüfen, überweist er das Geschäft an den Stadtrat, welcher dazu Bericht und Antrag erstellt. In diesem Fall muss innerhalb eines Jahres vom GGR ein Beschluss gefasst werden.

Abstimmung

über den Antrag der FDP-Fraktion, die Einzelinitiative abzulehnen, gegenüber dem Antrag auf Prüfung des Initiativbegehrens:

Für den Antrag der FDP-Fraktion auf Ablehnung stimmen 18 Ratsmitglieder, für den Antrag auf Prüfung stimmen ebenfalls 18 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:18 Stimmen, durch Stichentscheid der Ratspräsidentin, den Antrag auf Prüfung des Initiativbegehrens unterstützt hat.

Der Initiant ist zwar nicht anwesend, hat aber grundsätzlich die Freiheit, vor Fassung des Beschlusses durch den GGR die Initiative zurückzuziehen.

3. Stadtentwicklung: Ziele, Aufgaben, Projekte

Dieses Traktandum wird nach Traktandum 9 behandelt.

4. Finanzplan 2010 - 2014

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2059

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2059.1

Detailberatung

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat unterbreitet dem GGR gemäss § 21 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 den Finanzplan 2010 bis 2014 mit der Vorlage Nummer 2059. Der Inhalt des Finanzplans ist mit der Entwicklung der Laufenden Rechnung, zukünftigen Investitionen, Entwicklung der personellen Ressourcen, Aussagen zum Finanzbedarf und zur Vermögenslage sowie zu den Finanzierungsmöglichkeiten definiert. Der vorliegende Finanzplan zeigt die finanziellen Auswirkungen aufgrund aller bei der Erstellung verfügbaren Informationen. Worin bestehen die wesentlichen Abweichungen gegenüber früherer Jahre? Die schrittweise Umsetzung der Änderungen des kantonalen Steuergesetzes ergibt ab 2010 eine beachtliche Einbusse der Steuereinnahmen. Bei den natürlichen Personen werden sich die Anpassungen jährlich mit rund CHF 10 Mio. oder etwas mehr als 4 Steuerprozenten negativ auf die Laufenden Rechnungen auswirken. Bei den juristischen Personen erwartet der Stadtrat, bedingt durch die in der Teilrevision enthaltene Senkung des Gewinnsteuersatzes, ebenfalls eine Einbusse in der Höhe von CHF 5,0 Mio. oder knapp 2 Steuerprozenten. Ausserdem mussten diverse Unternehmen im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbare Gewinnrückgänge in Kauf nehmen. Dies wird sich zusätzlich negativ auf die kommenden Jahre auswirken. Der vorliegende Finanzplan rechnet jedoch damit, dass die meisten Industrieländer mittelfristig wieder auf einen zunächst noch schwachen Wachstumspfad zurückfinden werden. Es besteht allerdings Ungewissheit über Ausmass und Tempo der wirtschaftlichen Erholung.

Basierend auf der Finanzstrategie plant die Stadt Zug weiterhin mit einem unveränderten Steuerfuss von 70 % abzüglich eines Rabatts von 7 %. Die hohen Belastungen NFA/ZFA, die rund einen Drittel der jährlichen Erträge ausmachen, und die Zentrumslasten von über CHF 25 Mio. schränken das Steuersenkungspotenzial stark ein. Das ist ein ganz schmaler Spagat. Setzt der Stadtrat den Steuerfuss zu hoch an, besteht Abwanderungsgefahr von Steuersubstrat. Plant er den Steuerfuss zu gering, führen die hohen Investitionen und die steigenden Ausgaben zu ungewollten roten Zahlen, und die bestehende Steuerausgleichsreserve "ist im Nu weggefressen". Leider hat der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 26. November 2009 die Motion betreffend Abschaffung der Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich als nicht erheblich erklärt. Dies bedeutet, dass der Kanton die Autonomie und somit die Handlungsfähigkeit der Zuger Gemeinden weiterhin stark einschränkt. Ferner zeigt er keine Bereitschaft, die systemwidrige Beteiligung der Zuger Gemeinden am NFA abzuschaffen und bestehende Mängel (z.B. der vom Gemeinderat versuchte Steuerfuss-Trick von

Steinhausen) am Finanzausgleichsystem zu beseitigen. Der Stadtrat prüft in diesem Zusammenhang das weitere Vorgehen.

Das anstehende Investitionsprogramm bewegt sich mit rund CHF 300 Mio. auf einem hohen Stand. Deshalb sind Prioritäten für ein ausgewogenes und der Notwendigkeit entsprechendes Investitionsprogramm festgelegt worden. Der Stadtrat will den Steuerzahlenden langfristig eine stabile Pyramide präsentieren und die Standbeine gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung sowie hochstehendes Leistungsangebot ausgewogen gestalten. Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass im vorliegenden Finanzplan 2010 bis 2014 die Entwicklung der Laufenden Rechnung, die zukünftigen Investitionen und personellen Ressourcen sowie Aussagen zum Finanzbedarf und zur Vermögenslage transparent dargestellt werden.

Stadtrat Hans Christen ersucht den GGR im Auftrag des Stadtrats, vom Finanzplan 2010 - 2014 Kenntnis zu nehmen.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Verdienstvoll ist, dass der Stadtrat nicht nur den vom Finanzhaushaltsgesetz vorgeschriebenen Finanzplan ausgearbeitet hat, sondern verwaltungsintern auch die längerfristige Finanzstrategie nachgeführt und aktualisiert hat. Auf dem Bericht der GPK ist auf der vordersten Seite unter dem Titel der Finanzstrategie und Zielsetzungen eine sehr kurze Zusammenfassung dessen nachlesbar, was Stadtrat Hans Christen in der GPK mit der nachgeführten Finanzstrategie vorgetragen hat.

Entscheidend beim Finanzplan sind natürlich die Annahmen, die getroffen werden müssen, sowohl bezüglich des wirtschaftlichen und konjunkturellen Umfeldes als auch bezüglich der beeinflussbaren Faktoren, wie sie im Kapitel zum Planungsparameter dargelegt werden. Ob sich die Weltwirtschaft so schnell wie angenommen von der Finanzkrise erholen wird, oder ob globalpolitische Entwicklungen zu neuen Verwerfungen führen werden, lässt sich beim besten Willen nicht sicher vorhersagen. Einige europäische Staaten (Island, Griechenland, Irland) sind nicht weit vom Staatsbankrott, die USA entgehen nur dank der anhaltenden Dollarkäufe und dem Erwerb von amerikanischen Schatzpapieren durch China einem ähnlichen Szenario – eine beunruhigende Feststellung. Das kann sich je nach interner Entwicklung von China innerhalb kürzester Zeit dramatisch ändern. Auch wenn die Schweiz, der Kanton Zug und die Stadt Zug vergleichsweise solide dastehen, sind sie doch von den grossen globalen Entwicklungen stark mitbetroffen. Das beste zu erhoffen und sich auf mögliche Horrorszenarien vorbereiten, muss die Devise in solch unsicheren Zeiten sein.

Im Wesentlichen darf auf den schriftlichen Bericht der GPK verwiesen werden. Einige Bemerkungen verdient lediglich die Personalplanung gemäss Beilage 4. Die GPK nimmt gerne und dankbar zur Kenntnis, dass der Stadtrat für 2011 einen deutlich reduzierten und für 2012 einen nochmals erheblich kleineren Zuwachs der Personalstellen plant. Offensichtlich werden die Bestrebungen zur verwaltungsinternen Optimierung der Arbeitsprozesse zielgerichtet weitergeführt und sollen in den nächsten zwei Jahren die erhofften Resultate bringen. Die GPK dankt dem Stadtrat und den involvierten Chefbe-

amten für ihre diesbezüglichen Anstrengungen und erwartet, dass sich die in der diesjährigen Personalplanung prognostizierte Wachstumsbegrenzung in der Planungsperiode bis 2013 erfüllen wird. Inwieweit sich die vom Stadtrat vorgenommene Priorisierung der einzelnen Investitionsvorhaben gemäss Beilage 5 durchhalten lässt, hängt bekanntlich immer wieder von Faktoren ab, die nur schwer vorauszusehen sind. Deshalb hält sich die GPK mit Kommentaren zu den Details der Beilage 5 zurück. Namens der GPK beantragt Urs B. Wyss dem Rat, vom Finanzplan 2010 – 2014 Kenntnis zu nehmen

Stefan Hodel: Wer keine Angst vor den vielen Zahlen in diesem Bericht hat, der findet ganz interessante Details. So ist im Investitionsprogramm (Seite 6) ersichtlich, dass mit der noch heute zu beschliessenden Umgebungsgestaltung beim Gottschalkenberg das Schulferienheim nicht in Vergessenheit gerät. Im übernächsten Jahr soll dann für CHF 300 000.-- auch noch die Strasse saniert werden. Interessante Zahlen gibt es auch zum neuen Kunsthaus: In den Jahren 2011 – 2013 wird hier mit Kosten von mehr als CHF 9 Mio. gerechnet. Zweifellos am eindrucklichsten ist die Tabelle Seite 4. In der Mehrjahresübersicht wird gezeigt, wie sich der Steuerertrag seit 2004 entwickelt hat. Die städtischen Steuereinnahmen sind von 2005 auf 2007 um sagenhafte CHF 66 Mio. von CHF 143 Mio. auf CHF 209 Mio. angestiegen. Dies sind fast 46 % in nur zwei Jahren. Gemäss den Prognosen im Bericht soll es hier trotz Wirtschaftskrise nur eine kleine Korrektur nach unten geben. Auch wenn in Zug niemand mehr von einem Finanztsunami spricht, wie dies Philip C. Brunner von der SVP anfangs Jahr noch getan hat, so sollte man doch davon ausgehen, dass die Korrektur grösser ausfällt als angenommen. Wenn dies nicht der Fall sein wird, dann nur deshalb, weil weitere Firmen und potente Steuerzahler ihren Wohn- oder Geschäftssitz nach Zug verlegen. Die Steuereinnahmen fehlen dann dort, wo diese Firmen und Personen herkommen. Vermutlich meist irgendwo sonst in Westeuropa. Zug wird so zum Profiteur der Wirtschaftskrise! Ein Mittel gegen diese für andere Gegenden verhängnisvolle Entwicklung sind wohl nur internationale Steuervereinbarungen. Noch ein Wort zum kantonalen Finanzausgleich: Rund einen Drittel der Steuererträge liefert die Stadt Zug an den Kanton und an die anderen Einwohnergemeinden ab. Na und? Je mehr dem Kanton abgeliefert wird, umso besser geht es dem Kanton und umso weniger zahlt die Stadt Zug Kantonssteuern! Was kümmert es, wenn es den anderen Zuger Gemeinden gut geht, warum immer die Angst, es könnten Steuerzahler in die Nachbargemeinden abwandern? „Schauen wir etwas über den städtischen Zaun hinweg, so können wir sagen: Das Geld bleibt in der Familie!“ Sinnvoll Geld ausgeben macht für die Stadt sicher Sinn. Warum nicht dort investieren, wo es sich langfristig lohnt, zum Beispiel in Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden? Die Fraktion Alternative CSP wird im nächsten Jahr mit konkreten Vorschlägen kommen und hofft dann auf die Unterstützung des Rates. Stefan Hodel appelliert an Alle, doch grundsätzlich etwas generöser zu sein, zum Beispiel nicht bei jeder grösseren Investition den Stadtpräsidenten bei den anderen Gemeinden auf Betteltour gehen zu lassen, damit vielleicht auch noch Walchwil einige Tausender locker gemacht werden können.

Hugo Halter: Es sind tatsächlich sehr interessante Zahlen, die im Finanzplan vorgelegt werden. Aber ebenso interessant sind auch die Ausführungen von Stefan Hodel. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die gute Planung und ist der Meinung, dass insbesondere bei der Investitionsplanung gute Arbeit mit einer übersichtliche Darstellung und Priorisierung präsentiert wurde. Einen Hinweis trotzdem: Der im Investitionsprogramm, Position, Kto 50300, Obj 784, geschätzte Kreditbedarf von CHF 3 Mio. für "Unterkünfte für Asylsuchende" scheint sehr hoch. Da die Priorität mit "A 1" angegeben ist, wird die CVP-Fraktion im Rahmen der Vorlage Stellung nehmen können. Die Fraktion unterstützt den Antrag von Stadtrat und GPK und nimmt den Finanzplan 2010 so zur Kenntnis.

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den sorgfältig ausgearbeiteten Finanzplan und auch den zuständigen Chefbeamten für die wie immer sehr seriöse und sorgfältige Arbeit. Insbesondere begrüsst die SVP-Fraktion, dass der Stadtrat davon ausgeht, in den nächsten Jahren die Steuern nicht erhöhen zu müssen, obwohl er mit massiven Ausfällen bei den Einnahmen konfrontiert ist. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diesen Versuch, auf Steuererhöhungen zu verzichten. Etwas negativ aufgefallen ist, dass der Stadtrat mit einem permanenten Zuwachs beim Personal rechnet. Er glaubt, jedes Jahr mehr für das Personal ausgeben zu müssen und zwar über die Teuerung hinaus. Er rechnet also mit einem tatsächlichen Zuwachs an Personal. Hiezu möchte Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion einen kritischen Vermerk anbringen und erachtet es nicht als ratsam, in den kommenden Jahren den Verwaltungsapparat der Stadt Zug weiter auszubauen. Die demokratiethoretischen Ausführungen des GPK-Präsidenten in seiner Ziff. 5 des Berichtes bezüglich Beschaffung von Feuerwehrautos werden vollständig geteilt. Der GPK-Präsident hat dort festgehalten, dass mittlerweile das neue Gesetz über den Feuerschutz genau vorschreibe, welche Instrumentarien und Fahrzeuge die Feuerwehr besorgen müsse. Damit werde dies zu einer gebundenen Ausgabe, womit wiederum die Kompetenz des Parlaments und letztlich des Stimmbürgers beschnitten werde. Diese Ausführungen teilt die SVP-Fraktion. Sie möchte versuchen, dagegen anzukämpfen, dass die Entdemokratisierung hier und andernorts weiter geht. Die SVP-Fraktion glaubt, dass bei einer sehr straffen Finanzplanung mittelfristig in der Stadt Zug - das wird mit Einbussen bei den Verwaltungs- und Kulturleistungen zusammenhängen - ein Steuersatz von 56 % möglich ist. Damit wäre die Stufe von Walchwil erreicht und somit wieder die Nummer 1 im Kanton Zug.

Philip C. Brunner äussert sich zu Ziff. 5.3; Personalplanung (Beilage 4): In einem Diagramm ist die Entwicklung der Personalkosten pro Einwohner dieser Stadt aufgezeigt. Nach einer kleinen Reduktion im Jahr 2004 auf 2005 erfolgt eine Steigerung von CHF 2'800.-- auf CHF 3'100.--. Der Stadtrat zeigt im Budget auf Seite 7 detailliert auf, wie er die 12,9 zusätzlichen Personaltellen sowie bei der Schule nochmals 5,2 Stellen ausgestalten möchte. Darunter hat es erfreuliche Aufführungen (2 zusätzliche Personen für die Strassenreinigung), aber auch fragliche Positionen. Was ist beispielsweise die Aufgabe einer ganzen Stelle Koordination im Bildungsdepartement? Es muss geführt

und nicht koordiniert werden. Philip C. Brunner wird die Personalplanung bei der Beratung des Voranschlags nochmals departementsweise behandeln. Alle Unternehmer und Selbständigerwerbenden hier im Saal wissen, dass dies letztlich die Krux ist. Über das Personal muss ganz besonders sorgfältig gesprochen werden. Gemäss Beilage 4 des Finanzplanes beträgt der Sollbestand 2010 18,1 zusätzliche Stellen. Erstaunlicherweise nimmt dies in den Folgejahren auf 7.2 (2011), 3.00 (2012), -1.00 (2013) und -0.10 (2014) ab. Das glaubt kaum jemand. Philip C. Brunner empfiehlt, bei allen Departementen bis zur Schule die Diskussion genau zu führen, wo zusätzliche Stellen zugesprochen werden sollen. Als Beispiel wird eine zusätzliche Stelle für das Betreibungsamt erwähnt. In zwei Jahren ist die Krise vorbei und diese Stelle bleibt trotzdem erhalten. Philip C. Brunner hat absolut kein Problem, ein paar hunderttausend Franken für die nächsten zwei Jahre zu bewilligen, damit ein Betreibungsmitarbeiter eingestellt werden kann, jedoch nur befristet. Wenn die Krise vorbei ist und es der Wirtschaft wieder besser geht, nehmen die Betreibungen nämlich wieder ab. Der Rat wird viel Zeit gewinnen, wenn er sich mit den Personalproblemen jetzt befasst und nicht im Detail.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR somit vom Finanzplan 2010 - 2014 Kenntnis genommen hat.

5. Budget 2010

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2060

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2060.1

Grundsatzvoten

Stadtrat Hans Christen: Mit der Vorlage Nummer 2060 unterbreitet der Stadtrat gemäss § 22 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 31. August 2006 das Budget 2010.

Die wichtigsten Informationen zum vorliegenden Budget:

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise und massiven Einbussen bei den Steuereinnahmen aufgrund der kantonalen Revision des Steuergesetzes kann der Stadtrat dem GGR ein ausgeglichenes Budget 2010 präsentieren. Die erwähnte kantonale Steuerrevision verursacht ab 2010 eine Einbusse der Steuereinnahmen von rund CHF 15 Mio. Dies entspricht rund 6 Steuerprozenten. Die kantonale Steuerrevision 2. und 3. Paket entlastet praktisch alle Steuerzahlenden, führt jedoch auch bei den Zuger Gemeinden zu erheblichen Rückgängen bei den Steuereinnahmen. Bei den natürlichen Personen werden sich insbesondere die "Mittelstandsentlastung", die höheren Kinderabzüge, der ausgeweitete Mieterabzug, die höheren Freibeträge bei der Vermögenssteuer sowie die Anpassung bei der Milderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung mit rund CHF 10 Mio. negativ auf die Laufende Rechnung 2010 auswirken. Bei den juristischen Personen kommt es im Zusammenhang mit der in der Teilrevision enthaltenen Senkung des Gewinnsteuersatzes zu einer Einbusse von Steuereinnahmen in der Höhe von CHF 5 Mio. Der grösste Ausgabenposten bleibt wie im Vorjahr die Entrichtung von CHF 71 Mio. in den kantonalen und nationalen Finanzausgleich (ZFA/NFA). Das Investitionsvolumen für 2010 beläuft sich auf brutto CHF 97.3 Mio. Mit bedeutenden Investitionen will auch die Stadt Zug dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise regional zu mildern. Beim Sachaufwand übt der Stadtrat Zurückhaltung, dieser soll gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent gesenkt werden. Hingegen steigt der Personalaufwand aufgrund der geplanten Stellenerweiterungen um rund 3 Prozent und das hohe Investitionsvolumen der Stadt lässt die Abschreibungen um CHF 10 Mio. ansteigen. Trotz steigender Kosten, den erwähnten Einbussen infolge der Steuergesetzrevision und dem negativen wirtschaftlichen Umfeld soll die Stadt Zug in steuerlicher Hinsicht weiterhin attraktiv auftreten. Deshalb schlägt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen unveränderten Steuerfuss von 70 Prozent, abzüglich eines Rabatts von 7 Prozent, vor.

Die wichtigsten Investitionen:

- Neues Eisstadion
- Gesamtanierung Theater Casino,
- Liegenschaft St.-Oswalds-Gasse 20,
- Garderobengebäude Herti-Nord,

- Sanierung Galvanik
- Wohnungsbau Roost
- Zentrum Frauensteinmatt
- Alterswohnungen Neustadt II
- Bildungsdepartement: Modulpavillons in der Herti, Kirchmattschulhaus.
- Investitionsbeiträge: Chlösterli Unterägeri: Beitrag Pflegebetten

Ausblick

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt 2010 dazu, dass die Wachstumsraten bei den Einkommens- und Vermögenssteuern geringer, bei den Ertragssteuern teilweise sogar negativ ausfallen werden. Diverse Unternehmen mussten im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbare Gewinnrückgänge in Kauf nehmen. Der Stadtrat rechnet jedoch damit, dass die meisten Industrieländer 2010 wieder auf einen zunächst noch schwachen Wachstumspfad zurückfinden können. Nach wie vor besteht aber grosse Ungewissheit über Ausmass und Tempo der wirtschaftlichen Erholung. Die Stadt Zug hat eine gesunde Bilanz und kann deshalb, trotz der herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise und dem anspruchsvollen Investitionsprogramm die Ziele der Finanzpolitik strikte weiterverfolgen und die Zukunft gestärkt in Angriff nehmen.

Zu den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission:

Der Stadtrat ist mit den meisten vorgeschlagenen Änderungen zum Budget 2010 einverstanden. Die zuständigen Departementschefs melden sich dort, wo dies nicht der Fall wäre, bei der Behandlung der vorgeschlagenen Korrektur. Hingegen hält der Stadtrat - wie bereits erwähnt - im Zusammenhang mit der Einbusse der Steuereinnahmen infolge der Umsetzung der kantonalen Steuergesetzrevision sowie den zu erwarteten negativen Auswirkungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise an seinem Antrag fest, bei einem Steuersatz von 70 % einen Rabatt von 7 % zu gewähren. Zudem ist der Stadtrat der Meinung, dass das bewährte und flexible System der Rabattgewährung beibehalten werden soll.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Der schriftliche Bericht der GPK bedarf an sich und vor allem nach den hoch informativen Ausführungen von Stadtrat Hans Christen keiner mündlicher Ergänzungen. Ein Wort des Dankes an den Stadtrat und die Verwaltung ist dennoch angebracht. Dank sorgfältiger Vorbereitung und zahlreicher Abspeckungsrunden ist es gelungen, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Trotzdem beantragt die Mehrheit der GPK, vom überholten System der Rabattgewährung abzuweichen und den effektiven Steuerfuss auf 60 % zu senken. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer mit CHF 110 Mio. sehr gut dotierten Steuerausgleichsreserve. Die GPK hält mehrheitlich dafür, dass eine Reduktion des Steuerfusses in der aktuellen konjunkturellen Lage für die Konsumenten eine willkommene Entlastung darstellt. Die entsprechende Entnahme des Ausfalls an Steuereinnahmen aus der Steuerausgleichs-Reserve lässt sich damit begründen, dass diese in den letzten Jahren geäufterte Reserve dank zu viel bezahlten Steuern gebildet worden ist. Nicht mehr und nicht weniger. Zu den einzelnen Budgetkorrekturen werden sich die besuchenden GPK-Mitglieder und die betroffenen Mit-

glieder des Stadtrates äussern. Namens der einstimmigen GPK beantragt Urs B. Wyss die Zustimmung zum Budget in der von der GPK korrigierten Fassung und überlässt den Beschluss zum Steuerfuss der freien und klugen Entscheidung des GGR.

Martin Eisenring: In Sachen Budget 2010 unterstützt die CVP-Fraktion die Anträge der GPK. Namentlich - und dies ist von zentraler Bedeutung - soll der Steuerfuss für das Jahr 2010 mit 60 % festgesetzt werden. Während verschiedenen Jahren gab es einen höheren Steuerfuss mit ständigen Rabatten. Das ist der falsche Weg. Das kann wohl für ein oder zwei Jahre ein probates Mittel sein, aber langfristig ist Rabattpolitik nicht der richtige Weg. Das wissen auch Detailhändler und sonstige Erwerbstätige. Es ist viel besser, einen fairen und klaren Preis zu haben bzw. einen Steuerfuss, der so festgesetzt und dann auch entsprechend angewandt wird. Auch die Höhe von 60 % erachtet die CVP-Fraktion auf Grund der Budgets der vergangenen Jahre als eine kluge Zahl. Die Festsetzung des neu geltenden Steuerfusses stimmt auch mit dem Ziel des Stadtrats überein, wonach die Stadtgemeinde Zug als grösste Gebergemeinde im ZFA über einen kompetitiven Steuerfuss im Kanton verfügen soll. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist es besonders wichtig, dass die Steuerpflichtigen so wenig wie nötig mit staatlichen Aufgaben und Steuern belastet werden, damit sie die daraus verfügbaren Mittel für Konsum und Investitionen verwenden können. Zug hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark von seiner vorteilhaften Steuerpolitik profitiert. Dank tiefer Steuern hat sich eine Vielzahl von Unternehmen in der Stadt Zug angesiedelt und Arbeitsplätze geschaffen. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit der Nachbarkantone ist die Konkurrenz und die etwas abgenommene Wirtschaftstätigkeit spürbar. Gemäss Aussage des Handelsregisters haben die Neueintragungen von Gesellschaften im Kanton Zug im Jahre 2009 recht stark, d.h. um rund 20 % abgenommen. Dieser negativen Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten. Tiefe und verlässliche Steuern sind dafür das beste Mittel. Wie anlässlich der letzten Budgetdebatte bereits kundgetan, ist die CVP-Fraktion der Auffassung, dass tiefe Steuern die beste Investition in den Wirtschaftsstandort Zug sind. Die CVP-Fraktion setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, dass die Politik des Stadtzuger Souveräns weitergeführt wird und die Steuern möglichst tief gehalten werden. Jeder Steuerfranken im Portemonnaie des Bürgers hilft der Wirtschaft. Eine starke Zuger Wirtschaft hilft vor allem der künftigen Generation. In Zusammenhang mit dem ZFA sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass umliegende Gemeinden einerseits Nehmergemeinden beim Finanzausgleich sind, andererseits jedoch über einen tieferen Steuersatz als die Stadt verfügen. Es ist ausgezeichnet, dass die stadtzuger Kantonsräte gemeinsam beim Kanton vorstellig geworden sind. Wegen dieser ersten Abfuhr darf man sich jetzt nicht in Resignation zurückziehen. Es ist wichtig, dass diese Diskussion ständig geführt wird. Die Argumente werden besser, wenn auch der GGR als Parlament sich für einen tieferen Steuersatz einsetzt. Wichtig ist auch, dass die Stadt Zug Investitionen tätigt, wobei zwischen den notwendigen und den nice to have-Investitionen unterschieden wird. Hier und vor allem bei den laufenden Kosten und Personalkosten muss optimiert werden, so wie dies auch eine private Unternehmung in dieser Zeit zu tun hat. Martin Eisenring ersucht, den Rat, den Anträgen der GPK zu folgen.

Karl Kobelt: Der Stadtrat beantragt, den Steuerfuss bei ausgeglichenem Budget auf 63 % netto festzusetzen. Für den ausgewogenen und guten Voranschlag sei dem Finanzchef und seiner Crew in der Verwaltung herzlich gedankt. Was steckt hinter diesem Vorschlag? Zunächst die Priorisierung der Steuerstabilität. Die Stadt soll für Wirtschaft und Gesellschaft ein verlässlicher Partner sein. Es ist richtig, wenn sie sich selber auf diese Maxime verpflichtet. Hinzu kommt ein massvoller Umgang mit den Mitteln, die der Stadt durch die Steuerzahlenden zur Verfügung gestellt werden. Auch das hat die uneingeschränkte Zustimmung der FDP-Fraktion. Zudem plant der Stadtrat, Investitionen von knapp CHF 100 Mio. zu tätigen. Auch das ist begrüssenswert, denn wenn die Stadt eine vornehme Aufgabe hat, dann ist es die Pflege und Weiterentwicklung der Attraktivität des Standortes. Und dazu braucht es neben dem laufenden Unterhalt der Infrastruktur auch Neuinvestitionen. Mit dem Sport (Herti-Stadion), der Alterspflege (Alterszentrum Frauensteinmatt) und – in der Kultur (Casino, Galvanik) – nehmen sich die Investitionsprojekte sinnvoll aus. Doch gleichzeitig plädiert die FDP-Fraktion für zwei Dinge, die der Stadtrat in seinem Vorschlag noch stärker hätte gewichten können. Zum Einen ist dies die Steuerausgleichsreserve. Sie ist ein der Transparenz dienendes Instrument. Darin liegt Geld, das die Stadt Zug mehr erhalten hat, als sie für den Service public benötigt. Das bedeutet, dass die Stadt dieses Geld den Bürgerinnen und Bürgern schuldig ist. Als guter Schuldner ist die Stadt Zug verpflichtet, dieses Geld über kurz oder lang zurückzuzahlen, will heissen: Die CHF 110 Mio., die derzeit in der Steuerausgleichsreserve liegen, sind mit Bedacht und solange es dies der Finanzhaushalt zulässt, den Bürgerinnen und Bürgern zurückzuerstatten. Zum Zweiten geht es um das Vertrauen in die Zukunft. Dieses soll und kann kein blindes sein, sondern fusst auf einer genauen Beobachtung der ökonomischen Entwicklung auf verschiedenen Stufen. Die wirtschaftlichen Auguren gehen von einer Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr aus. Die Finanzplanung macht deutlich, dass zumindest bis 2014 mit weiterhin stabilen Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Die FDP-Fraktion hält es deshalb für verantwortbar und angezeigt, den Steuerfuss geringfügig zu senken. Noch drei Aspekte seien ins Feld geführt, die die FDP-Fraktion in diesem Antrag um eine Steuersenkung zu bestärken: Erstens ist es der kleine Einfluss auf das budgetierte Ergebnis: Ob am Schluss eine schwarze Null (CHF 161'000.-- gemäss Antrag des Stadtrats) oder eine rote Null (rund CHF 50'000.-- Minus bei Steuerfuss von 60 Prozent gemäss Antrag GPK) geschrieben wird, ist unerheblich. Zweitens werden auch bei einem tieferen Steuerfuss trotz der erheblichen Progression nicht nur die oberen Vermögen und Einkommen entlastet. Nein, dank der Steuergesetzrevision, bleibt auch dem Mittelstand künftig mehr Geld im Portemonnaie. Drittens hat die Stadt Zug mit dem preisgünstigen Wohnungsbau die für die mittleren und unteren Einkommen zum Teil nachteiligen Wirkungen der Standortqualität von Zug zumindest teilweise ausgeglichen. Viertens ist die FDP-Fraktion für steuerpolitische Transparenz: Selbst wenn aus der Sicht der NFA- und ZFA-Zahlungen mit einer Steuererhöhung die Belastung geringfügig reduziert werden könnte, hält die FDP-Fraktion wenig von entsprechender Schlaumeierei. Unbesehen davon besteht Einigkeit mit dem Finanzchef, wonach die NFA-Zahlungen der Kommunen systemwidrig und so rasch wie möglich abzuschaffen

sind. Fünftens schliesslich sieht die FDP-Fraktion davon ab, in den Kurs der SVP einzuschwenken und sogar eine Steuersenkung von 5 Prozent zu verlangen. Dies, um den Handlungsspielraum für die Finanzpolitik für die Zukunft nicht unnötig einzuschränken. Das bedeutet: Die angesprochene Verlässlichkeit auf stabile Steuerverhältnisse in dieser Stadt ist ein hohes Gut. Sie soll nicht ohne Not aufs Spiel gesetzt werden. Die FDP-Fraktion möchte eine möglichst gleich bleibende Steuerbelastung auch dann gewährleisten können, wenn möglicherweise die Erträge in Zukunft nicht in erhofftem Masse in die Stadtkasse fliessen. Aufgrund dieser Erwägungen folgt die FDP-Fraktion der Argumentation der Mehrheit der GPK und beantragt eine massvolle Senkung des Steuerfusses auf 60 % netto.

Monika Mathers hat sich am Wochenende ernsthaft gefragt, ob es nicht gescheiter wäre, ein paar Weihnachtsguezli mehr zu backen als ein x-tes Votum zum Budget und vor allem zur Festsetzung des Steuerfusses zu schreiben, im Wissen, dass die Mehrheit dieses Rates dieser Argumentation zur Mässigung in Steuerfragen nicht folgen wird und dass sie wieder einmal für die Halde schreiben würde, und wer tut das schon gern? Wenn Monika Mathers aber trotzdem hier vorne steht, hat das drei Gründe:

- Sie möchte ihrer Überzeugung treu bleiben und sich heute Abend im Spiegel immer noch erkennen können,
- Monika Mathers will es sich nicht nehmen lassen, im Namen der Fraktion Alternative-CSP dem Stadtrat und der Verwaltung für deren Arbeit im vergangenen Jahr zu danken. Auch wenn sie von den Kommissionen und im GGR oft arg zerzaust werden, (das gehört halt auch ein wenig zum Politspiel) wissen alle hier im Saal, dass Stadtrat und Verwaltung hoch motiviert und mit grosser Kompetenz arbeiten. Das spiegelt sich auch im Budget nieder, das nicht nur Sinn macht, sondern jedes Jahr von Andreas Rupp und seiner Crew noch etwas lesbarer gestaltet wird. Danke und schöne Festtage!

Die Fraktion Alternative-CSP kann den Vorschlag des Stadtrates, beim Steuerfuss mit 70 % minus 7% Rabatt alles beim Alten zu lassen, im Zeichen wirtschaftlicher Unsicherheit nachvollziehen, wenn auch dieser Satz als zu tief betrachtet wird. Dass die GPK auf 60 % und die SVP gar auf 58 % hinunter gehen wollen, kann bei der Fraktion Alternative-CSP nur noch Kopfschütteln hervorrufen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der SVP-Präsident in der Zeitung jammert, die Stadt würde Steuergelder an die reichen Doppelverdiener verschwenden, indem sie deren Kinder für wenig Geld während der Schulferien betreut. Wird der Steuerfuss auf dem heutigen Stand belassen, kommen diese Kosten jedoch mehrfach zurück. Monika Mathers hat die Protokolle aller Budgetdebatten seit Bestehen des GGR's angeschaut und die Entwicklung des Steuerfusses betrachtet. In diesen 46 Jahren hat die Stadt Zug ihre Steuern um 50 Prozentpunkte gesenkt, also im Durchschnitt um mehr als 1 % im Jahr. Wenn in diesem Tempo weitergefahren, wird, werden die Grosskinder der heutigen Ratsmitglieder hier in der Stadt Zug keine Steuern mehr bezahlen müssen. Das heisst, sie werden auch nicht dazu kommen, weil die meisten von ihnen es sich nicht mehr leisten können, hier zu wohnen. Der Run der Superreichen, in Zug ein Steuerschnäppchen zu erhaschen, wird die gewöhnlich Sterblichen schon längst an die Peripherie oder in andere Kantone ge-

drängt haben. Nach einem grossen Steuersenkungstrend in den Achzigerjahren hatte die Stadt Zug während 12 Jahren einen stabilen Steuerfuss von 75 %. Seit zehn Jahren muss wieder gedrückt werden, koste es was es wolle. Die Stadt Zug ist reich geworden mit dieser Politik. Doch was hat sie gebracht? Ein massives Bevölkerungswachstum mit Bauboom, das den täglichen Verkehrsstau mit sich bringt, überhöhte Bodenpreise, Wohnungsnot und fast unbezahlbare Mietpreise, die sich aber auch im Preis der Pizza oder des Kaffee Crème und vielem anderen niederschlagen. Dazu kommt der Neid und die Missgunst anderer Gemeinden und Kantone, die versuchen nachzuziehen. Und so argumentieren viele in diesem Saal, muss die Stadt Zug weiter Steuern senken, damit sie von den anderen, die zu kopieren versuchen, nicht überholt wird. Eine Spirale ohne Ende. Andererseits wird man immer geiziger, wie es sich bei Reichen gehört. Man ist nicht mehr bereit, die Stadträte angemessen zu bezahlen. Es wird über die riesigen Summen gejammert, die für NFA und ZFA aufgebracht werden müssen, und über die mangelnde Solidarität der anderen Gemeinden oder der anderen Kantonsräte. Doch dann senkt man die Steuern munter weiter. Die Überschüsse der letzten Jahre wurden in einen Extra-Sack gesteckt, der nur geöffnet werden darf, wenn damit Steuern gesenkt oder wenigstens nicht erhöht werden wollen. Dabei wurde verpasst, dieses Geld für Nachhaltigeres auszugeben. Man hätte den Stadttunnel in Eigenregie bauen können, wie die Nidwaldner, die 1955 die erste Autobahn in der Schweiz selber bauten, weil sie es sich leid waren, auf den Bund zu warten. Man hätte auf möglichst viele geeignete Dächer Fotovoltaik-Anlagen bauen können, um dem Namen einer Energiestadt so wirklich gerecht zu werden. Man hätte grossflächig Mietzinse reduzieren können, damit die Stadt Zug nicht immer mehr zu einem schweizerischen Monte Carlo verkommt, und so weiter und so fort. Nun soll nächstes Jahr der Sack etwas geöffnet werden, um die Steuern weiter zu senken. Mit dem Hintergedanken, mehr reiche Steuerzahler anzulocken, die den Sack dann noch praller füllen. „Machen Sie das, unsere Stimmen werden sie dafür aber nicht bekommen.“

Barbara Stäheli: Der Stadtrat und die Verwaltung haben ein ausgeglichenes Budget vorgelegt, welches in der GPK zu wenigen Streichungsanträgen Anlass gegeben hat. Barbara Stäheli hat die bescheidene Hoffnung, dass dies heute Nachmittag ebenso sein wird. Nach dem Votum von Philip C. Brunner ist aber zwischenzeitlich diese Hoffnung schon ganz tief begraben worden. Die Erfahrung zeigt, dass neben der Debatte um einzelne Budgetposten, die Diskussion um den Steuerfuss, der schwergewichtige Inhalt der gesamten Budgetdiskussion ist. Der Stadt Zug geht es in finanzieller Hinsicht immer noch sehr gut. Die schlechte Konjunkturlage und die hohen Abgaben für NFA und ZFA sind Tatsachen, aber bescheren der Stadt keine, oder noch keine roten Zahlen. Das diesjährige Budget rechnet mit einem schmalen Gewinn von CHF 161'000.--. Sind mit diesem knappen Gewinn die schlechten Zeiten angebrochen, um die Steuerreserve aus der Reserve zu holen? Aus welchen Gründen wurde ursprünglich diese Steuerreserve gebildet? Es war die überzeugte Absicht dieses Rates, dass die Stadt mit einem stabilen Steuerfuss als verlässliche Partnerin wahrgenommen werden kann. Diese Reserve wurde, im Hinblick auf schlechtere Zeiten gebildet, um einen stabilen Steuerfuss über lange Jahre zu garantieren. Hinter dieser Strategie steht die SP-Fraktion nach wie vor. Der

Steuerfuss soll stabil bei 70 % bleiben. Einem Rabatt von 7 %, wie es der Stadtrat vorschlägt, kann die SP-Fraktion zustimmen. Die SP-Fraktion sieht keinen Grund, von der bewährten Praxis abzuweichen, nur damit die Stadt Zug im Wettbewerb um den tiefsten Steuerfuss im Kanton miteifern kann, weiss man doch zur Genüge, welche negativen Auswirkungen dieser Steuerfusswettbewerb für Otto Normalverbraucher hat. Die SP-Fraktion stellt sich klar gegen eine Reduktion des Steuerfusses auf 60 %. Für eine Steuerreduktion ist die Reserve nicht gebildet worden. Barbara Stäheli möchte zum Schluss allen Beteiligten für die seriöse Budgetierung und die übersichtliche Vorlage danken.

Detailberatung

Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 2 - 11)

Keine Wortmeldungen

Hauptzahlen (S. 15)

Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung nach Sacharten (S. 16-17)

Keine Wortmeldungen

Institutionelle Gliederung (S. 18)

Keine Wortmeldungen

1. Präsidialdepartement (S. 19)

Keine Wortmeldungen

2. Finanzdepartement (S. 20)

Keine Wortmeldungen

3. Bildungsdepartement (S. 21)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt ein zusätzliches Departementsziel unter Ziff. 6, lautend: Das Gebührenreglement für alle Eltern- und Schulergänzenden Betreuungsangebote ist vom Grossen Gemeinderat verabschiedet. .

Hugo Halter hat namens der CVP-Fraktion zu den Zielen des Bildungsdepartementes folgenden Hinweis und Wunsch: Ob angesichts der kürzlich durchgeführten Vernehmlassung des Kinder- und Jugendkonzeptes diese Zielsetzung so sinnvoll ist, erscheint doch eher fragwürdig. Ganz konkret wird aber ein Kernziel im Bildungsdepartement vermisst, nämlich ein transparentes und klares Schulraumkonzept 2010.

Stadtrat Ivo Romer nimmt dies zur Kenntnis.

4. Baudepartement (S. 22)

Keine Wortmeldungen

5. Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 23)

Hugo Halter: Beim Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) sollte sich zwingend ein Ziel dem Bereich Sicherheit widmen. Denkbar wäre hier ein umfassendes Sicherheitskonzept, das sich mit den verpflichtenden gemeindlichen Sicherheits- und Vollzugsaufgaben befasst und deren Umsetzung gemäss den gesetzlichen Bestimmungen auf kommunaler Ebene nachhaltig aufzuzeigen hat. Hugo Halter erinnert hier an die noch hängigen Vorstösse und an die budgetierten CHF 230'000.-- für Dienstleistungen Dritter im Polizeiamt.

Stadtrat Andreas Bossard ist gerne bereit, dieses Ziel aufzunehmen. Das Sicherheitskonzept wird intensiv bearbeitet. Es dauerte lange, bis die hierfür notwendigen Zahlen vorlagen. Der Bericht wird im GGR im ersten Quartal 2010 präsentiert werden.

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

1. Präsidialdepartement (S. 24-28)

KST 1000: Grosser Gemeinderat

Keine Wortmeldungen

KST 1100: Stadtrat

Martin Eisenring spricht zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*, und beantragt die Belassung bei CHF 30'000.-- bzw. zumindest die budgetierte Erhöhung bezüglich Bevölkerungsumfrage auf CHF 59'000.-- gut zu begründen.

Stadtpräsident Dolfi Müller zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Die Bevölkerungsumfrage wird im Zusammenhang mit der neuen Legislatur 2011 - 2014 in die Wege geleitet. Dies entspricht einer im Kanton Zug bereits bewährten Praxis. Beispielsweise wurde bereits die Analyse Interurban durchgeführt. Die jetzt zur Diskussion stehende Bevölkerungsumfrage ist eher subjektiv gemünzt. Gerade in Zeiten, wo die Bürger ihr Unbehagen politisch an verschiedensten Orten ausdrücken, ist es gut, mal nachzufragen, was in dieser Stadt auch als positiv empfunden wird. Übernächstes Jahr wird dieser Betrag im Budget nicht mehr so hoch ausfallen.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Martin Eisenring. Philip C. Brunner weiss nicht, welche Resultate der Stadtpräsident noch benötigt. Die letzten Abstimmungsergebnisse zeigen die Stimmung an der Basis klar auf. Es braucht hierfür keine Umfragen mehr.

Abstimmung

über den Antrag von Martin Eisenring, Konto 31807, Beratungen und Expertisen, um CHF 29'000.-- auf CHF 30'000.-- zu reduzieren:

Für den Antrag von Martin Eisenring stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 18 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:18 Stimmen den Antrag von Martin Eisenring gutgeheissen hat. Konto 31807, Beratungen und Expertisen, wird demnach um CHF 29'000.-- auf CHF 30'000.-- reduziert.

KST 1200: Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, den budgetierten Gesamtbetrag dieser Kostenstelle auf CHF 2 Mio. zu beschränken. Die unverhältnismässige Steigerung gegenüber dem Budget 2009 ist vor allem bei folgenden Konti ersichtlich:

- Konto 31813, Stadtentwicklung, Steigerung von CHF 20'000.-- auf CHF 140'000.--
- Konto 31819, Kommunikation, Steigerung von CHF 40'000.-- auf CHF 126'000.--
- Konto 31820, Verwaltungsorganisation, von CHF 85'000.-- auf CHF 165'000.--

Der Vergleich des Budgets des Präsidialdepartementes zwischen 2009 und 2010 zeigt erfreulicherweise eine kleine Reduktion. Wie die beantragte Reduktion bei KST 1200 verteilt wird, ist Sache des Stadtpräsidenten. Hier wurde eindeutig ein bisschen übermarcht.

Stadtpräsident Dolfi Müller weiss, dass Philip C. Brunner noch nicht so lange im Parlament sitzt. Das hat es aber tatsächlich noch nie gegeben. Der Stadtrat muss wissen, wieso welche Position reduziert werden soll. Es ist Philip C. Brunner natürlich umbenommen, zu jedem einzelnen Konto eine Aussage zu machen. Es geht aber wirklich nicht, einfach irgendwelche Summenabfertigungen vorzunehmen. Dass aufgrund der Gesamterneuerungswahlen beispielsweise das Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur, von CHF 125'000.-- auf CHF 158'000.-- erhöht wird, liegt auf der Hand. Stadtpräsident Dolfi Müller ersucht, von einer Generalabschlachtung abzusehen und Einzelanträge zu stellen, über die auch diskutiert werden kann.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, KST 1200, Stadtkanzlei, Archiv, Kommunikation, auf CHF 2 Mio. zu beschränken:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 28 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6:28 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, Konto 31813, Stadtentwicklung, von CHF 140'000.-- um CHF 90'000.-- auf CHF 50'000.-- zu kürzen.

Stadtpräsident Dolfi Müller zu *Konto 31813, Stadtentwicklung*: Mit Ausnahme des letzten Jahres betrug der budgetierte Betrag für dieses Konto immer mehr als CHF 100'000.--. Der Einbruch im 2009 war besonders begründet. Mittlerweile kann klar aufgezeigt werden, wofür der budgetierte Betrag von CHF 140'000.-- beansprucht wird. Stadtpräsident Dolfi Müller beantragt daher namens des Stadtrates, den budgetierten Betrag unverändert zu belassen. Begründet wird dies wie folgt:

- Einkaufsstandort Zug: Aus mehreren erhaltenen Briefen zeigt sich die Botschaft, dass nicht verstanden wird, weshalb der GGR den Stadtrat hindert, für diese Bewohnenden von Zug tätig zu werden.
- Virtueller Stadtrundgang: Ein Projekt läuft bereits. Die Aussenräume sind bereits aufgeschaltet. Es folgt nun eine Erweiterung in den Bereichen Bahnhofstrasse nördlich des Postplatzes. Die Gewerbler erkundigen sich bereits, wann sie sich auf eigene Kosten zuschalten können.
- Leerflächenmanagement: Das ist für das Stadtbild notwendig. Lücken wirken schlecht. Vor allem handelt es sich hier um eine natürliche Kontaktchance zu Grundeigentümern.
- Strategie Nutzung öffentlicher Raum: Auch dieses Projekt ist absolut sinnvoll. U.a. können die Sportvereine sämtliche relevanten Informationen zu Sportveranstaltungen abrufen. Das gleiche kann auch bezüglich Benützung von Plätzen gemacht werden. Hier handelt es sich um ein Bundesprojekt, an dem verschiedene Städte beteiligt sind.
- Messeauftritt an der Luga und Olma: Das ist ein kantonales und vom Kanton stark finanziertes Projekt. Der Nutzen für die Stadt Zug, welche im Zentrum dieser Ausstellungen steht, viel höher als die Kosten von CHF 20'000.--.
- Fest Kalesija: Hier handelt es sich um Integration. Der Termin ist schon längst festgelegt. Hiefür ist ein Betrag von CHF 20'000.-- vorgesehen. Am 4. Juni 2010 sind alle im Casino herzlich eingeladen.

All dies ergibt schlussendlich die budgetierten und tatsächlich auch benötigten CHF 140'000.--, weshalb Stadtpräsident Dolfi Müller ersucht, von einer Budgetkürzung abzusehen.

Urs E. Meier beantragt namens der Fraktion Alternative-CSP, von einer Kürzung bei *Konto 31813, Stadtentwicklung*, abzusehen. Der Bericht des Stadtrates hat den Stellenwert dieser Fachstelle deutlich aufgezeigt. Es besteht der nicht ganz leise Verdacht, dass Fachstellen, die von diesen Kreisen als überflüssig erachtet werden, durch Entzug der Mittel funktionsunfähig gemacht und auf diesem Weg obsolet werden sollen. Da kann die Fraktion Alternative-CSP nicht mittun. Andererseits wurde soeben die Motion für ein Register stadtrelevanter Studien und Berichte eingereicht. Das wird zwar etwas kosten, jedoch seinen Preis bei weitem wert sein. In diesem Sinne ersucht Urs E. Meier nochmals, keine Kürzung bei dieser Position vorzunehmen.

Cornelia Stocker: Das Thema Stadtentwicklung und Stadtmarketing muss etwas ganzheitlich und auch über das Präsidialdepartement hinaus betrachtet werden. Auf der aufgezeigten Liste zeigt sich, dass es beim Finanzdepartement die Kostenstelle 2800, Stadtentwicklung/Stadtmarketing, gibt. Auch sie muss miteinbezogen werden, wenn über den heutigen Kürzungsantrag der GPK beschlossen wird, welcher in der Gesamtbetrachtungsweise durchaus Sinn macht. Das dem Stadtpräsidenten so am Herzen liegende Konto Stadtentwicklung hat Cornelia Stocker auf der Liste bereits mit dem GPK-Betrag eingesetzt. Trotzdem ergibt sich gegenüber dem letzten Jahr immer noch der Faktor 2,5. Auch Kommunikation und Verwaltungsorganisation gehört zum Stadtmarketing. Auch hier werden beträchtliche Erhöhungen im Faktor 3 und 2 vorgelegt. Insgesamt ergibt sich dadurch auf den bereits reduzierten Betrag eine Verdoppelung gegenüber dem letzten Jahr. Hinzu kommt, dass in der Investitionsrechnung für Zukunft Zug nochmals CHF 50'000.-- vorgesehen sind. Unter dem Konto beim Finanzdepartement sind Beträge für Zug Tourismus, Seefest, 1. Augustfeier, Tagungen, Märliunntig usw. enthalten. All dies ist auch Marketing. Zusätzlich ist für Stadtmarketing/Stadtcornier ein Betrag von CHF 25'000.--. Ebenfalls sind Erhöhungen bei den Beiträgen an Vereine und Institutionen sowie den wiederkehrenden Beiträgen an Vereine und Institutionen budgetiert. Beiträge für die Weihnachtsbeleuchtung und den Ornithologischen Verein sind nicht eingerechnet. Das satte Kulturbudget bedarf wiederum einer Steigerung. All das muss das Präsidialdepartement professionell umsetzen und sich nicht noch weitere Aufgaben anlassen. Wenn all dies professionell und richtig umgesetzt wird, verbleibt nicht mehr viel Spielraum für weitere Projekte. Auf die von Stadtpräsident Dolfi Müller aufgezeigte Folie bezogen, wird betont, dass die Zuger Altstadt nicht beim Kolinplatz aufhört. Es müssen auch andere Stadtteile wieder in Betracht gezogen werden, welche ebenfalls Bedürfnisse haben. Das Leerflächenmanagement ist keine Notwendigkeit. Verschiedene Firmen haben neue Lokalisationen gefunden, ohne dass die Stadt mitwirken musste. Cornelia Stocker appelliert an den Stadtpräsidenten, sich nicht zu verzetteln und nur das Vordringliche auszuführen. Gegen eine Teilnahme an Luga oder Olma und einen neuen Film ist nichts einzuwenden, das ist Stadtmarketing. Feste organisieren ist aber sicher nicht Aufgabe der Stadt Zug, weshalb Cornelia Stocker appelliert, den GPK-Antrag zu unterstützen.

Franz Akermann: Der Rat macht jetzt etwas sehr Dummes, indem er über einen Budgetposten diskutiert, jedoch dessen Inhalt erst später behandelt. Das scheint höchst unzweckmässig zu sein, obwohl so entschieden wurde. Für die SP-Fraktion ist die Stadtentwicklung essentiell zum Erhalt und der Entwicklung der Lebensqualität in dieser Stadt. Sie ist als Ergänzung zur Ortsplanung zu sehen, als deren unverzichtbare Software. Dazu braucht es ausreichende Mittel. Die SP-Fraktion unterstützt den Budgetposten von CHF 140'000.-- gemäss Stadtrat. Den Antrag der GPK auf eine Reduktion um CHF 90'000.-- erachtet die SP-Fraktion als nicht problemgerecht und lehnt ihn entschieden ab.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Cornelia Stocker hat mit ihrem Votum etwas ein „Chrüsmüsi“ angerichtet. Der Neujahrsanlass hat nichts mit Stadtentwicklung zu tun. Dieser wird durch Hans Christen durchgeführt. Wirtschaftspflege ist ein ganz anderes Thema und untersteht Stadtpräsident Dolfi Müller und Marcel Grepper. Für die Kommunikation ist wieder jemand anders zuständig. Es kann also nicht all dies in denselben Topf geworfen werden. Die Kosten in der jetzt zur Diskussion stehenden Budgetposition sind u.a. gerade wegen dem bereits erwähnten Film höher. Bei der Verwaltungsorganisation geht es um die vertieften Vergleichszahlenanalysen. Dieser Auftrag des GGR kann nur umgesetzt werden, wenn auch die entsprechenden Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Die weiteren angeführten Positionen sind durchwegs Beiträge, wo die Arbeit von andern ausgeführt wird.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 31813, Stadtentwicklung, um CHF 90'000.-- auf CHF 50'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:16 Stimmen den Antrag der GPK, Konto 31813, Stadtentwicklung, um CHF 90'000.-- zu kürzen, gutgeheissen hat.

KST 1300: Zentrale Dienste

Keine Wortmeldungen

KST 1400: Rechtsdienst

Keine Wortmeldungen

KST 1500: Personaldienst

Keine Wortmeldungen

KST 1600: Kultur

Philip C. Brunner spricht zu den Konten 36510.05, Zuger Kunstgesellschaft, 36510.15, Chollerhalle, und 36510.17, Kulturzentrum Galvanik, und beantragt, den budgetierten Betrag jeweils auf dem Niveau des Budget 2009 zu belassen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Diese drei Konti sind mit einem Stern versehen. Der GGR wird also hiezu jeweils eine separate GGR-Vorlage zum Entscheid erhalten. Eine dieser Vorlagen (Galvanik) liegt heute bereits auf dem Tisch. Die Vorlage bezüglich Kunstgesellschaft folgt nächstens und bezüglich Chollerhalle folgt die Vorlage nächstes Jahr. Weil der hier aufgeführte Budgetrahmen hierfür notwendig ist, ersucht Stadtpräsident Dolfi Müller, diese drei Positionen unverändert zu belassen.

Urs B. Wyss ersucht Philip C. Brunner, seinen Antrag zurückzuziehen. Es handelt sich hier um drei Beiträge mit Sternvermerk. Der GGR kann also im Budget beschliessen was er will, die entsprechende Vorlage wird das Mass aller Dinge sein.

Manuel Brandenburg: Gemäss GPK-Präsident kann der Rat im Budget beschliessen, was er will. Die SVP-Fraktion will also eine Kürzung. Auch wenn hiezu Vorlagen kommen, wird trotzdem an diesem Antrag festgehalten.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Sternvermerk besagt, dass der Rat für diese drei Projekte jeweils eine separate Vorlage erhält.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, die Konten 36520.05, *Zuger Kunstgesellschaft*, 36510.15, *Chollerhalle*, und 36510.17, *Kulturzentrum Galvanik*, auf dem Vorjahresbudget zu belassen:

Für den Antrag Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 28 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6:28 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Die Positionen 36520.05, *Zuger Kunstgesellschaft*, 36510.15, *Chollerhalle*, und 36510.17, *Kulturzentrum Galvanik*, bleiben somit unverändert.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Bei *Konto 36510.15, Spinni-Halle/Chollerhalle*, beantragt die GPK, „Spinni-Halle“ zu streichen.

Stadtpräsident Dolfi Müller erklärt sich damit einverstanden.

2. Finanzdepartement (S. 29-39)

KST 2000: Departementssekretariat

Keine Wortmeldungen

KST 2100: Finanzamt

Keine Wortmeldungen

KST 2110: Zinsen

Keine Wortmeldungen

KST 2120: Abschreibungen

Keine Wortmeldungen

KST 2130: Steuern

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP, Konto 40601, *Hundesteuern*, auf Null zu kürzen, da sie beim Beschlussesentwurf die Abschaffung der Hundesteuer vorsieht. Die SVP-Fraktion möchte damit etwas für die Hundehalter tun. Zudem ist dies in der Wirtschaftskrise eine gute Möglichkeit, Steuern und Abgaben zu senken.

Monika Mathers wehrt sich als Hundehalterin vehement gegen diesen Antrag. Im Vergleich zum Leserbrief von Manuel Brandenburg ist er überhaupt nicht logisch. Im Leserbrief wird über die reichen Leute geschimpft, denen man Geld nachwirft. Es gibt bei den Hundehaltern vermutlich mehr durchschnittlich reiche Leute als andere. Hunde brauchen nämlich Platz. Andererseits betreut Monika Mathers als GPK-Mitglied das Baudepartement und hat sich in diesem Zusammenhang etwas um die Hundesteuern gekümmert. Auf die Frage, ob der Robidog-Dienst durch die Hundesteuer finanziert werde, wurde verneint. Wenn aber die Hundehalter die Robidog-Kästen benützen, reduzieren sich die Strassensäuberungskosten. Ein Hund kostet zwar, aber die Steuern machen davon nur einen kleinen Teil aus.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, Konto 40601, *Hundesteuer*, auf null zu reduzieren:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 29 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6:29 Stimmen den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 40601, *Hundesteuer*, bleibt somit unverändert.

KST 2200: Immobilien

Keine Wortmeldungen

KST 2210: Liegenschaften Finanzvermögen

Philip C. Brunner nimmt als GGR-Mitglied erstmals an einer Budgetdebatte teil und muss feststellen, dass er über die FDP ernüchtert ist. Für die in einem Jahr stattfindenden Wahlen hält die FDP fest (Zitat): „Wir setzen uns weiterhin für weniger Steuern ein. Bei niedriger Steuerbelastung bleibt dem Einzelnen mehr im Portemonnaie.“ Wahlkampf 2010, Andreas Kleber (Zitatende). Philip C. Brunner sah nach dem ausgezeichneten Votum von Cornelia Stocker schon einen Umschwung, sprach sie doch Philip C. Brunner aus dem Herzen. Wenn die FDP keine Unterstützung bietet, beantragt Philip C. Brunner, Konto 31401, Unterhalt Hochbauten, von CHF 219'700.-- auf CHF 300'000.-- zu erhöhen. Beim Unterhalt soll nicht gespart werden; das soll beim Personal geschehen.

Hans Christen wehrt sich grundsätzlich nicht gegen diesen Antrag, verweist aber darauf, dass hierfür jeweils Planung erarbeitet wird, bei der auch die personellen Ressourcen berücksichtigt sind, welche diese Aufträge stadtseitig bewältigen können. Ob ein Betrag von CHF 300'000.-- tatsächlich ausgeschöpft werden kann, weiss Hans Christen nicht.

Cornelia Stocker kann die für das Gewerbe durchaus sympathischen Überlegungen von Philip C. Brunner etwas nachvollziehen. Als langjähriges Ratsmitglied weiss aber Cornelia Stocker, dass der Stadtrat die benötigten Mittel noch immer geholt hat. Der budgetierte Betrag ist das Eine, die dafür notwendigen personellen Ressourcen sind aber das Andere. Wenn etwas sofort saniert oder renoviert werden musste, hat dieser Rat auch noch nie gegen eine Kostenüberschreitung reklamiert. In der GPK hat es sich gezeigt, dass man die geplanten Zahlen nie erreicht.

Abstimmung

über den Antrag Philip C. Brunner, Konto 31401, Unterhalt Hochbauten, von CHF 219'700.-- auf CHF 300'000.-- zu erhöhen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 29 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5:29 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner abgelehnt hat. Konto 31401, Unterhalt Hochbauten, bleibt somit unverändert.

KST 2220: Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Philip C. Brunner zu *Konto 31200, Energie*: Der Betrag gemäss Rechnung 2008 beträgt CHF 627'906.75, budgetiert wurden im 2009 CHF 818'600.--. Für das Jahr 2010 werden nun CHF 742'000.-- budgetiert. Überall hört man bei städtischen Aufgaben von Energieeinsparungen und die entsprechenden Auswirkungen auf die Kosten. Philip C. Brunner ist daher etwas enttäuscht, dass bei dieser Position nicht einmal das Ergebnis von 2008 erreicht wird. Philip C. Brunner beantragt eine Reduktion auf CHF 650'000.--.

Hans Christen zu *Konto 31200, Energie*: Heute kann nicht bestimmt werden, was nächstes Jahr läuft. Heute weiss man auch noch nicht, ob der nächste Winter kalt oder milde werden wird. All dies sind Parameter, die heute nicht bekannt sind. Die Budgetposition stellt eine Erfahrungszahl bzw. der Durchschnittswert der letzten fünf Jahre dar. Es ist unerheblich, ob dem Antrag zugestimmt wird oder nicht. Geändert wird dadurch nichts.

Philip C. Brunner: Wieso macht sich der Stadtrat dann die Mühe, ein Budget zu erarbeiten, wenn es sowieso rauskommt wie es rauskommt? Gewisse Annahmen müssen getroffen werden. Philip C. Brunner beantragt diesem Rat, eine Annahme zu treffen, da der Stadtrat hier zu hoch ist und sich hier ein Sparpotential zeigt. Es müssen dem Personal Zielsetzungen gegeben werden, indem Energie gespart werden muss. Mit um 1 oder 2° tieferen Raumtemperaturen kann beispielsweise etwas gespart werden.

Cornelia Stocker: Offensichtlich haben die Fraktionskollegen der SVP Philip C. Brunner zu wenig erläutert, wie es zugeht. Der Stadtrat nimmt jeweils für solche Positionen (z.B. auch die Schneeräumung) die Erfahrungswerte der letzten fünf Jahre an. Wenn Philip C. Brunner politisch etwas bewirken will, muss er den Stadtrat mit einer Motion beauftragen, die Raumtemperatur 1 oder 2 ° zu senken und im Sommer keine Ventilators oder Klimaanlage laufen zu lassen. Damit wird etwas erreicht aber nicht mit der Reduzierung der Budgetzahl.

Abstimmung

über den Antrag Philip C. Brunner, Konto 31200 von CHF 742'000.-- auf CHF 650'000.-- zu senken:

Für den Antrag Philip C. Brunner stimmen 4 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 26 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 4:26 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner abgelehnt hat. Konto 31200, Energie, bleibt somit unverändert. Der GGR erklärt sich auf Vorschlag von Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stillschweigend damit einverstanden, dass bei so klaren Entscheidungen das Gegenmehr in der Abstimmung nicht mehr erhoben werden muss.

KST 2230: Städtischer Wohnungsbau

Keine Wortmeldungen

KST 2250: Schulanlagen

Theo Iten zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Wieso sind CHF 50'000.-- ohne Begründung eingesetzt? Die CVP-Fraktion beantragt eine Kürzung auf CHF 25'000.--.

Stadtrat Ivo Romer zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Koordination, Infrastruktur und Bildung sind eine grosse Aufgabe. Die CVP-Fraktion hat dem Stadtrat die strategische Schulraumplanung mit auf den Weg gegeben. Es macht daher keinen Sinn, wenn das Bildungsdepartment eigenmächtig eine Planung vorlegt. Es macht daher Sinn, eine externe Gegenbegutachtung durchzuführen.

Theo Iten zieht den Antrag zu Konto 31807 zurück.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Früher wurde die Schulraumplanung in der Stadtverwaltung erarbeitet. Jetzt muss auch diese Aufgabe noch extern vergeben werden.

Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, Konto 31807, Beratungen und Expertisen, auf null zu kürzen.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, Konto 31807, Beratungen und Expertisen, auf null zu kürzen:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 8 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion bei 8 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts abgelehnt hat. Konto 31807, Beratungen und Expertisen, bleibt somit unverändert.

KST 2260: Alters- und Pflegeheime

Philip C. Brunner zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Mit der gleichen Begründung wie vorher von Urs B. Wyss geäußert, beantragt Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion die Streichung auf null. Ein enormes Wissen ist in den Altersheimen bereits vorhanden. Das Kader kann diese Aufgabe sehr gut selber ausführen. Es ist absolut unnötig, auswärtige Experten heranzuziehen.

Stadtrat Andreas Bossard zu *Konto 31807, Beratungen und Expertisen*: Auch diese Konzeptarbeit ist beim Bau eines neuen Pflegeheimes absolut notwendig. Damit der Betrieb anschliessend einwandfrei funktioniert, braucht es auch externe Beratungen.

Martin Eisenring: Diese grundsätzliche Frage darf sich der Rat durchaus stellen. Es stört auch Martin Eisenring, dass zunehmende Personalkosten und eine zunehmende Verwaltung festzustellen ist, jedoch immer wieder neue Positionen für externe Beratungen und Expertisen. Einmal muss ein Grundsatzentscheid gefällt werden, damit das nicht ausufert. Entweder wird eine Aufgabe selber erarbeitet oder sie wird extern vergeben. Beides ist aber zu viel und zu teuer.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, Konto 31807, Beratungen und Expertisen, auf null zu reduzieren:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 13 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 13:23 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 31807 bleibt somit unverändert.

KST 2300: Sportamt:

Keine Wortmeldungen

KST 2400: Informatik

Keine Wortmeldungen

KST: Betriebsamt

Keine Wortmeldungen

KST 2600: Übriger Aufwand

Keine Wortmeldungen

KST 2800: Stadtentwicklung/Stadtmarketing

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, Konto 36523.17, Zunft der Letzibuzäli, auf null zu streichen.

Patrick Steinle zu Konto 36523.17, Zunft der Letzibuzäli: Es handelt sich zwar hier um einen kleinen Betrag. Trotzdem hegt sich der Verdacht, dass dies von der GPK etwas zu wenig ernsthaft geprüft wurde. Man kann natürlich sagen, dass es hier um einen Veranstalter geht, welcher sich verspekuliert hat und ein Defizit erwirtschaftet hat, das nun von der Stadt behoben werden soll. Man kann auch sagen, dass es sich um einen weiteren Verein handelt, bei dem man nicht will, dass er am Subventionstropf der Stadt hängt und so jährlich wiederkehrende Beiträge bezieht. Patrick Steinle macht aber darauf aufmerksam, dass dieses Begehren nicht unter den wiederkehrenden Beiträgen aufgeführt ist. Es ist heute auch noch nicht sicher, ob es sich hier um eine wiederkehrende Veranstaltung handelt oder nicht. Patrick Steine würde es begrüßen, wenn diesen Veranstaltern einmal aus der Patsche geholfen wird. Der Rat soll sich auch nicht von Missgunst leiten lassen, wenn gewisse Mitglieder des Stadtrates über die Lezibuzäli zu Ruhm und Ehre gelangt sind. Das wäre ein schlechter Ratgeber. Vorher wurde relativ ausführlich über Stadtentwicklung und die verschiedenen Kostenstellen debattiert. Hier geht es nur um einen bescheidenen Beitrag, geht aber an einen Verein, der in den letzten 25 Jahren schon sehr viel genau für die Sachen geleistet hat, die der Stadtrat mit der Stadtentwicklung erreichen möchte. Es ist viel vorteilhafter, wenn diese Aufgabe von einem Verein wahrgenommen wird als wenn der Stadtrat über irgendwelche Stabsstellen zu organisieren versucht. Der Verein hat die letzten 25 Jahre zudem keine staatlichen Beiträge verlangt. Man kann bezüglich des erwirtschafteten Defizits zwar geteilter Meinung sein. Grundsätzlich geht es aber um eine gute Sache, um Traditionen, um den Erhalt der Fastnacht in der Stadt Zug, der Quartierentwicklung, Integrati-

on usw. Diese CHF 25'000.-- sind daher sehr gut investiertes Geld und sollten nicht gestrichen werden.

Franz Weiss: Der Neujahrsanlass kostet CHF 33'000.-- und kann von einigen hundert Personen besucht werden, welche sich frühzeitig anmelden. Tausende von begeisterten Zuschauern besuchen den Fasnachtsumzug im Herti. Es ist auch Tradition und Kultur. Mit der Lebuzenmeile, die zu einem traditionellen Fasnachtevent werden soll, hat die Zunft das Angebot erweitert, was die Besucher sehr erfreut hat. Die Zunft hat bis heute noch nie einen Beitrag in die Vereinskasse erhalten, nach 26 Jahren ist die Zeit gekommen, die Stadt um einen Vereinsbeitrag anzufragen. Die CVP- Fraktion unterstützt den neuen Beitrag und ist gegen die Streichung gemäss GPK.

Cornelia Stocker: Es sind sich wohl alle einig hier im Saal: Fastnacht ist auch ein Stück Kultur, das auch gepflegt werden sollte. Dass den Lezibuzäli die enormen Kosten für die Verkehrsumleitung usw. erlassen werden, besteht ebenfalls Einigkeit. Wenn aber hier ein Beitrag gesprochen wird, müsste auch den Veranstaltern des Bäckerhöli usw. ebenfalls ein Zustupf geleistet werden. Unter den 600 Vereinen in der Stadt Zug muss Gleichbehandlungsrecht geschaffen werden. Also müsste diesen auch ein Beitrag geleistet werden. Der geforderte Beitrag ist im Vergleich zum Verein exorbitant hoch. Es kann nicht sein, dass den Lezibuzäli ein Zustupf ans Defizit geleistet wird. Dann kann für das nächste Jahr auch ein Gesuch eingereicht werden, dass die Stadt einen Beitrag an das Defizit von FDP, SVP und der SGA bezahlt, schliesslich handelt es sich bei ihnen auch um Vereine und politische Kultur, die eine Aufgabe wahrnehmen. In im Sinne der Gleichbehandlung ersucht Cornelia Stocker, den Antrag der GPK zu unterstützen. Bei der Baarerzunft beispielsweise bezahlt der Räbenvater die Fastnacht. Die Fastnachtsgesellschaft in Baar ist zudem um einiges grösser als der Lezibuzäli-Umzug und wird auch nicht aus Steuergeldern berappt.

Simone Gschwind hat heute bei der Kulturverantwortlichen bezüglich der Beiträge für die Fastnachtsveranstaltungen wie z.B. Chesslete, Guggenmusiken usw. nachgefragt. Die Guggenmusiken haben bisher immer sehr kleine Beiträge (CHF 100.-- bis CHF 600.-- je nach Gesuch) erhalten. Die Lezibuzäli haben nie einen Barbeitrag erhalten, jedoch vom Werkhof Leistungen bezogen. Diese werden mit ca. CHF 4'000.-- berechnet. Die Chesslete erhält einen Beitrag von CHF 5'000.-- sowie zusätzlich CHF 5'000.-- Werkhofleistungen. Nach Meinung der SP-Fraktion kann es daher nicht sein, die Lezibuzäli gegenüber den anderen Fastnachtsaktiven zu bevorzugen. Sie können dem Stadtrat ein Gesuch schreiben oder bei der Planung einer Veranstaltung um eine Defizitgarantie anfragen. Es würde in keinem Verhältnis stehen, wenn nur die Lezibuzäli und nicht auch die anderen Fastnachtsvereine Beiträge erhielten. Simone Gschwind stellt für den Fall, dass ein Beitrag für die Lezibuzäli bestehen bleibt, den Eventualantrag, das Konto in eine Fastnachtsbezeichnung umzubenennen und am budgetierten Betrag auch andere Veranstaltende sich beteiligen können.

Hugo Halter bekennt sich zur Fastnacht. Sie ist auch Kultur in verschiedenen Facetten. Eine davon ist der Umzug in der Herti und die anschliessenden Veranstaltungen. Die letzte Fastnacht musste mit einem Defizit abgeschlossen werden. Letztendlich geht es hier um die Grundsatzfrage, Kultur in Form von Fastnacht in der Stadt Zug Ja oder Nein. Zug ist in dieser Hinsicht kaum mit Luzern oder Baar vergleichbar. Der hier gezeigte Vergleich mit Baar hinkt. Es ist gerade die Idee der Fastnachtzunft im Herti, dass jeder Bürger die Chance hätte, zu Ehren zu kommen und auch finanziell die Möglichkeit hat, ein solches Amt zu übernehmen. Weder ist Hugo Halter Mitglied der Zunft noch hat er Ambitionen, diese Ehre zu erleben. Seine Ambition ist nach wie vor, diese Fastnacht im Quartier Herti zu unterstützen. Der einmalige Betrag sollte daher gesprochen werden. Der Titel des Kontos ist aber tatsächlich stossend. Dem Eventualantrag von Simone Gschwind wird daher durchaus Sympathie entgegengebracht.

Hans Christen: Es geht nicht darum, das Defizit der letzten Fastnacht auszugleichen. Die Lezibuzäli haben einen Antrag an den Stadtrat für einen wiederkehrenden Beitrag gestellt. Die CHF 25'000.-- kämen also jedes Jahr. Zuerst wurde der gleiche Beitrag wie für die Feuerwehr gefordert. Der Stadtrat hat CHF 25'000.-- als das höchste der Gefühle bezeichnet. Da es sich um einen wiederkehrenden Beitrag handelt, wurde auch ein separates Konto eröffnet. Ein einmaliger Beitrag wäre in der Kompetenz des Stadtrates gewesen.

Simone Gschwind: Falls das Fastnachtskonto weiter diskutiert werden sollte, müssten alle Fastnachtsposten darunter fallen und nicht nur die CHF 25'000.-- der Lezibuzäli.

Urs Bertschi hat etwas Verständnisschwierigkeiten, nachdem zu hören war, es handle sich nicht um eine Defizitgarantie. Tatsache ist, dass die Lebusmeile aufgezogen wurde, welche sich offenbar nachweislich als Flop entpuppte. Um diesen Flop weiterhin in der Zukunft betreiben zu können, bezahlt nun die Stadt jedes Jahr CHF 25'000.--. Etwas anderes mehr wird ja mit diesem Anlass und dieser Fastnachtskultur nicht geboten. Neuerdings wird einfach die Idee gehegt und gepflegt, dass man sich im geschützten Rahmen im Stierenmarktareal trifft und versucht, etwas unter die Leute zu bringen, was vom Unternehmerrisiko offenbar nicht gedeckt ist. Urs Bertschi ist nicht der Meinung, dass die Stadt diese Unternehmerrisiken, insbesondere im Sinne von wiederkehrenden Beiträgen, abdeckt. Im Hinblick auf die nächste Lebusmeile ist aber Urs Bertschi durchaus dafür, allenfalls einen Betrag von CHF 5'000.-- als Defizitgarantie zu sprechen.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 36523.17, Letzibuzäli, zu streichen, gegenüber dem Antrag des Stadtrates, unterstützt durch die CVP-Fraktion:

Für den Streichungsantrag der GPK stimmen 27 Ratsmitglieder, für den Antrag des Stadtrates und der CVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 27:6 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Der Betrag von CHF 25'000.-- in Konto 36523.17, Letzibuzäli, wird daher gestrichen. Zugleich wird auch das Konto an sich gestrichen, da kein Betrag mehr enthalten ist. Damit erübrigt sich der Eventualantrag von Simone Gschwind.

Philip C. Brunner spricht zu Konto 36523.06, Bundesfeier, und beantragt eine Erhöhung von CHF 28'600.-- um CHF 11'400.-- auf CHF 40'000.-- für die 1. August-Feier auf dem Landsgemeindeplatz mit einem guten Redner. Letztes Jahr wurde ein Defizit erwirtschaftet, welches durch Zug Tourismus zu tragen ist, nachdem die Übernahme durch den Stadtpräsidenten abgelehnt worden war. Offenbar spart man mit solchen Anlässen, gibt aber das Geld andernorts aus.

Hans Christen: Nicht der Stadtpräsident hat die Übernahme des Defizites abgelehnt, sondern der Finanzchef. Alleine für CHF 22'600.-- wurden Gagen bezahlt. Ein Künstler alleine hat eine Gage von CHF 8'000.-- erhalten. Die Organisation hat zudem für einen Künstler für den 1. August 2010 bereits CHF 3'600.-- ausbezahlt. Dass der Finanzchef dadurch etwas stutzig wurde und für die 1. August-Feier nicht CHF 40'000.-- notwendig sind, ist auch klar. Hans Christen organisiert die 1. August-Feier auch für CHF 20'000.--.

Cornelia Stocker: Wer organisiert die Bundesfeier?

Hans Christen: Zug Tourismus organisiert die 1. August-Feier. Letztes Jahr im Herbst wurden bereits die Verträge unterzeichnet, obwohl die Finanzierung noch nicht geregelt war. Bevor Hans Christen etwas kauft, schaut er immer zuerst in sein Portemonnaie, ob das nötige Geld dafür auch vorhanden ist, und macht nicht zuerst die Ausgabe und holt das Geld nachträglich. Für Hans Christen war absolut nicht verständlich, wie hier gearbeitet wurde.

Cornelia Stocker versteht diesen Unmut absolut. Die Stadtentwicklerin hat aber Einsitz im Vorstand von Zug Tourismus.

Philip C. Brunner dankt für die Ausführungen von Hans Christen und zieht seinen Antrag zurück.

Arthur Cantieni möchte sich ausnahmsweise zur 1. August-Feier kurz äussern: Sie wird von Zug Tourismus im Auftrag der Stadt Zug durchgeführt. Vor fünf Jahren wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, welche unter anderem auch die Durchführung 1. August-Feier umfasst. Dafür wurden zu Beginn CHF 15'000.--, später CHF 20'000.-- und nun CHF 25'000.-- vom Stadtrat inkl. Werkhofleistungen bewilligt. Diese 1. August-Feier darf als grosser Erfolg bezeichnet werden. Dieses Jahr verlief diese Veranstaltung nicht optimal, weil insbesondere ein in Aussicht gestellter Sponsorbeitrag auf Grund der Finanzkrise (CHF 8'000.--) nicht gesprochen wurde. Diese CHF 8'000.-- fehlten den Organisatoren schlussendlich und führten zu einem defizitären Abschluss. Der vor drei Jahren

erreichte Gewinn wurde irrtümlich in die Rechnung von Zug Tourismus einvernahmt, weshalb diesmal der Stadtpräsident und der Finanzchef verlangt haben, dass dieses kleine Defizit von Zug Tourismus übernommen werden kann. Nächstes Jahr darf dafür Zug Tourismus einen allfälligen Gewinn wieder behalten.

KST 2810: Sport

Keine Wortmeldungen

KST 2820: Kinder- und Jugendbetreuung

Manfred Pircher zu Konto 36523.04, Spielplätze: Die SVP-Fraktion beantragt eine Erhöhung auf CHF 100'000.--. Die Kinder von Zug sind auf gute Spielplatzgeräte angewiesen. Es handelt sich hier um eine gute Investition in die Zukunft.

Hans Christen: Hier geht es nicht um Investitionen. Die Investitionen für Spielplätze werden in der Investitionsrechnung abgerechnet. Hier geht es vor allem um kleinen Unterhalt für die Spielplätze. Mit einer Erhöhung hat aber Hans Christen kein Problem, gibt es doch immer wieder Wünsche aus den Nachbarschaften für Anschaffungen.

Manfred Pircher möchte diesen Betrag für Anschaffungen verwenden.

Abstimmung

über den Antrag von Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion, Konto 36523.04, Spielplätze, auf CHF 100'000.-- zu erhöhen:

Für den Antrag von Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion stimmen 12 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 12:19 Stimmen den Antrag von Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 36523.04 bleibt somit unverändert.

Jürg Messmer zu Konto 36520.10, *Subventionierte Kindertagesstätten*: Es sind für den zusätzlichen Einkauf von Betreuungsplätzen rund CHF 500'000.-- mehr budgetiert. Um wie viele zusätzliche Betreuungsplätze es geht, ist nicht ersichtlich. Jürg Messmer beantragt daher, Konto 36520.10 auf CHF 2 Mio. zu kürzen. Irgendwann ist genug, es können nicht immer mehr subventionierte Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden.

Ivo Romer: Es macht tatsächlich den Anschein als ob hier ein stetiger Wachstum der Ausgaben erfolge. Es ist nicht so, dass die bestehenden Strukturen teurer werden. Einerseits wird zurzeit ein neues Subventionsmodell erarbeitet. Gilt andererseits der politische Grundsatz, die recht langen Anmelde- und Wartelisten etwas zu entlasten und auf dem Stadtgebiet das Angebot auch in diesem Bereich vernünftig aufrecht zu erhalten, ist hier nun das entsprechende Preisschild aufgeführt. Wenn man sich grundsätzlich

gegen dieses Angebot wehrt, ist auch mit einer Kürzung zu rechnen. Hier geht es einzig um eine politische Würdigung, erhalten doch die Kinder und Eltern, welche die Plätze dringend benötigen und wünschen, mehr Plätze angeboten. Das kostet auch etwas mehr. Es ist diesem Rat überlassen, das Signal nach aussen zu senden, indem die flächendeckenden Angebote von Tagesstrukturen gerade im Bereich Vorschule nicht unterstützen will. Dabei geht es aber um ein politisches Zeichen und nicht darum, eine Budgetposition zu kürzen, um zu sparen. Aus diesen Gründen ersucht Ivo Romer, den gestellten Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

Abstimmung

über den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion, Konto 36520.10, Subventionierte Kindertagesstätten, auf CHF 2 Mio. zu kürzen:

Für den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 7 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 36520.10 bleibt somit unverändert.

Manuel Brandenburg spricht zu Konto 36520.17, *Jugendarbeit*, und beantragt namens der SVP-Fraktion, diese Position ersatzlos zu streichen. Die SVP-Fraktion ist nicht gegen die Jugend, sondern gegen immer mehr staatlich bezahlte Funktionäre und Sozialarbeiter, die sogenannten aufsuchende Jugendarbeit betreiben. Das ist völlig unnütz und stellt einen Ausbau des Sozialstaates dar, der nicht gewünscht ist. Diese Sozialarbeitergilde macht sich krakenhaft überall im staatlichen Gemeinwesen breit. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich, weshalb die SVP-Fraktion mit der Kürzung ein Zeichen setzen möchte.

Urs Bertschi zieht persönlich die aufsuchende Jugendarbeit vor, da sind ihm zehn Polizisten weniger viel lieber.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, Konto 36520.17, Jugendarbeit, auf null zu kürzen:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 36520.17 bleibt unverändert bestehen.

KST 2830: Gesundheit und Suchtprävention

Manfred Pircher beantragt namens der SVP-Fraktion, Konto 36520.23, *Familienhilfe Kanton Zug*, auf CHF 100'000.-- zu erhöhen. Die Arbeit dieser sehr guten Institution soll entsprechend honoriert werden.

Hans Christen: Hierzu besteht ein GGR-Beschluss. Das Anliegen müsste motioniert werden, damit der Stadtrat dem GGR eine GGR-Vorlage unterbreiten kann.

Manfred Pircher zieht den Antrag zu Konto 36520.23 namens der SVP-Fraktion zurück.

Jürg Messmer möchte den Antrag nicht zurückgezogen haben, sondern die Position mit einem Stern versehen, damit der Stadtrat eine Vorlage für CHF 100'000.-- erarbeiten kann.

Hans Christen: Der Stadtrat erarbeitet von sich aus keine Vorlage, erst wenn die Familienhilfe von sich aus ein Gesuch stellt und ihre Jahresrechnung vorlegt. Die beantragte Erhöhung macht keinen Sinn und ist willkürlich. Ab CHF 100'000.-- muss zudem eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden. Hans Christen empfiehlt, die Position unverändert zu belassen. Wenn sich eine Veränderung aufdrängt, wird der Stadtrat dem GGR eine Vorlage präsentieren.

Manfred Pircher hat seinen Antrag bereits zurückgezogen, Jürg Messmer hat ihn anschliessend wieder vorgebracht.

Jürg Messmer beugt sich dem Fraktionschef. Der Antrag ist zurückgezogen.

KST 2840: Soziale Institutionen

Keine Wortmeldungen

KST 2850: Öffentlicher Verkehr

Keine Wortmeldungen

KST 2860: Energie und Umwelt

Werner Villiger spricht zu *Konto 36624, Förderung erneuerbare Energie*, und beantragt namens der SVP-Fraktion für die Förderung erneuerbarer Energien im Budget einen Betrag von CHF 250'000.-- einzusetzen. Die beantragte Budgetkürzung wird wie folgt begründet: Da in den letzten Jahren das Budget teilweise nur zur Hälfte genutzt wurde und sich dies in nächster Zukunft nicht ändern wird, ist es sicher sinnvoll, das Budget bei CHF 250'000.-- anzusetzen. Neben dem Bund fördert zudem auch der Kanton. Es stellt sich daher schon die Frage, wo denn die Stadt Zug noch fördern kann, soll oder muss.

Stadtrat Andreas Bossard: Dieser Betrag fusst auf der Volksabstimmung. Er betrug ehemals CHF 1 Mio. und wurde nach der Abschaffung der Konzessionsgebühren auf CHF 400'000.-- festgelegt. Es zeigte sich, dass aufgrund des Energiereglementes dieses Geld nicht ausgegeben werden kann, weshalb das Reglement nun überarbeitet wird. Die Kommission wird diese Woche noch erstmals tagen. Anschliessend werden die Energierichtlinien so angesetzt, dass die CHF 400'000.-- mit Sicherheit nutzvoll und

sinnvoll angewandt werden können und zwar als Ergänzung zu den Beiträgen des Kantons und des Bundes.

Werner Villiger hält an seinem Antrag fest.

Abstimmung

über den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion, Konto 36624, Förderung erneuerbare Energie, auf CHF 250'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 36624, Förderung erneuerbare Energie, bleibt daher unverändert.

KST 2870: Hilfeleistungen

Franz Akermann: Franz Akermann äussert sich zu Konto 36790, Hilfsaktionen Ausland, und beantragt, zu Lasten der laufenden Rechnung, KST 2870 Hilfeleistungen, Konto 36790, Hilfsaktionen Ausland, einen einmaligen Betrag von CHF 250'000.-- für den Kampf gegen den weltweiten Hunger einzusetzen. Dies in Ergänzung zu den budgetierten CHF 500'000.-- für Hilfeleistungen aus Beiträgen aus Rückstellungen.

Begründung:

Gemäss der UNO- Organisation für Ernährung und Landwirtschaft erreicht die Zahl der Hungernden weltweit im Jahr 2009 eine Rekordhöhe von über einer Milliarde Menschen (rund 2/3 in Asien und den Pazifik Anrainer Staaten und etwa 30% in Afrika.). Somit ist weltweit ist jeder siebte Mensch chronisch unterernährt. Anhaltender Hunger führt bekanntlich zu Gesundheitsschädigungen, Intelligenzdefiziten, er behindert die soziale Entwicklung und führt zu unerwünschter grossflächiger Migration. „Hunger ist das grausamste und konkreteste Zeichen von Armut. Man darf Überfluss und Verschwendung nicht länger akzeptieren,...“ So z.B. Papst Benedikt anlässlich der Eröffnung des Welternährungsgipfel 16.11. 2009 in Rom. Die bisherigen privaten, kirchlichen und staatlichen Hilfen sind zu würdigen, denn es wird viel geleistet. Aber offensichtlich sind diese Leistungen zur Lösung des Hungerproblems immer noch ungenügend. Die Stadt Zug budgetiert für 2010 einen Steuerertrag von CHF 206 Mio. und einen Ertrag von insgesamt CHF 276 Mio. Sie erreicht trotz weltweiter Wirtschaftskrise und bedeutenden Mehrausgaben für NFA und ZFA eine deutlich schwarze Null. Sie gehört damit zumindest finanziell gesehen zu den Glücklichen. Damit trägt die Stadt Zug aber auch Verantwortung für die am massivsten Benachteiligten, die Hungernden. Übrigens: Eine Steuersenkung zu befürworten und eine lebenserhaltende Hungerhilfe abzulehnen wäre zynisch. Mit der Zustimmung zu dem bereits im Budget vorgesehenen Betrag von CHF 500'000.-- für Hilfeleistungen nimmt die Stadt Zug bereits Verantwortung wahr, insbesondere weil rund 4/5 des Betrages für die Auslandhilfe in Entwicklungsgebieten verwendet werden. Angesichts der immer noch steigenden Zahl der Unterernährten ist

eine Aufstockung um CHF 250'000.--, entsprechend etwa 1 Promille des für 2010 budgetierten Ertrages, sicher gerechtfertigt. Sie ist ein Zeichen dafür, dass der Rat hier mit dem Begriff „global“ auch Verantwortung übernimmt und nicht nur profitiert. Nachsatz: im Kunsthaus ist in der Sammlung Kamm ein Bild von Herbert Bayer ausgestellt mit dem Titel „mit Kopf, Herz und Hand“. Eine schöne Aufforderung unter Einbezug von Kopf und Herz zu handeln. Franz Akermann appelliert an den Rat, dies auch zu tun, und bittet um Unterstützung seines Antrages.

Hans Christen: Der Stadtrat konnte über diesen Antrag noch nicht beraten. Grundsätzlich ist dagegen nichts einzuwenden. Solche Hilfeleistungen werden aber jeweils bei der Rechnung aus dem Ertragsüberschuss beschlossen. Es ist aber auch auf diesem Weg möglich. In diesem Fall müsste aber auch die KST 2870, Hilfeleistungen, Konto 48000, Entnahme aus Rückstellungen, um CHF 250'000.-- erhöht werden.

Martina Arnold: Was Franz Akermann gesagt hat, tönt sehr gut und lieb. Traditionell werden aber bereits heute jedes Jahr je CHF 250'000.-- für das Inland und das Ausland gesprochen. Bei diesem zusätzlich beantragten Geld für diese Hilfeleistungen handelt es sich ebenfalls um Steuergelder. Wenn das jemand auf Weihnachten hin aus privater Sicht machen will, ist das schön, edel und gut. Es sollte aber jedem Einzelnen überlassen werden. Die Steuerzahler werden schliesslich dazu nicht angefragt. Steuern sind nicht da, um gemeinnützige Projekte zu unterstützen.

Urs E. Meier: Es ist einigermassen beschämend, ausgerechnet aus der christlichen Ecke das zu vernehmen. Es ist auch einigermassen beschämend, von dieser Fraktion zu hören, man müsse Steuern senken, dabei aber gleichzeitig bei solchen Gelegenheiten sehr geizig zu sein.

Manuel Brandenburg: Es werden die Steuerzahler auch sonst nicht immer angefragt, wenn das Geld ausgegeben wird. Es sei dabei beispielsweise an die Galvanik-Vorlage erinnert. Es gibt viele andere Dinge, wo der Steuerzahler ebenfalls nicht angefragt wird. Dieses Argument ist also beim Vorschlag von Franz Akermann, welchen Manuel Brandenburg gegen seine Grundsätze unterstützen wird, nicht angebracht. Es handelt sich dabei um eine gute Sache. Der Hunger ist ein Problem. Diese CHF 250'000.-- können dann bei den reichen Kulturprojekten eingespart werden.

Cornelia Stocker: Das Thema ist so ernst, dass es sowohl Christen, Moslems wie auch Hindus interessiert. Wahlkampf muss damit sicher nicht betrieben werden. Eine bestimmte Linie sollte aber der Rat trotzdem einhalten. Üblich ist es, dass bei der Rechnung im Rahmen der Gewinnverwendung solche Anliegen diskutiert werden. In diesem Zusammenhang werden die Rückstellungskonti ganzheitlich geprüft und aufgrund dessen überlegt, wo etwas alimentiert werden kann und soll. Cornelia Stocker macht daher beliebt, diese Diskussion auf die Juni-Sitzung zu vertragen. Das wäre der richtige Weg.

Stefan Hodel: Solche Anträge wurden schon mehrfach an der Juni-Sitzung gestellt und immer abgelehnt. Draussen wartet das Buffet. Stefan Hodel möchte sich kurz halten und beantragt, jetzt über diesen Antrag abzustimmen. Die gewünschten CHF 250'000.-- entsprechen 1 ‰ des städtischen Budgets. Kein Steuerzahler wird sich wehren, wenn er 1 ‰ mehr Steuern bezahlen muss.

Manfred Pircher wurde vorhin belehrt, sein Anliegen auf dem Motionsweg einzubringen. Er empfiehlt daher Franz Akermann, das Gleiche zu tun.

Abstimmung

über den Antrag von Franz Akermann, bei Konto 36790, Hilfsaktionen Ausland, einmalig CHF 250'000.-- für den weltweiten Hunger einzusetzen:

Für den Antrag von Franz Akermann stimmen 20 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 20:16 Stimmen den Antrag von Franz Akermann gutgeheissen hat. In Konto 36790, *Hilfsaktionen Ausland*, werden daher einmalig CHF 250'000.-- für den weltweiten Hunger eingesetzt.

3. Bildungsdepartement (S. 40-51)

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart ersucht die Anwesenden, sich bei den einzelnen Voten kurz zu halten und sachlich zu bleiben, damit die Beratungen etwas speditiver weiter gehen. Je nachdem behält sich Ratspräsidentin Isabelle Reinhart vor, nächste Woche eine Zusatzsitzung einzuberufen.

Philip C. Brunner wurde in der Pause angesprochen, dass es keinen Sinn mache, sich um CHF 10'000.-- hier zu streiten usw. Dieser Auftrag hat aber das Parlament. Es ist nicht nur Sache der GPK, sondern jedes einzelnen Ratsmitgliedes, diese Ausgaben zu prüfen. Über diese Steuergelder kann nicht einfach so oberflächlich beschlossen werden. Wenn es dazu eine zusätzliche Sitzung nötig ist, hat sie sich der Rat auch zu nehmen. Zu den Personalausgaben des Bildungsdepartementes ist Folgendes festzuhalten. Die Stadt-schulen und Musikschule weisen nach einer Erhöhung von 5,2 Stellen 273,45 Stellen-prozente auf. Wenn die Kosten des Bildungsdepartementes von CHF 53,319 Mio. in Zu-sammenhang mit den Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen von rund CHF 205 Mio. gezogen werden, zeigt sich, dass ein Viertel der Steuereinnahmen für das Bildungsdepartementes ausgegeben wird. Philip C. Brunner macht beliebt, auch hier etwas den Sparhebel anzusetzen. Es ist jetzt ein neuer Stadtrat im Amt, und er soll jetzt zeigen, was er kann. Bei der Rechnung 2008 schloss man noch unter CHF 50 Mio. ab. Das Budget für das Jahr 2009 liegt knapp bei CHF 52 Mio. Im nächsten Jahr geht es im gleichen Schritt weiter. Bei allem Verständnis für die Bildung, und auch wenn die Stadt Zug gute Schulen braucht, muss im ganzen Kuchen etwas gespart werden. Es

kann nicht so weitergehen. Philip C. Brunner beantragt die Streichung der 5 Personen, welche Seite 8 des Voranschlages (Kindergarten 1.3 Personen, Primarschule 3.3 Personen, Heilpädagogische Schule 1.95 Personen) ausgewiesen sind. Zusammen mit der Reduktion der Kooperativen Oberstufe ergeben sich dadurch 5.2 Personen. Auf eine Anzahl von 317.3 Personen muss es möglich sein, 5 Stellen einzusparen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart bittet Philip C. Brunner, darzulegen, zu welcher Kostenstelle gesprochen wird.

Philip C. Brunner spricht nicht konkret zu einer Kostenstelle, sondern verlangt die Streichung von gesamthaft 5.2 Personen.

Monika Mathers: Es gibt bekanntlich eine GPK. Jede Partei hat aufgrund ihrer Grösse entsprechende Vertretungen in der GPK. Jedes Mitglied der GPK ist für ein bestimmtes Departement verantwortlich. Dieses Departement wird mindestens zweimal jährlich besucht, nämlich vor der Budgetdebatte und vor der Rechnungsdebatte. Monika Mathers hat für die Behandlung des Budgets rund 30 Stunden benötigt. Der Vertreter der SVP hat es nicht für nötig gefunden, sein Bildungsdepartement zu besuchen. Er hat kaum einen Antrag während der GPK-Debatte gestellt. Jetzt muss sich der Rat dieses Durcheinander anhören. Genau solche Fragen wie jetzt Philip C. Brunner gestellt hat, wären Aufgabe gewesen eines verantwortlichen GPK-Mitgliedes für ein Departement. Die GPK-Vertretung erhält so jede kleinste Detailinformation, hinterfragt, diskutiert usw. Wenn ein Vertreter einer Partei es nicht für nötig findet, sein eigenes Departement zu besuchen, weil er wahrscheinlich davon ausgeht, dass alles einwandfrei läuft, dann soll diese Partei bitte still sein. Dieser Vertreter hat das Vertrauen seiner Fraktionskollegen, dass er die richtigen Anträge stellt. Wenn es so weitergeht wie jetzt, gibt es nichts anderes mehr, als dass die Geschäftsordnung nächstes Jahr nochmals geändert wird und nur noch schriftliche Anträge für Rechnung und Budget erlaubt werden.

Manuel Brandenburg hat in der GPK bereits einige Anträge gestellt. Es trifft zu, dass er das Departement nicht besucht hat, und es trifft auch zu, dass er nicht 30 Stunden für die GPK-Sitzung aufgewendet hat. Er wird sie der Stadt Zug auch nicht in Rechnung stellen. Manuel Brandenburg möchte aber doch darauf hinweisen, dass in der im Anschluss an die GPK-Sitzung stattfindenden SVP-Fraktionssitzung jeweils frei diskutiert wird. Manuel Brandenburg weiss nicht, wie es bei der Fraktion der Alternative-CSP abläuft. In der SVP-Fraktion erfolgt ein freies, demokratisches Ringen. Daraus folgen neue Ideen und neue Anträge. Anschliessend werden die entsprechenden Anträge hier im Plenum vorgetragen. Das hat nichts mit einer fehlenden Vorbereitung zu tun. Wenn Manuel Brandenburg das Departement nicht besucht hat, so hat er dies nicht als nötig erachtet. Ganz einfach.

Stadtrat Ivo Romer: Effizient wäre, wenn man Vorlagen vor den Kommissionssitzungen als Mitglied dieses Rates studiert und Fragen und Anregungen den Kommissionsmitgliedern auf den Weg gibt. Das sei nun aber jedem selber überlassen und auch nicht zu

kritisieren. Es ist so, dass hier ein Parlament amtiert, wo geredet wird und auch neue Ideen und Anträge jederzeit eingebracht werden können. Ob das goutiert wird oder nicht, und ob es dem Ruf dieses Rates hilft, effizient und gut zu arbeiten, sei im Raume stehen belassen. Jetzt zum Antrag Seite 8 der Vorlage: Hier wird aufgezeigt, wo konkret im Bildungsdepartement bei den Stadtschulen die Pensen neu eingeteilt bzw. zugeordnet werden. Dabei wird auf den Sommerbericht bezüglich Personalplanung verwiesen, welcher der GPK zugänglich gemacht wird. Darin sind auch die Personalplanungen der Stadtschulen enthalten. Man weiss also bereits seit sechs Monaten, was beim Budget kommen könnte. Es haben verschiedene Sparrunden stattgefunden. Sowohl im Bildungsdepartement wie auch bei den Stadtschulen. Konkret wurden 4,18 Stellen in der Kürzungsrunde 2 im Bereich der Stadtschulen bereits reduziert. Der entsprechende Beitrag liegt bei rund CHF 500'000.--. Trotzdem ist es Tatsache, dass gewisse Schulen wachsen. Dazu gehört u.a. auch der Kindergarten, wo zusätzliche Abteilungen nötig werden. Die Planung basiert darauf, vernünftige Klassen- und Kindergartenklassengrössen zu haben, ohne sich auf das zulässige Maximum auszurichten. Die Kooperative Oberstufe hat eine Kürzung von 1,35 Pensen vorgenommen. Unter dem Strich bleiben 5,2 Pensen, welche auf mehr Personen aufgeteilt werden. Im August wird sich zeigen, wie viele zusätzliche Stellen benötigt werden, um die entsprechenden Schul- oder Kindergartenabteilungen zu führen. Wenn nun hier bereits gekürzt werden will, ist dies wiederum ein politisches Zeichen. Ob es das richtige Zeichen ist, sei dahingestellt. Sicher ist es aber so, dass bezüglich personeller Planung in keiner Weise irgendwo zu viele Pensen vorhanden sind. Die Pensen richten sich nach dem heute bekannten tatsächlichen Bedarf. Jahrelang gab es stagnierende und rückläufige Zahlen. Beim Quartier Zug West hat sich diese Entwicklung nun verändert, hier braucht es zusätzliche Kindergärten und später als Folge davon auch weitere Primarschulstellen. Stadtrat Ivo Romer ersucht daher, hier nicht mit der Rasenmähetaktik zu agieren, denn das wäre nicht Sparen mit Augenmass, sondern etwas zu kurz gegriffen, auch wenn Bildungspolitik auf lokaler Ebene betrieben werden will. Die Stadt Zug will gute Schulen, und gute Schulen haben noch nie funktioniert, indem einfach Klassengrössen von 30 Kindern angenommen wurden.

Manuel Brandenburg dankt Stadtrat Ivo Romer für diese Ausführungen, weist aber darauf hin, dass der Rat auch einmal von ganz konkreten Zahlen sprechen sollte. Das Schulgesetz sieht die Möglichkeit vor, Klassengrössen von 24 Schülern maximal zu haben. In der Stadt Zug gibt es zurzeit eine durchschnittliche Klassengrösse von 17 Schülern. Das kostet Geld. Insofern ist der Streichungsantrag nicht einfach unbegründet, weshalb ersucht wird, diesen zu unterstützen.

Patrick Steinle kennt familiär bedingt die Situation im Herti Schulhaus etwas näher. Die Klassengrössen sind tatsächlich ein wichtiger finanzieller Faktor. Im Herti Schulhaus gab und gibt es teilweise immer noch Klassen mit 24 Kindern. Von den drei sind inzwischen zwei Lehrpersonen krankheitshalber ausgeschieden. Auch das kostet. Es ist sehr schwierig, eine Klasse mit 24 teilweise sehr verschiedenen Kindern zu kontrollieren. Entsprechend kann die Reduktion der Klassengrössen auch eine finanziell positive Massnahme

sein, um den Lehrpersonen so zu ermöglichen, längerfristig am Ball und gesund zu bleiben.

Abstimmung.

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, die 5.2 zusätzlichen Stellen im Bildungsdepartement zu streichen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, abgelehnt hat. Die 5.2 zusätzlichen Stellen im Bildungsdepartement werden somit nicht gestrichen.

KST 3000: Departementssekretariat

Keine Wortmeldungen

KST 3050: Rektorat

Martina Arnold zu *Konto 31704, Schulbus*: Für das Jahr 2010 ist ein höherer Betrag budgetiert als für das Jahr 2009, obwohl gemäss Begründung die Schülerzahlen rückläufig sind. Diese Begründung scheint unlogisch zu sein.

Stadtrat Ivo Romer: Die Begründung bezieht sich auf die definitiven Zahlen und nicht auf das Budget.

KST 3060: Schulinformatik (exkl. IBA)

Keine Bemerkungen

KST 3100: Kindergarten/KST 3200: Primarschule

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, bei *KST 3100, Kindergarten, Konto 31100, Mobiliar und Einrichtungen*, von CHF 12'600.-- auf CHF 43'000.--, sowie das *Konto 31101, Geräte und Maschinen*, von CHF 1'800.-- auf CHF 6'000.-- zu erhöhen. Bei *KST 3200, Primarschule*, beantragt die GPK, *Konto 31100, Mobiliar und Einrichtungen*, von CHF 71'000.-- auf CHF 146'000.--, und *Konto 31101, Geräte und Maschinen*, von CHF 15'000.-- auf CHF 26'000.-- zu erhöhen.

Stadtrat Ivo Romer: In den Irrungen und Wirrungen zwischen Budgetierung und personellen Streitigkeiten wurde zwar der neue Kindergarten im Riedmatt und auch die zusätzlichen Bereiche in der Primarschule aufgeplant, jedoch die dazugehörigen Materialien und Einrichtungen nicht. Stadtrat Ivo Romer hat in der GPK den entsprechenden Antrag gestellt und klar begründet und ersucht den Rat, diesen ebenfalls gutzuheissen.

Stadtpräsident Dolfi Müller übernimmt namens des Stadtrates diese vier Anträge.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass sich dadurch eine Abstimmung erübrigt. Die beiden Kostenstellen verändern sich dadurch wie folgt:

- KST 3100, Kindergarten: Konto 31100, Mobiliar und Einrichtungen, beträgt neu CHF 43'000.--. Konto 31101, Geräte und Maschinen, beträgt neu CHF 6'000.--.
- KST 3200, Primarschule: Konto 31100, Mobiliar und Einrichtungen beträgt neu 146'000.--, Konto 31101, Geräte und Maschinen, beträgt neu CHF 26'000.--.

KST 3300: Tagesschule

Keine Wortmeldungen

KST 3400: Kooperative Oberstufe

Keine Wortmeldungen

KST 3500: Textiles Werken/Hauswirtschaft

Keine Wortmeldungen

KST 3510: Logopädie

Keine Wortmeldungen

KST 3520: Psychomotorik

Keine Wortmeldungen

KST 3600: Heilpädagogische Schule

Martina Arnold zu *Konto 30201, Löhne hauptamtliches Personal*: Diese Löhne steigen um fast CHF 250'000.-- an. Begründet wird sie mit der Integrativen Sonderschulung in Regelklassen plus schulergänzende Betreuung. Erachtet es der neue Schulpräsident tatsächlich als sinnvoll und gut, teilweise geistig behinderte Kinder, die bisher die Heilpädagogische Schule besucht haben, neu in Regelklassen aufzunehmen. Persönlich hat Martina Arnold damit grosse Mühe, nicht nur wegen der höheren Kosten, sondern wegen der betroffenen Kinder und Lehrpersonen.

Stadtrat Ivo Romer: Es geht hier nicht um den Normalfall, sondern um Einzelfälle. Wo immer es geht, ist die Integration in Regelklassen auch sinnvoll. Die Erfahrungen zeigen, dass sich dies auf den Umgang miteinander positiv auswirkt. Daher ist diese Integration auch zu unterstützen. Stadtrat Ivo Romer lädt alle dazu ein, sich direkt davon zu überzeugen und nicht nur bei der Budgetierung über solche Dinge hinweg zu entscheiden.

KST 3700: Freizeitangebote

Keine Wortmeldungen

KST 3800, Kind Jugend Familie

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, die Kostenstelle in „Betreuungsangebote“ umzubenennen.

Stadtrat Ivo Romer: Der Stadtrat kann sich mit dem neuen Titel dieser Kostenstelle einverstanden erklären.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK, die Kostenstelle neu mit Betreuungsangebote zu betiteln, entgegengenommen hat. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

Manuel Brandenburg zu *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*. Von CHF 1,062 Mio. gemäss Rechnung 2008 ist diese Position bis zum Budget 2010 auf CHF 1,742 Mio. angestiegen. Laut Stadtrat ist ein Ausbau geplant. So soll auch eine Stelle für die Animation im Bereich Soziokultur neu geschaffen werden. Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass diese Services staatlicherseits nicht ausgebaut werden sollen. Es sollte möglich sein auf der Basis der Rechnung 2008 operieren zu können. Manuel Brandenburg beantragt daher namens der SVP-Fraktion eine Kürzung auf CHF 1 Mio.

Stadtrat Ivo Romer: 4,3 Stellen betreffen die Erweiterung der Betreuung. Dahinter steht die Sicht auf den Mittagstisch, aber auch die Nachmittagsbetreuung. Im Wesentlichen ist in den 4,3 Stellen die flächendeckende Abdeckung erfüllt, andererseits handelt es sich um Aushilfen, die nun mit Teilzeitpensen fest übernommen werden. Mit 0,7 Pensen ist die Fachstelle Soziokultur betroffen. Stadtrat Ivo Romer ist überzeugt, dass die vorgesehene Planung sinnvoll ist. Wenn man es politisch als zum attraktiven Lebensstandort Zug dazugehörend erachtet, Ganztagesstrukturen anzubieten, dann gehört auch die Fachstelle Soziokultur dazu. Stadtrat Ivo Romer ersucht daher, die Pensenkürzung nicht hinzunehmen. Die fünfjährige Entwicklung dieser Abteilung zeigt - auch wenn man ursprünglich diesem Angebot skeptisch gegenüber stand, dass dieses Geld gut investiert ist.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal, auf CHF 1 Mio. zu reduzieren:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 30101 bleibt somit unverändert.

KST 3850: Musikschule / KST 3900: Stadt- und Kantonsbibliothek)

Philip C. Brunner zu *KST 3850, Musikschule*: Der Aufwand der Musikschule steigerte sich von CHF 5 Mio. im Jahr 2007 auf CHF 5,75 Mio., im Jahr 2009 auf CHF 5,9 Mio. Mittlerweile liegt der budgetierte Betrag bei CHF 6,172. Die SVP-Fraktion beantragt eine Beschränkung auf CHF 6 Mio. Einsparungen sind durchaus beim Personalaufwand und den Personalnebenkosten möglich. Bei der Stadt- und Kantonsbibliothek, *KST 3900*, ist die Entwicklung ähnlich. Der Betrag steigert sich von CHF 2,85 Mio. im 2007 auf CHF 2,932 Mio. im Jahr 2008. Mittlerweile steigt der Betrag auf über CHF 3 Mio. Auch hier beantragt Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion eine Kürzung auf CHF 3 Mio.

Abstimmung über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *KST 3850, Musikschule*, auf CHF 6 Mio., und die *KST 3900, Stadt- und Kantonsbibliothek*, auf CHF 3 Mio. zu reduzieren:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion zu *KST 3850, Musikschule*, und *KST 3900, Stadt- und Kantonsbibliothek*, abgelehnt hat. Die beiden KST bleiben somit unverändert.

4. Baudepartement

KST 4000: Departementssekretariat

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, von CHF 50'000.-- auf CHF 17'000.-- zu reduzieren.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss nimmt den Antrag entgegen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass sich somit eine Abstimmung erübrigt. *Konto 30102, Löhne Nebenämter/Aushilfen* wird somit auf CHF 17'000.-- reduziert.

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, die *KST 4000* generell auf CHF 900'000.-- zu kürzen. Vom Jahr 2007 erhöhte sich dieser Betrag von CHF 818'000.-- auf CHF 869'000.-- im Jahr 2008. Das Budget 2009 belief sich auf CHF 830'000.--. Für das Jahr 2010 ist nun ein Budget von CHF 974'600.-- vorgesehen. Nach Reduktion des Kontos 30102 um CHF 33'000.-- bleibt immer noch ein zu hoher Budgetbetrag.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Auch wenn der Budgetbetrag der *KST 4000* um gesamthaft CHF 70'000.-- gekürzt wird, wird die Arbeit deswegen nicht weniger. Das war auch der Grund, weshalb für die Stadtplanung eine zusätzliche Stelle beantragt wurde. Die GPK hat dieser inzwischen befristet auf drei Jahre zugestimmt. Wenn CHF 70'000.-- ge-

strichen werden, müssen dem Stadtrat wieder mit Nachträgen Aushilfen beantragt werden. Das kann es ja nicht sein.

Philip C. Brunner: Der Stadtrat hat nicht begriffen, wie heute die Situation ist. Es besteht eine Wirtschaftskrise. Das wurde vom Finanzchef ausführlich dargelegt. Die Folgen dieser Wirtschaftskrise wird diese Stadt vermutlich im nächsten Jahr irgendwann bemerken. Es ist Aufgabe der Exekutive, zu sparen. In wenigen Monaten werden die bürgerlichen Parteien den Wählern erklären müssen, was sie tun. Alle diese flotten Sprüche wie Unterstützung des Gewerbes usw. Das beginnt an der Spitze. Es ist Aufgabe jedes Mitgliedes der Exekutive, seinen Beitrag zu leisten. Offenbar ist dieses Parlament dazu nicht in der Lage. Es gibt hier nur eine Partei, die wirklich ernsthaft sparen will. Das wird Philip C. Brunner beim Publikum und in den Medien breitschlagen.

Monika Mathers hat sich beim Besuch auf dem Baudepartement ebenfalls erkundigt, warum die Kosten im Departementssekretariat gestiegen sind. Die Antwort hat voll befriedigt: In der Stadt Zug herrscht ein Bauboom. Es liegt ein riesiges Investitionsprogramm an, das realisiert werden soll. Je mehr gebaut wird und je mehr Planer tätig sind, desto grösser ist die Arbeit des Departementssekretariates. Das ganze Baudepartement an sich ist grösser geworden. Auch der Rat hat ein Interesse, dass die Aufgaben schnell erledigt werden. Das hilft dem Gewerbe und nicht die Streichung der Stellen.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *KST 4000, Departementssekretariat*, auf CHF 900'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *KST 4000, Departementssekretariat*, auf CHF 900'000.-- zu kürzen, abgelehnt hat.

KST 4100: Stadtplanung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der von der GPK gestellte Antrag zu *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, wird am Schluss behandelt.

KST 4200: Hochbau/Städtebau

Keine Wortmeldungen

KST 4300: Baubewilligungen

Keine Wortmeldungen

KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen

Keine Wortmeldungen

KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer

Keine Wortmeldungen

KST 4600: Werkhof

Keine Wortmeldungen

KST 4800: Stadtentwässerung

Keine Wortmeldungen

KST 4900: Fernheizung

Keine Wortmeldungen

5. Departement für Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 58-66)

KST 5000: Departementssekretariat

Manuel Brandenburg kommt es manchmal vor, als ob hier ein Antrag gestellt werden könnte, es seien sämtliche Anträge der SVP abzulehnen. Dann müsste zur einmal abgestimmt werden. Genauso verhält sich der Rat heute. Das ist eine Kinderei. Manuel Brandenburg appelliert an seine Ratskolleginnen und -kollegen, inhaltlich auf die Begründungen einzugehen. Es gibt eine steigende Zahl von Personen in dieser Stadt, die das nicht alles Unsinn finden, was die SVP darlegt. Das sollte der Rat langsam spüren und merken. Manuel Brandenburg beantragt namens der SVP-Fraktion, beim Departement SUS eine pauschale Kürzung der *KST 5000, Departementssekretariat*, von CHF 631'500.-- auf CHF 580'000.--. Die Rechnung 2008 wies noch einen Betrag von CHF 566'202.-- aus. Wiederum wird es einfach viel mehr. Neu sollten es schon CHF 631'500.-- sein. Wenn dem Antrag der SVP-Fraktion für CHF 580'000.-- zugestimmt wird, ist das immer noch mehr als gemäss Rechnung 2008. Auch damit kann man auskommen, auch wenn man sich etwas bescheiden muss und nicht jeden Luxus anschaffen kann, wie es sich vielleicht viele Leute in dieser Stadt immer noch gewohnt sind. Ein wenig mehr Zurückhaltung, nochmals überlegen, ob etwas tatsächlich nötig ist, und dann kann man auch mit CHF 580'000.-- auskommen.

Stadtrat Andreas Bossard verweist im Zusammenhang mit dem gestellten Antrag auf Konto 31806, Projekte (SKOS-Wanderausstellung). Aufgrund der Bruttoverbuchung fliessen auf das Konto 46200 rund CHF 80'000.-- wieder zurück. Dadurch ergibt sich in etwa der gleiche Betrag wie im 2009.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, KST 5000, Departementssekretariat, generell auf CHF 580'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Die KST 5000, Departementssekretariat bleibt somit unverändert.

KST 5100: Sozialamt

Philip C. Brunner zu *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*: Diese Entwicklung macht wenig Freude, weshalb namens der SVP-Fraktion beantragt wird, diese Position auf CHF 1 Mio. zu reduzieren. Wenn der GGR den zwei Stellen für die Schulsozialarbeit zustimmt, kann dieser Kredit trotzdem gewährt werden. Es ist aber falsch, diesen Betrag bereits ins Budget aufzunehmen.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 30101, Löhne hauptamtliches Personal*, auf CHF 1 Mio. zu reduzieren:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Manuel Brandenburg spricht zu *Konto 36660, Gesetzliche Sozialhilfe*, und beantragt namens der SVP-Fraktion eine Reduktion auf CHF 6 Mio. Natürlich handelt es sich hier um gesetzlich vorgesehene Leistungen. Es besteht aber immer auch eine gewisse Bandbreite und ein Ermessen, wo man die Hilfe geben will und wo etwas mehr Eigenverantwortung angezeigt wäre.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, *Konto 36660, Gesetzliche Sozialhilfe*, auf CHF 6 Mio. zu kürzen:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Konto 36660, Gesetzliche Sozialhilfe, bleibt somit unverändert.

KST 5200: Vormundschaftsamt

Keine Wortmeldungen

KST 5300: Fachstelle Alter und Gesundheit

Keine Wortmeldungen

KST 5400: Umwelt und Energie

Keine Wortmeldungen

KST 5500: Polizeiamt

Philip C. Brunner spricht zu *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*: Im Jahr 2009 wurden CHF 525'000.-- budgetiert. Im Hinblick auf die beim Kanton einzukaufenden Sicherheitsassistenten beantragt Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion eine Erhöhung auf CHF 530'000.--. So hat Stadtrat Andreas Bossard die Möglichkeit, für die Sicherheit dieser Stadt etwas zu tun.

Stadtrat Andreas Bossard: Anhand des in Aussicht stehenden Berichtes wird der Stadtrat entscheiden, wie er die Dienstleistung der Sicherheitsassistenten aufgleisen wird. Es ist der Wille des Stadtrates, etwas zu tun. Anhand der dazu eingereichten Vorstösse wird der Stadtrat auch das für die Umsetzung nötige Geld beantragen.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, auf CHF 530'000.-- zu erhöhen:

Für den Antrag Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 10 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 26 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 10:26 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, bleibt somit unverändert.

KST 5600: Parkraumbewirtschaftung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, um CHF 6'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Andreas Bossard nimmt diesen Antrag entgegen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass sich damit eine Abstimmung erübrigt. *Konto 31001, Drucksachen, Fachliteratur*, reduziert sich daher um CHF 6'000.-- auf CHF 50'000.--.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion hat im Frühling das Referendum gegen das vom GGR beschlossene Reglement Parkierungsgebühren ergriffen und erreicht. Am 17. Mai 2009 haben daraufhin die Stimmbürger der Stadt Zug das neue Reglement mit grosser Mehrheit abgelehnt. Für die SVP-Fraktion ist das ein klares Zeichen, das Budget 2010 in

diesem Bereich unter die Lupe zu nehmen. Es ist nicht einzusehen, wieso die Erträge bei den Parkingmetern und die Parkgebühren der Parkhäuser bei total CHF 2,86 Mio. liegen müssen. Werner Villiger beantragt daher namens der SVP-Fraktion, die Parkgebühren zu senken und so den Ertrag der Parkbewirtschaftung bei CHF 2,5 Mio. festzulegen. Aufwand und Ertrag müssen einigermassen im Gleichgewicht sein. Alles, was darüber liegt, sind versteckte Gebühren und Steuern. Dagegen wehrt sich die SVP-Fraktion.

Stadtrat Andreas Bossard: Die im Budget enthaltenen Zahlen entsprechen dem alten Reglement. Es sind keine Anpassungen vorgenommen worden. Der Volkswille ist dem Stadtrat heilig. Daher gelten die alten Gebühren. Die Parkhäuser werden aber rege benutzt, was zu entsprechenden Einnahmen führt. Diese möchte der Stadtrat so belassen. Dadurch öffnet der Stadtrat auch die Spezialfinanzierung für kommende Parkhäuser (z.B. Parkhaus am Postplatz, Frauensteinmatt usw.). Alle diese Parkhäuser werden durch dieses Geld bezahlt, was später zu noch mehr Einnahmen führt.

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion will eine Senkung der jetzigen Gebühren. Das ist möglich, weil zurzeit keine gesetzliche Grundlage für Parkgebühren ausser für die Nachtparkiergebühr besteht. Deshalb fordert die SVP-Fraktion im Rahmen des Budgets eine Senkung auf CHF 2,5 Mio., damit die jetzigen Gebühren gesenkt werden können.

Stadtrat Andreas Bossard: Der Stadtrat möchte seine präsentierten Budgetzahlen so belassen.

Abstimmung

über den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion, KST 5600, Parkraumbewirtschaftung, von CHF 3,422 Mio. auf CHF 2,5 Mio. zu senken:

Für den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag von Werner Villiger namens der SVP-Fraktion ablehnt hat.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31898, Dienstleistungen Dritter*, um CHF 25'000.-- auf CHF 400'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat Andreas Bossard erklärt sich mit dieser Kürzung einverstanden.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Nachdem der Antrag vom Stadtrat übernommen wird, erübrigt sich eine Abstimmung. Konto 31898, Dienstleistungen Dritter, ist daher auf CHF 400'000.-- reduziert.

KST 5700: Verkehr

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, *Konto 31302, Signalisation*, um CHF 30'000.-- auf CHF 100'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Andreas Bossard erklärt sich mit dieser Kürzung nicht einverstanden. Das Geld wird unter anderem auch benötigt, weil alte Tafeln ausgewechselt werden müssen.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, *Konto 31302, Signalisation*, von CHF 130'000.-- um CHF 30'000.-- auf CHF 100'000.-- zu reduzieren:

Für den Antrag der GPK stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:16 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. *Konto 31302, Signalisation*, wird somit um CHF 30'000.-- auf CHF 100'000.-- reduziert.

KST 5800: Feuerwehr

Keine Wortmeldungen

KST 5850: Feuerschau

Keine Wortmeldungen

Investitionsrechnung

1. Präsidialdepartement (S. 67)

KST 1200: Stadtkanzlei

Manuel Brandenburg spricht zu *Konto 50900, Objekt Nr. 580, Zukunft Zug*, und beantragt namens der SVP-Fraktion die Streichung des budgetierten Betrages von CHF 50'000.--.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Dieses Konto wurde bereits in der GPK ausführlich diskutiert. Schlussendlich hat die GPK beschlossen, den Betrag in der Investitionsrechnung zu belassen. Es ist nun an der Zeit, dieses schon lange bestehende Konto schrittweise abzubauen. Das Geld wird u.a. auch für Befragungen benötigt. Es gibt keinen Grund, den Betrag aus der Investitionsrechnung zu streichen.

Cornelia Stocker: Eine Investition muss nachhaltig sein. Ob eine Befragung nachhaltig ist, ist sehr fraglich.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion, in Konto 50900, Objekt Nr. 580, Zukunft Zug, den Betrag von CHF 50'000.-- zu streichen:

Für den Antrag Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion stimmen 18 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 17 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 18:17 Stimmen den Antrag von Manuel Brandenburg namens der SVP-Fraktion gutgeheissen hat. Konto 50900, Objekt Nr.580, Zukunft Zug, wird somit um CHF 50'000.-- auf null reduziert.

2. Finanzdepartement (S. 67-68)

KST 2200: Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, bei *Konto 50000, Objekt Nr. 736, Unvorhergesehene Landkäufe*, die Streichung von CHF 5 Mio.

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat ist mit dem Antrag der GPK für die Budgetkürzung in der Investitionsrechnung von CH 5 Mio. nicht einverstanden. Diese Streichung führt faktisch zu einer Ausserkraftsetzung von § 27 Abs. 2 lit. e) der Gemeindeordnung der Stadt Zug vom 1. Februar 2005. Für eine solche Streichung wäre ein GGR-Beschluss mit anschliessender Volksabstimmung nötig. Eine Streichung dieser Budgetposition wäre auch rechtswidrig. § 27 der Gemeindeordnung regelt die Aufgaben und Befugnisse des Stadtrates. Stadtrat Hans Christen zitiert dazu die im vorliegenden Fall einschlägige Bestimmung der GO, nämlich § 27 Abs. 2 lit. e. Nach § 16 Abs. 2 lit. f der Gemeindeordnung ist der Stadtrat zuständig für den Erwerb von Grundstücken bis zu einem Erwerbspreis von CHF 5 Mio. Dieser Betrag wurde ins Budget aufgenommen, da der GGR 2006 die Bewilligung eines Rahmenkredites zur Beschaffung von Liegenschaften ablehnte. Der Stadtrat braucht diesen Budgetkredit, damit er im Jahr 2010 handlungsfähig bleibt. Es bahnen sich bereits mögliche Käufe an, die im Zusammenhang mit dem Verwaltungszweck von grossem Nutzen wären. Im Interesse der Verkäuferschaft kann aber im Augenblick nicht auf weitere Details eingegangen werden. Zudem ist es für die zukünftige Aufgabenerfüllung erforderlich, die Landreserven aufzustocken. Der Stadtrat benötigt für Verhandlungsbasis und Vollzug den eingesetzten Budgetbetrag. Der Stadtrat ersucht die Legislative, aus den vorgenannten Gründen auf diese Streichung zu verzichten.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Die kleine Differenz zwischen dem Stadtrat und der Mehrheit der GPK liegt in dem begraben, was Stadtrat Hans Christen nicht gesagt hat. Er hat zwar einige Paragraphen aus der Gemeindeordnung zitiert, jedoch das übergeordnete Recht, nämlich das kantonale Finanzhaushaltsgesetz, hat er nicht zitiert. Dort steht, dass ein Budgetkredit die Voraussetzung ist für eine von der Exekutive zu tätigende Ausgabe. Wenn der Grosse Gemeinderat null einsetzt, dann muss der Stadtrat mit einem konkreten Kreditantrag bezüglich Landkaufsgeschäft oder mit einem Nachtragskredit-

begehren an den GGR herantreten. Das war die rechtliche Seite. Nun kommt mehr die politische Seite: Die Stadt Zug hat ganz generell nicht immer glückliche Hand bewiesen. Auch der Grosse Gemeinderat hat schon Sachen bewilligt, die sich im Nachhinein als Fehlkäufe herausgestellt haben (z.B. Ägeristrasse 11). Wenn der Stadtrat nicht einmal mehr an den GGR gelangen muss, besteht die Gefahr von Fehlkäufen, wie sie beispielsweise bei der Grabenstrasse 6 relativ offensichtlich ist. Das will die GPK mit dem Nullbudget verhindern. Wenn eine Notwendigkeit während des Jahres auftaucht, ist es absolut kein Problem, innerhalb von sehr kurzer Zeit eine Vorlage an den GGR zu richten. Die Ausrede, welche dem Stadtrat wohl auf der Zunge liegt, nämlich, dass es gelegentlich Geschäfte gäbe, die der Verkäufer nicht an die Öffentlichkeit bringen möchte, sind Urs B. Wyss sehr suspekt.

Stadtrat Hans Christen weiss nicht, was übergeordneter ist: die Gemeindeordnung der Stadt Zug hier in diesem Fall oder das Finanzhaushaltsgesetz. Die Gemeindeordnung wurde vom Souverän verabschiedet. Die Stimmbürger haben dazu Ja gesagt. Zur Grabenstrasse 6 liefert der Stadtrat noch diese Woche die Interpellationsantwort. Die Aussage, dass es sich hier um einen Fehlkauf handle, ist sehr subjektiv und die persönliche Meinung von Urs B. Wyss. Stadtrat Hans Christen hat da eine andere Meinung. Dieses Haus Grabenstrasse 6 grenzt an das Zollhaus. Langfristig ist das eine sehr gute Investition. Urs B. Wyss kann vielleicht von früheren Geschäften sprechen, da war Urs B. Wyss noch nicht im Grossen Gemeinderat, wärmt aber diese Geschäfte immer wieder auf. Heute hat der Stadtrat beispielsweise ein Stück Strassenland für CHF 100'000.-- gekauft, das für die Zukunft sehr nützlich ist. Wie soll der Stadtrat nächstes Jahr solches Land kaufen? Es macht doch keinen Sinn, für ein solches Geschäft im Betrag von CHF 100'000.-- eine GGR-Vorlage ausarbeiten zu lassen. Mit der Korporation musste sehr rasch gehandelt werden. Es war nicht möglich, drei Monate zuzuwarten, bis die GGR-Vorlage debattiert werden kann. Das Stadtzuger Stimmvolk hat dem Stadtrat diese Kompetenz erteilt. Dass Urs B. Wyss sich darüber hinwegsetzt, ist nicht fair, zumal Urs B. Wyss Volksabstimmungen immer sehr hoch gewichtet. Hier widerspricht er sich daher gewaltig. Das heute von der Korporation erworbene Land hätte die Korporation zudem für CHF 900'000.-- einem Privaten verkaufen können. Sie hat es der Stadt für CHF 100'000.-- verkauft, weil die Stadt so schnell handlungsfähig war.

Manuel Brandenburg ersucht einen Juristen, der nicht der SVP-Fraktion angehört, Stadtrat Hans Christen zu erklären, ob kantonales Recht dem kommunalen Recht vorgeht oder nicht sonst macht es Manuel Brandenburg gleich selbst. Gibt es bei der SP oder der FDP einen Juristen, welcher das Stadtrat Hans Christen erklärt und so Urs B. Wyss etwas in Schutz nimmt? Urs B. Wyss ist schliesslich ein glasklarer Demokrat.

Arthur Cantieni: Die Gemeindeordnung wurde vom Regierungsrat geprüft und genehmigt. Der Regierungsrat hat festgestellt, dass sie keinem übergeordneten Recht widerspricht. Insofern sind die Aussagen von Stadtrat Hans Christen korrekt.

Manuel Brandenburg stellt klar, dass das kantonale Finanzhaushaltsgesetz dem kommunalen Recht vorgeht. Wenn im Einzelfall etwas geprüft ist, ist das etwas Anderes. Bundesrecht bricht kantonales Recht, kantonales Recht (Finanzhaushaltsgesetz) bricht kommunales Recht. Fertig!

Adrian Moos bewundert Kollege Manuel Brandenburg, wie schnell und präzise er so etwas abhandeln kann. Adrian Moos hätte dafür etwas länger benötigt. Die Problematik ist auch vielschichtiger. Hier geht es aber nicht um eine juristische Streitigkeit, sondern darum, welches Signal der Rat mit dieser Aussage setzt. Adrian Moos ist der Ansicht, dass der Exekutive Kompetenzen zugestanden werden müssen, damit sie bei Notwendigkeit schnell handeln kann und verlässlicher Partner ist, der nicht bei jeder Verhandlung Rücksprache beim Rat nehmen muss. Es ist daher wichtig und richtig, dass der Stadtrat bis zur Grenze von CHF 5 Mio. notwendige Geschäfte tätigen kann. Es sei darauf hingewiesen, wie problematisch es ist, wenn die Stadt nicht über geeignete Grundstücke verfügt. Beim nächsten oder übernächsten Traktandum (Galvanik) zeigt sich deutlich, wie die Stadt durch den Wolf gedreht wird, weil sie nicht die geeigneten städtischen Liegenschaften besitzt. Adrian Moos appelliert daher an seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, nicht überkritisch zu sein. Adrian spricht dem Stadtrat das nötige Vertrauen zu, dass er, wenn es notwendig ist, bei vernünftigen Geschäften seine Verantwortung wahrnimmt. Diese Kompetenz möchte Adrian Moos dem Stadtrat nicht entziehen.

Urs Bertschi teilt die Ansicht von Adrian Moos. Der Grosse Gemeinderat tut gut daran, dem Stadtrat dieses Vertrauen zu schenken. Vor nicht allzu langer Zeit beantragte die Partei des GPK-Präsidenten, die Stadt solle irgendwelche Gebäude im Guggital kaufen. Wenn man sich bei solchen Geschäften nur einigermaßen Handlungsfähigkeit bewahren möchte, indem man beispielsweise eine solide Anzahlung tätigen möchte, bevor das Ganze publik wird und die Preise hochgetrieben werden, kommt der Rat nicht umhin. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichtet Urs Bertschi darauf, die ganze Geschichte der Wohnbauproblematik aufzuzählen, appelliert aber an den Rat, damit aufzuhören, dem Stadtrat ständig an den Hosen schnipseln und ihm diese Kompetenz zu geben. Schon beim damaligen Rahmenkredit hat Urs Bertschi klar dafür votiert. Wenn dem Stadtrat diese Optionen nicht gewährt werden, sägt der Rat an seinem eigenen Ast.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, in Konto 50000, Objekt Nr. 736, Unvorhergesehene Landkäufe, den Betrag von CHF 5 Mio. zu streichen:

Für den Antrag der GPK stimmen 3 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 3 Ja-Stimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehrs, den Antrag der GPK abgelehnt hat. Konto 50000, Objekt Nr. 736, Unvorhergesehene Landkäufe, bleibt somit mit CHF 5 Mio. unverändert.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt bei *Konto 50300, Objekt Nr. 786.1, Herti Nord Ersatzplatz Streethockey*, die Streichung von CHF 70'000.--.

Stadtrat Hans Christen: Der Stadtrat übernimmt den Antrag der GPK unter dem Vorbehalt, dass noch Schlussrechnungen kommen, die nächstes Jahr verbucht werden, jedoch die Rechnung 2009 betroffen hätten.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Nachdem der Stadtrat den Antrag der GPK übernimmt, erübrigt sich eine Abstimmung. In *Konto 50300, Objekt Nr. 786.1, Herti Nord, Ersatzplatz Streethockey*, wird somit der Betrag von CHF 70'000.-- gestrichen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, bei *Konto 50300, Objekt Nr. 828, Friedhof St. Michael, Neues Kindergrab*, den eingesetzten Betrag mit einem Sternvermerk zu versehen.

Stadtrat Hans Christen: Die GGR-Vorlage ist bereits geschrieben.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK übernimmt und die entsprechende GGR-Vorlage bereits geschrieben ist. *Konto 50300, Objekt Nr. 828, Friedhof St. Michael, Neues Kindergrab*, wird daher mit einem Stern versehen.

Martina Arnold zu *Konto 50300, Friedhof St. Michael, Sanierung oberer Teil*: Diese Position ist nicht mit einem Stern versehen, obwohl es um einen Betrag von CHF 410'000.-- geht. Erhält somit der GGR hiezu keine Vorlage?

Stadtrat Hans Christen: Hier geht es um Tiefbauarbeiten und nicht um Bepflanzungen. Die Wege müssen saniert werden. Gemäss Finanzverordnung ist für Tiefbauarbeiten bis CHF 500'000.-- keine GGR-Vorlage notwendig.

KST 2260: Alters- und Pflegeheime

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt bei *Konto 50300, Objekt Nr. 687, Neustadt 2, Umbau zu Alterswohnungen*, den Stern zu streichen.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Der Stadtrat nimmt diesen Antrag entgegen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK zu *Konto 50300, Objekt Nr. 687, Neustadt 2*, übernimmt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher. Der Stern wird gestrichen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, bei *Konto 50300, Altersheim Waldheim: Renovation*, das Wort „Renovation“ durch „Projektierung“ zu ersetzen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Nachdem der Stadtrat diesen Antrag der GPK übernimmt, wird bei *Konto 50300, Altersheim Waldheim* das Wort „Renovation“ durch „Projektierung“ ersetzt.

KST 2800: Investitionsbeiträge

Philip C. Brunner spricht zu *Konto 56500, Objekt-Nr. 616, Kunsteisbahn Zug AG, Sanierungen*: Nachdem das Stadion in den nächsten Monaten abgebrochen wird, ist nicht ganz klar, was noch saniert werden muss. Philip C. Brunner möchte dies als Frage stehen lassen, allenfalls aber noch einen Antrag auf Streichung stellen.

Stadtrat Hans Christen: Dieser Betrag kann durchaus gestrichen werden; er ist irrtümlicherweise hier aufgeführt. Selbstverständlich wird am alten Stadion nichts mehr saniert.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR stillschweigend damit einverstanden ist, bei *Konto 56500, Objekt Nr. 616, Kunsteisbahn Zug AG*, den Betrag von CHF 200'000.-- zu streichen.

3. Bildungsdepartement

KST 3800: Kind, Jugend, Familie

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, den Titel in „Betreuungsangebote“ zu verändern.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Nachdem der Stadtrat diesen Antrag übernimmt, erübrigt sich eine Abstimmung. Der neue Titel der KST 3800 lautet somit *Betreuungsangebote*.

4. Baudepartement

KST 4400: Verkehrsplanung, Strassen

Philip C. Brunner spricht zu *Konto 50100., Schmidgasse: Umgestaltung Begegnungszone*: Handelt es sich beim Betrag von CHF 350'000.-- um einen Projektierungs- oder Ausführungskredit?

Stadtrat Andreas Bossard: Den Anwohnern wurde eine bessere Gestaltung der Schmidgasse versprochen. Die Zufahrt zum See bleibt, jedoch wird die Gasse neu als Begegnungszone gestaltet. Parkplätze werden keine aufgehoben.

Manfred Pircher zu *Konto 50100, Objekt Nr. 752: Industriestrasse: Verkehrsberuhigung*: Welche Massnahmen sind mit diesen CHF 250'000.-- vorgesehen?

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Es sind verschiedene verkehrsberuhigende Massnahmen vorgesehen. Hiezu wird ein separater Bericht und Antrag dem GGR vorgelegt werden. Es muss dabei nicht mit Buckelpisten oder Blumentöpfen gerechnet werden, sondern mit praktischen verkehrsberuhigenden Massnahmen.

KST 4500: Anlagen, Plätze, Gewässer

Roger Hess spricht zu *Konto 50100, Spielplatz Rigiplatz: Erneuerung*, und möchte genauere Auskunft erhalten, wofür diese CHF 205'000.-- benötigt werden. Der Spielplatz wird bereits gebaut.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Mit der Umgestaltung des Spielplatzes ist bereits begonnen worden, damit er auch den Sicherheitsnormen entspricht. Bei den CHF 205'000.-- handelt es sich um den restlichen Kredit.

Beratung des Beschlussesentwurfes (S. 13)

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.1:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt vor, zuerst die Grundsatzabstimmung durchzuführen, ob eine Variante mit oder eine Variante ohne Rabatt durchgeführt werden soll. Wenn das System klar ist, folgt die Variantenabstimmung zu den gewünschten Steuerfüssen.

Manuel Brandenburg: Wenn zwei Anträge gestellt werden ohne Rabatt, was mit dem Antrag der SVP für 58 % und demjenigen der GPK mit 60 % der Fall ist, werden mit einer Abstimmung mit oder ohne Rabatt bereits zu Beginn zwei mögliche Varianten gekippt. Manuel Brandenburg beantragt daher, ganz normal eine Variantenabstimmung durchzuführen, wie dies in der Geschäftsordnung steht. Dabei wird die Variante des Stadtrates derjenigen der GPK und derjenigen der SVP-Fraktion gegenübergestellt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erachtet ihren Vorschlag als die einfachere Vorgehensweise, weil dann der GGR zuerst als Grundsatz entscheidet, ob er einen Rabatt gewähren will oder nicht. In der GPK wurde auch zuerst als Grundsatz darüber entschieden, ob weiterhin Rabatt gewährt werden soll. Damit entfällt weder die Variante der SVP-Fraktion noch diejenige des Stadtrates.

Stefan Hodel unterstützt den Vorgehensvorschlag der Ratspräsidentin. Damit ergibt sich eine klare Situation.

Manuel Brandenburg: Der Rat knallt damit mit einer Abstimmung zwei mögliche Varianten weg.

Stadtrat Hans Christen: Es wird in der Grundsatzabstimmung nicht ein bestimmter Rabatt beschlossen, sondern über die Frage Rabatt Ja oder Nein bestimmt. Man könnte dann auch von einem Steuersatz von 70 % abzüglich 10 % Rabatt ausgehen, um auf die 60 % zu kommen. Rechnerisch hat aber Manuel Brandenburg Recht, es ergibt sich dadurch eine ganz kleine Differenz.

Manuel Brandenburg: Die Ratspräsidentin soll so abstimmen, wie sie es für gut hält.

Abstimmung

über den Grundsatz, weiterhin Rabatt zu gewähren oder Nettozahlen ohne Rabatt zu bevorzugen:

Für eine Regelung mit Rabatt stimmen 15 Ratsmitglieder, für eine Regelung ohne Rabatt stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 20:15 Stimmen die Variante mit Nettozahlen bzw. ohne Rabattgewährung gutgeheissen hat.

Stadtrat Hans Christen ändert aufgrund dieser Abstimmung den stadträtlichen Antrag auf 63 %.

Werner Villiger möchte den von Manuel Brandenburg bereits gestellten Antrag kurz begründen: Nach Meinung der SVP-Fraktion ist es nicht Aufgabe der Gemeinde, immer mehr freie und Steuerausgleichsreserven zu äufnen. Die vorhandenen Steuerausgleichsreserven der Gemeinde Zug erlauben trotz NFA und ZFA eine Senkung des Steuerfusses auf 58 %. Damit werden die Einwohner der Gemeinde Zug in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit entlastet. Die Gemeindeversammlung von Baar wird übrigens mit grosser Wahrscheinlichkeit heute Abend dem Gemeinderat folgen und den Steuerfuss auf 58 % netto festlegen. Werner Villiger beantragt daher namens der SVP-Fraktion eine Senkung des Steuerfusses auf 58 %. Damit soll die Stadt Zug in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage attraktiv bleiben und in einem gesunden Konkurrenzverhältnis mit der Gemeinde Baar stehen.

Martin Eisenring schliesst sich dem Vorredner an. Es kann nicht sein, dass über lange Jahre immer mehr in der Steuerausgleichsreserve angespart wird. Wichtig ist, jetzt ein Zeichen zu setzen. Vorher wurden mehrheitlich und immer wieder die Sparanträge der SVP-Fraktion abgelehnt. Sie waren auch nicht ausgereift. Durch einen tieferen Steuersatz kann aber der Rat das Ziel erreichen, den Druck zu erhöhen, dass in dieser Stadt

gespart wird. Dafür ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen und den Steuerfuss bei 60 % festzulegen. Wichtig ist auch, dass alle paar Jahre ein neuer Steuersatz festgelegt wird. Es ist zu hoffen, dass in den kommenden Jahren auch auf einem Steuerfuss von 60 % Rabatte gewährt werden können. In diesem Sinne ersucht Martin Eisenring, dem Antrag von 60 % zuzustimmen.

1. Abstimmung

über die folgenden drei Anträge:

- der Antrag des Stadtrates, unterstützt von den Fraktionen der Alternative-CSP und der SP, für einen Steuerfuss von 63 % erhält 16 Jastimmen
- der Antrag der GPK, unterstützt von der FDP- und CVP-Fraktion, für einen Steuerfuss von 60 % erhält 15 Jastimmen
- der Antrag der SVP-Fraktion für einen Steuerfuss von 58 % erhält 6 Jastimmen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Antrag der SVP-Fraktion für einen Steuerfuss von 58 % mit 6 Jastimmen am wenigsten Stimmen erhalten hat und somit in einer Negativabstimmung dem zweitplatzierten Antrag der GPK, unterstützt durch die FDP- und CVP-Fraktion, für einen Steuerfuss von 60 % gegenübergestellt wird. In dieser Negativabstimmung wird darüber entschieden, welcher Antrag aus der Ausscheidung fallen soll.

Negativ-Abstimmung

Für das Ausscheiden des Antrages der SVP-Fraktion für einen Steuerfuss von 58 % stimmen 29 Ratsmitglieder, für das Ausscheiden des Antrages der GPK für einen Steuersatz von 60 % stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass sich der GGR in der Negativabstimmung mit 29:5 Stimmen für den Antrag der GPK und gegen denjenigen der SVP-Fraktion entschlossen hat.

2. Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, unterstützt von den Fraktionen der Alternative-CSP und SP, für einen Steuersatz von 63 % gegenüber dem Antrag der GPK, unterstützt von den Fraktionen der CVP und FDP für einen Steuersatz von 60 %:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 16 Ratsmitglieder, für den Antrag der GPK stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 21:16 Stimmen den Antrag der GPK, unterstützt von den Fraktionen der FDP und CVP, gutgeheissen und somit einen Steuersatz von 60 % beschlossen hat. Ziff. 1.1 ist somit beschlossen.

Zu Ziff. 1.2, Ziff. 2 und 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Neue Ziff. 4:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die GPK beantragt, folgende neue Ziff. 4 im Beschlussesentwurf einzufügen: Die im Budget 2010 unter Baudepartement, Kostenstelle 4100, Stadtplanung, enthaltene zusätzliche Personaleinheit wird auf die Dauer von drei Jahren von 2010 bis 2012 befristet und bewilligt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat die neue Ziff. 4 entgegennimmt, weshalb sich eine Abstimmung erübrigt. Ziff. 4 ist somit beschlossen..

Zu neu Ziff. 5 (bisher Ziff. 4) und neu Ziff. 6 (bisher Ziff. 5) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Seite 31 werden die KST 2130, Steuern, entsprechend dem Steuerfuss angepasst, ebenso die Verwendung aus der Steuerausgleichsreserve, um ein ausgeglichenes Budget bzw. ausgeglichene Rechnung zu erzielen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 20:13 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Rupan Sivaganesan: Die Fraktion Alternative-CSP erachtet den Zeitpunkt für eine Steuerensenkung nicht als richtig. Es erfolgt damit eine Reduktion des Steuerfusses von 70 % auf 60 %. Monika Mathers und auch Barbara Stäheli haben begründet, weshalb die Fraktionen der Alternative-CSP und SP damit nicht einverstanden sind. Namens der Fraktion Alternative-CSP und der SP-Fraktion sowie Susanne Giger beantragt Rupan Sivaganesan daher gemäss § 8 der Gemeindeordnung die Unterstellung dieses Beschlusses unter das Behördenreferendum.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Das Behördenreferendum erfordert die Unterstützung von mindestens 14 Ratsmitgliedern.

Abstimmung

über den Antrag von Rupan Sivaganesan namens der Fraktion Alternative-CSP, der SP-Fraktion sowie von Susanne Giger, Ziffer 1 des Beschlusses der Urnenabstimmung zu unterbreiten:

Für den Antrag von Rupan Sivaganesan namens der Fraktion Alternative-CSP, der SP-Fraktion sowie von Susanne Giger stimmen 11 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass mit 11 Jastimmen das nötige Quorum von 14 Jastimmen nicht erreicht ist und somit der Antrag von Rupan Sivaganesan namens der Fraktion Alternative-CSP, der SP-Fraktion sowie von Susanne Giger für die Unterstellung unter das Behördenreferendum abgelehnt ist.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1510
betreffend Budget 2010

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2060 vom 27. Oktober 2009:

1. Die Steuern für das Jahr 2010 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2 Die Hundesteuer mit CHF 100.--. Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2010 aufgestellte Budget wird genehmigt.
3. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2010 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
4. Die im Budget 2010 unter Baudepartement, Kostenstelle 4100 Stadtplanung, enthaltene zusätzliche Personaleinheit wird auf die Dauer von drei Jahren von 2010 bis 2012 befristet und bewilligt.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

6. Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug: Anpassung des Pensionskassen- und des Personalreglements; 2. Lesung

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2031.2

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2031.3

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Anträge für die 2. Lesung hätten spätestens 10 Tage vor der Sitzung eingereicht werden müssen. Es sind keine Anträge eingegangen und auch heute nicht mehr möglich.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Es ist dem Stadtrat hoch anzurechnen, dass er auf die 2. Lesung nochmals einen separaten Bericht erstellt und dem Rat unterbreitet hat. Das hat den Vorteil, dass der Rat die aktualisierten Kosten, die gegenüber den im September kalkulierten bedeutend niedriger ausfallen, Kenntnis nehmen kann. Zudem hat der Stadtrat für die allenfalls noch vorhandenen Zweifler die Vorteile der Übernahme der Lehrpersonen in die städtische Pensionskasse so eingehend und ausführlich dargestellt, dass nun Jeder und Jede überzeugt sein sollte, dass damit eine gute Operation getätigt wird. Urs B. Wyss empfiehlt die Übernahme des Resultats der 1. Lesung und Zustimmung in der Schlussabstimmung.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die Reglemente sind bereits an der ersten Sitzung eingehend beraten worden. Da keine neuen Anträge vorliegen, müssen sie nicht mehr paragraphenweise durchberaten werden.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. I bis III wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 26:4 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1511

betreffend Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug; Anpassung des Pensionskassen- und des Personalreglements; Änderung vom 15. Dezember 2009

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2031 vom 16. Juni 2009 und Nr. 2031.2 vom 10. November 2009:

gestützt auf § 16 Abs. 2 Bst. b der Gemeindeordnung der Stadt Zug vom 1. Februar 2005¹⁾:

I.

Das Reglement über die Pensionskasse der Stadt Zug vom 29. November 1994²⁾ wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 2

¹ unverändert

² Die Mitgliedschaft bei der Kasse ist obligatorisch für die Mitglieder des Stadtrates und das Personal der Stadt Zug, ausgenommen Personen, die aufgrund von Sonderregelungen bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung angeschlossen sind.

³ unverändert

V. quater Übergangsbestimmungen vom 15. Dezember 2009 (neu) § 39 sexies (neu)

¹ Ein allfälliger im Rahmen der Teilliquidation der kantonalen Pensionskasse mitgegebener Fehlbetrag infolge des per 1. Januar 2010 vorgesehenen kollektiven Übertritts der städtischen Lehrpersonen wird den übertretenden Versicherten ausgeglichen.

² Zur Vermeidung einer Leistungseinbusse in Bezug auf die voraussichtliche Altersrente im Alter 64 wird für jede übertretende Lehrperson die Altersrente im Alter 64 bestimmt, die sich bei der kantonalen Pensionskasse (inkl. Einmaleinlage für Altersleistungen gemäss § 34 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 31. August 2006) ergeben hätte und diejenige, die sich bei der städtischen Pensionskasse ergibt. Für den Vergleich wird eine Verzinsung von 2% angenommen. Falls die Altersrente gemäss dem Reglement der städtischen Pensionskasse tiefer ist, wird der Differenzbetrag durch den Umwandlungssatz dividiert, mit 2% auf den Zeitpunkt des Eintritts in die städtische Pensionskasse diskontiert und dem individuellen Altersguthaben gutgeschrieben.

³ Zur Vermeidung einer Leistungseinbusse in Bezug auf die voraussichtliche Altersrente vor dem Alter 64 wird für jede übertretende Lehrperson mit Jahrgang 1946 bis 1952 die Altersrente bei Pensionierung vor dem Alter 64 bestimmt, die sich bei der kantonalen Pensionskasse (inkl. Einmaleinlage für Altersleistungen gemäss § 34 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 31. August 2006) ergeben hätte. Für die Berechnung wird eine Verzinsung von 2% angewendet. Falls die Altersrente bei Pensionierung vor dem Alter 64 gemäss dem Reglement der städtischen Pensionskasse tiefer ist, wird der

Differenzbetrag ausgeglichen. Funktions- oder Beschäftigungsgradänderungen werden berücksichtigt. Zur Finanzierung des Ausgleichs wird eine technische Rückstellung gebildet.

⁴ Ein durch den Übertritt der Lehrpersonen versicherungstechnisch erforderlicher Einkauf in die technischen oder nichttechnischen Reserven der Pensionskasse der Stadt Zug wird der städtischen Pensionskasse vergütet.

⁵ Die erforderliche Finanzierung gemäss den Absätzen 1 bis 4 erfolgt zulasten der in der städtischen Rechnung zweckgebunden für die Aufnahme der städtischen Lehrpersonen vorhandenen Rückstellung von 15 Mio. Franken.

II.

Das Reglement über das Arbeitsverhältnis des Gemeindepersonals der Stadt Zug vom 5. September 2000) wird wie folgt geändert:

§ 53 Abs. 1

¹ Für die Mitarbeitenden ist der Beitritt zur städtischen Pensionskasse gemäss den Vorschriften des Pensionskassenreglementes obligatorisch.

² unverändert

III.

¹ Diese Änderung tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung auf den 1. Januar 2010 in Kraft.

² Sie ist im Amtsblatt des Kantons Zug bekannt zu geben und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.

³ Nach dem per 31. Dezember 2009 erfolgten Übertritt des Lehrpersonals von der Pensionskasse des Kantons Zug zur Pensionskasse der Stadt Zug erstattet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine Schlussabrechnung gemäss § 28 Abs. 8 Bst. b des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006).

7. Gottschalkenberg Lagerhaus/Restaurant: Neue Umgebungsgestaltung; Baukredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2050

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2050.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2050.2

Eintreten

Manfred Pircher hat zuerst eine Frage zum Titel der Vorlage: Wurde es übersehen oder handelt es sich um einen Druckfehler im Bericht des BPK-Präsidenten, welcher schreibt (Zitat): Das Lagerhaus und das Restaurant sind zwischen 2001 und 2004 umfassend saniert worden. Mit den geplanten Aufwertungen finden die mit dem Restaurantumbau begonnenen Massnahmen ihre Fortsetzung. Darin eingeschlossen ist auch die Umgebung des Schul- und Lagerhauses. (Zitatende). Die SVP-Fraktion glaubt dem Projektleiter Claudius Berchtold nicht, dass viele Bäume im schlechten Zustand sind, da er auch beim Friedhof Zug diese Meinung vertrat, was aber überhaupt nicht ganz den Tatsachen entsprach. Die Aussichtsplattform bringt dem Besucher auch nicht mehr Qualität (Preis-/Leistungsverhältnis), oder muss jetzt die Stadt Zug dem Kanton nacheifern, welcher auch eine Plattform beim Bellevue baut? Dass die Umgebung saniert werden muss, bezweifelt auch die SVP-Fraktion nicht, aber mit etwas bescheideneren Mitteln ist dies auch möglich. Muss immer mit der grossen Kelle angerührt werden oder kann man vom Wünschbaren auch einmal zum notwendigen Machbaren schreiten? Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Diese Vorlage ist an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag für eine reduzierte Umgebungsgestaltung mit maximalen Kosten von CHF 300'000.--.

Abstimmung

über den Rückweisungsantrag Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion:

Für den Rückweisungsantrag stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 6:20 Stimmen den Rückweisungsantrag von Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Eintreten gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stadträtin Andrea Sidler Weiss dankt namens des Stadtrates für die klare Haltung des Grossen Gemeinderates zur Vorlage und verweist auf Bericht und Antrag.

Urs E. Meier, Vizepräsident BPK: Die BPK ist nach intensiver Diskussion zum Schluss gekommen, dass die schattige Lage am Gottschalkenberg nicht die einladenste ist, jedoch auch eine sehr schöne Aussicht vom Restaurantgelände bestehen würde, wenn die Bäume dies nicht verhindern würden. Die BPK hat erkannt, dass für ein weiteres Florieren dieses Restaurationsbetriebes in die Umgebung investiert werden muss, um sie etwas aufzuwerten. Es haben Diskussionen darüber stattgefunden, ob beispielsweise der Asphalt durch Splitt- oder Schotterrasen ersetzt werden könnte. All dies würde aber Mehrkosten verursachen. Die schützenswerten Bäume waren ebenfalls Thema in der BPK. Hier in diesem schattigen Gebiet macht es aber keinen Sinn.

Urs B. Wyss, Präsident GPK, verweist auf den schriftlichen Bericht und hält fest, dass die Bemerkung betreffend Fass ohne Boden durchaus spasshaft und ebenso durchaus korrekt gemeint. Die Stadt als Gastrokonzern! Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit schnallt sich die Stadt - ob mit oder ohne CHF 5 Mio.-Kredit - wieder eine neue Beiz an. Damit aber basta GPK! Urs B. Wyss beantragt nun auch namens der CVP-Fraktion Eintreten und Zustimmung. Insgesamt hat sich der Gottschalkenberg im Verlauf der letzten 50 Jahre als eine durchaus segensreiche Einrichtung für die Schulkinder der Stadt Zug erwiesen. Von daher ist die ständige „Fass ohne Boden-Renovation“, der leichte Ausbau und nun sogar der etwas luxuriös anmutende Umgebungsausbau mit Aussichtsplattform etc. durchaus gerechtfertigt. Wie immer, wenn die Stadt Zug etwas baut, kommt es teurer als wenn irgendeine Stadt Delemont usw. im Jura dasselbe machen müsste. Sie kommen mit der Hälfte der Kosten aus. Zug ist aber eben Zug und muss und wird damit leben.

Sabine Sauter: Gottschalkenberg – Das Rundumvergnügen. Mit dieser Aussage wirbt das Lagerhaus und Restaurant Gottschalkenberg für die Anlage. Mit der Zustimmung zur Vorlage und zum Baukredit würde die FDP-Fraktion diesem Anspruch Folge leisten. Nachdem in den Jahren 2001 – 2004 das Lagerhaus und das Restaurant saniert wurden, soll nun die Umgebung Instand gestellt und vor allem auch aufgewertet werden. Die projektierten Arbeiten sind die logische Fortsetzung der bisher getätigten Investitionen. Das vom Pächterehepaar mit viel Engagement und gutem Erfolg geführte Restaurant und Lagerhaus hat eine schönere und in vielen Belangen bessere und sichere Umgebung verdient. Eine Attraktivitätssteigerung steht ausser Frage. Die FDP-Fraktion erwartet eine straffe Kostenkontrolle. Selbstverständlich gilt es aber auch hier den Kostenumfang zu hinterfragen. Offene oder gar strittige Punkte, die in den Kommissionen vorgebracht wurden, konnten nach Meinung der FDP-Fraktion durch die zuständigen Personen zufriedenstellend und plausibel beantwortet werden. Wie bei jedem Bauvorhaben erwartet die FDP-Fraktion aber auch hier eine straffe Kostenkontrolle. Der Gottschalkenberg ist im kantonalen Richtplan als Erholungsschwerpunkt ausgeschieden. Was in dieser Formulierung etwas abstrakt klingt, heisst nichts Anderes, als dass es hier um einen Ort geht, der vielen Menschen Freude bereitet. „Pflegen wir also, was uns lieb und wichtig ist.“ Die FDP-Fraktion stimmt dem beantragten Baukredit über CHF 480'000.-- zu.

Astrid Estermann: Die Fraktion Alternative-CSP kann sich grundsätzlich hinter die neue Umgebungsgestaltung stellen und glaubt, dass es für ein viel besuchtes und beliebtes Ausflugsrestaurant wichtig ist, wenn die Umgebung stimmt. In der Fraktion gab es auch kritische Stimmen hinsichtlich dessen, ob es nun wirklich notwendig ist, neu zu asphaltieren, ob nicht auch eine andere Belagsform als diese Versiegelung des Bodens möglich wäre und ob die Trennung von Fahr- und Fussverkehr beim Gottschalkenberg tatsächlich so entscheidend ist. Es schadet jedenfalls nicht, dass die Gäste auf der Terrasse mehr Aussicht und viel Sonne werden geniessen können. Aber etwas sehr Wichtiges und Zentrales wurde bei dieser Vorlage vergessen. Haben es die anderen Ratsmitglieder auch bemerkt, als sie den technischen Projektplan studiert haben? Astrid Estermann ist es jedenfalls sofort ins Auge gesprungen. Weil Astrid Estermann aber an der Bau- und Planungskommissionssitzung nicht anwesend war und die Vorlage erst auf die Sitzung studieren konnte, bringt sie es auch erst hier vor: Es geht um die Fahrradparkplätze! Der Stadtrat ist nicht müde, immer wieder zu betonen, wie wichtig ihm die Velos sind. Dennoch muss Astrid Estermann immer wieder in zahlreichen Vorlagen feststellen, wie sehr die Realität dieser Bekenntnis hinterherhinkt. Das Velo ist in der vorliegenden Planung gänzlich inexistent. An alle wurde gedacht: An Autos, Busse, Fussgänger, ja sogar an die Motorräder. Dabei steuern sehr viele nicht motorisierte Biker das Ausflugsrestaurant an. Es ist für die Hobbyradler vermutlich eines der beliebtesten Tourenziele der ganzen Region. Mountainbikes verfügen in der Regel nicht über einen Ständer, so müssten demgemäss die Velos z.B. an die Bäume angelehnt oder auf den Vorplatz gelegt werden, was natürlich nicht gerade ein gutes Bild abgibt. Es kann doch nicht sein, dass immer wieder auf diesen Punkt aufmerksam gemacht werden muss. Der Rat scheint auf diesem Auge wirklich blind zu sein. Dass ausgerechnet hier, in diesem Beispiel eines so beliebten Velotourenziels, einmal mehr darauf aufmerksam gemacht werden muss, ist nicht nachvollziehbar. In den Köpfen des Rates muss für die Planung von allen Bauvorhaben, die mit Verkehr zu tun haben, endlich ein Umdenken stattfinden. Man hat noch eine falsche Prioritätenreihenfolge im Kopf. Nicht das Auto kommt zuerst: Nein, zuerst der schwächste Verkehrsteilnehmer, der Fussgänger, dann das Velo, dann der öV und zum Schluss der mobilisierte Individualverkehr - und nicht umgekehrt. Astrid Estermann erwartet nun vom Stadtrat hier sofort eine verbindliche Zusage, dass auf dem Gottschalkenberg bei der Umgebungsumgestaltung Veloparkplätze nahe beim Restaurant geschaffen werden. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, wird Astrid Estermann nochmals das Wort ergreifen und einen entsprechenden Antrag für Veloparkplätze stellen.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss tut es sehr leid; es ist niemandem aufgefallen. Selbstverständlich wird das Anliegen von Astrid Estermann entgegengenommen. Stadträtin Andrea Sidler Weiss entschuldigt sich und gelobt Besserung. Der nächste Plan hat selbstverständlich Veloständer.

Urs Bertschi als Velofahrer und Biker, wenn auch nicht so intensiv wie die Alternative Fraktion, würde es nie in den Sinn kommen, auf dem Gottschalkenberg einen Veloparkplatz zu verlangen, geschweige dann einen Veloständer. Hier hält es Urs Bertschi

eher mit dem Naturschutz und würde auf weitere solche Einrichtungen verzichten. Welches Bikerherz schlägt nicht hoch, wenn es sein Rad endlich einmal um einen Baum schlingen und hier befestigen kann. Fahrräder in Ehren, aber dieser Antrag ist völlig überflüssig und müsste abgelehnt werden. Zudem finden mit Sicherheit nicht hunderte von Radfahrern den Weg auf den Gottschalkenberg. Die SP-Fraktion steht dieser sanften Erneuerung der Umgebung des stadtzugerischen Lagerhauses grundsätzlich positiv gegenüber. Denn bekanntlich handelt es sich nicht bloss um dieses einzigartige Lagerhaus, sondern auch um ein nicht minder beliebtes Ausflugsziel mit einem aber doch beschränkt attraktiven Sommerrestaurant. Daher verdient insbesondere der Vorplatz des Gottschalkenbergs, der als eigentliche Asphaltwüste in den Sommermonaten bekanntlich auch noch ein paar zum Gartenrestaurant arrangierte Tische beherbergt, ein solches Face-Lifting. Dass dabei gleichzeitig auch die Wanderer und Fussgänger einen neuen Fussweg und die Velofahrer eben keinen Veloständer erhalten und nicht mehr die nicht ungefährlichen Verkehrsflächen benutzen müssen, macht Sinn. Immerhin stellt der Gottschalkenberg gerade für Familien mit Kindern, aber auch für Senioren ein beliebtes Naherholungsziel dar. Aufgrund des bestehenden Weg- und Fahrrechts bleibt die Sommerwirtschaft gleichwohl, wenn auch nicht übermässig, weiterhin durchfahren. Daher hätte es Sinn gemacht, den als Aussichtsplattform angepriesenen Balkon - wenn schon denn schon - etwas grosszügiger auszulegen. Denn dann hätten auch noch ein paar zusätzliche Gartentische in der attraktiven ersten Reihe Platz gefunden, die eine wunderbare Aussicht bietet. Angesichts der relativ hohen Kosten hätte es sich gelohnt – und würde es sich wohl noch immer lohnen – darauf ein paar Gedanken zu verschwenden. Der erschöpfte Wanderer und wohl auch der Wirt werden es danken!

Beratung des Beschlusses

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 27:3 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1512

betreffend Gottschalkenberg Lagerhaus/Restaurant: Neue Umgebungsgestaltung, Baukredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2050 vom 8. September 2009:

1. Für die Sanierung und Aufwertung der Umgebung des Lagerhauses/Restaurants Gottschalkenberg wird ein Kredit von brutto CHF 480'000.-- einschliesslich MWST zulasten der Investitionsrechnung, Konto 2220/50300, Objekt 837, bewilligt.
2. Der Kredit erhöht oder senkt sich bis zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung entsprechend dem Zürcher Baukostenindex (Stand 1. April 2009) für die entsprechende Arbeitsgattung. Nach Vertragsabschluss erfolgt die Berechnung der Teuerung aufgrund der KBOB-Richtlinien (Konferenz der Bauorgane des Bundes).
3. Die Investition von CHF 480'000.-- wird mit jährlich 10 % abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
4. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Die Neue Zuger Zeitung möchte heute während der Traktanden 8 und 9 fotografieren

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der beiden Traktanden 8 und 9 durch die Neue Zuger Zeitung fotografiert wird.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart schlägt vor, nun noch die beiden Traktanden 8 und 9 zu behandeln und die beiden Berichte auf die nächste Sitzung zu verschieben.

8. Instandsetzung Kulturzentrum Galvanik: Baukredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2054

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2054.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2054.2

Petition betr. Jugendkultur

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Die Vorgeschichte dieser Vorlage kennen alle bestens. Trotzdem noch die wichtigsten Aspekte, welche für die Sanierung sprechen, kurz zusammengefasst: Die Galvanik ist eine Institution, die aus dem Zuger Kulturleben nicht mehr wegzudenken ist: – Die Galvanik ist der Zuger Treffpunkt für 18- bis 25-Jährige, für junge Erwachsene, die nicht mehr in das Jugendzentrum an der Industriestrasse 45 gehen. Die Galvanik ist für junge Zuger Frauen und Männer ein wichtiger Ort, wo man vor allem am Wochenende gemeinsam einen Teil der Freizeit zusammen verbringen kann. Die Galvanik ist eine wichtige Plattform für junge Zuger Kulturschaffende. Die Galvanik ermöglicht Auftritte für lokale Bands als Vorgruppen von national und international bekannten Formationen und für DJs aus dem Kanton Zug für die Parties nach den Konzerten. Die Galvanik ist ein Ort, mit dem sich viele junge Zugerinnen und Zuger identifizieren und den sie regelmässig besuchen. Die umfassende Sanierung der Galvanik lohnt sich: Mit der Sanierung kann der Verein IG Galvanik Zug als Trägerschaft die neue Galvanik im November 2010 wieder eröffnen. Darauf warten nach dem zweijährigen Unterbruch viele Jugendliche sehnlichst. Mit der Sanierung werden die bestehenden Raumelemente so weit als möglich erhalten, damit die spezielle Galvanik-Atmosphäre auch nachher noch spürbar ist. Mit der Sanierung erfolgt eine verhältnismässige Renovation und eine zweckmässige Erweiterung in einem adäquaten Ausbaustandard. Mit der Sanierung wird das Kulturzentrum Galvanik sicherheitstechnisch, betrieblich und bautechnisch den aktuellen gesetzlichen Anforderungen gerecht. Mit der Sanierung erhält die Stadt vom Kanton Zug, von der Göhner-Stiftung und den umliegenden Zuger Gemeinden einen finanziellen Beitrag von CHF 1,04 Mio., also fast einen Viertel der Anlagekosten. Mit der Sanierung verpflichtet sich der Grundeigentümer, die durch Chemikalien kontaminierten südlichen Anbauten der heutigen Liegenschaft und die darunter liegende Erde auf eigene Rechnung fachgerecht zu entsorgen. Die Zuger Jugend wartet sehnlichst auf den Baubeginn und wird dem Rat die Zustimmung zu die-

sem Baukredit danken. Dasselbe gilt für den Stadtrat, welcher dem GGR bestens dankt, dass er seine Vorlage unterstützt.

Urs E. Meier, Vizepräsident BPK: Stimmung in der BPK war grundsätzlich positiv. Fragen gab es einerseits zu diesen rostigen Fassaden, welche an sich nicht sehr billig sind. Andere Lösungen wie z.B. Eternit wären jedoch praktisch gleich teuer. Die BPK hat erkannt, dass der vorgeschlagene selbstrostende Stahl einen sehr schönen Kontrast zur Chollerhalle bieten kann und dem ganzen Charakter der Galvanik entsprechen würde. Das EG wird mehr oder weniger übernommen. Das Herzstück der ganzen Anlage wird somit erhalten und umgebaut. In den oberen Etagen entstehen vermehrt Proberäume und Lagerräume für Aktivitäten. Die Dachterrasse soll für Sommeranlässe zur Verfügung gestellt werden. Etwas stossend wurde in der BPK empfunden, dass der Bauvertragsvertrag eher zu Gunsten des Landbesitzers ausfällt. In 25 Jahren muss die ganze Anlage abgeschrieben werden. Die BPK hat angeregt, den Titel von Instandsetzung in Umbau und Erneuerung abzuändern. Dem Projekt hat die BPK schlussendlich grossmehrheitlich zugestimmt.

Urs B. Wyss, Präsident GPK, verweist auf den schriftlichen Bericht und hofft, dass er einigermassen aufmerksam gelesen wurde. Die Besichtigung der alten Ruine und des Umgeländes, welche die GPK vorgängig der Beratung des Geschäftes vornahm, hat sich gelohnt. Die insgesamt recht hohen Kosten konnten etwas verlässlicher eingeschätzt werden, die Planunterlagen wurden an Ort und Stelle näher erläutert, und die Einschränkungen von der Lage des Grundstücks und der Zonenvorschriften konnten im Massstab 1:1 nachvollzogen werden. Mit der Bewilligung des Bauprojekts wird der GGR zweifellos dem Wunsch einer beachtlichen Zahl von jungen Kulturbeflissenen entsprechen. „Erlauben Sie aber dem freundlichen älteren Herrn, der auch einmal jung war, ein Wort im Klartext an die Adresse der heutigen Jungen: Die Aktivisten von Notfall, Rasmataz und Pampers haben sich sehr vernehmlich als lautstarke Forderer und geschickte Propagandisten in den Vordergrund der Medien gedrängt. Was sie aber nicht – oder jedenfalls nicht sichtbar – einzubringen vermochten, das ist „eigenes Hand anlegen“. Schauen Sie sich doch in der Umgebung der Galvanik um: Bei der Chollerhalle hat eine aktive IG erhebliche eigene Beiträge an die Investition aufgebracht, und jenseits der Bahnlinie hat der Sprechende vor Jahrzehnten noch beim Bau der Roverhütte selbst mitgearbeitet und viele Fronstunden geleistet. Was mir fehlt, ist der eigene Arbeitseinsatz; zu sehr herrscht auch im Bereich der jugendlichen Kulturbetätigung ein Konsumdenken, eine Erwartungshaltung an Mütterchen Stadt vor, die mit Selbstverantwortung – die Sie doch wahrnehmen wollen – und Eigeninitiative zu wenig gemein hat. Doch genug der mahnenden Worte.“ Die Vorlage verdient die Unterstützung des GGR. Namens der grossmehrheitlichen GPK-Kommission darf daher Urs B. Wyss Eintreten und Zustimmung beantragen.

Jürg Messmer war ob dem heutigen Postulat von Rupan Sivaganesan an sich erfreut, weil er damit rechnete, damit noch ein Jahr zu gewinnen. Jürg Messmer wusste nicht, dass es voraussichtlich nur noch bis März geht. Die Vorlage, wie sie hier dargebracht

wird, ist unausgegoren. Die Veloparkplätze sind nicht vorhanden. Nicht enthalten ist auch ein Parkplatz für die Autos. Offensichtlich haben die heutigen Jungen keine Autos mehr. Es fehlt in der Vorlage auch eine Zusammenarbeit mit der Chollerhalle, welche schon beim Bau der Chollerhalle aber damals gefordert wurde. Der Baurechtsvertrag - ein richtiger Knebelvertrag - läuft bereits. Es geht also um CHF 4,5 Mio. für noch knapp 20 Jahre. Kollege Urs Bertschi hat es bei einem früheren Traktandum bereits angebracht: warum nicht eine Alphütte von A nach B bringen, warum nicht eine Lockremise von A nach B bringen? Statt einen Neubau der Galvanik könnte auch abgeklärt werden, ob dieses Gebäude günstig dorthin verlegt werden kann. Jürg Messmer stellt daher namens der SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag und verlangt, eine kostengünstigere Variante mit einem Kostendach von maximal CHF 2,5 Mio. diesem Rat vorzulegen.

Abstimmung

über den Rückweisungsantrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion:

Für den Rückweisungsantrag stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5:25 Stimmen den Rückweisungsantrag von Jürg Messmer namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat.

Urs Bertschi: Gäbe es die Galvanik nicht, so müsste man sie erfinden. Denn einen für Jugendliche und junge Erwachsene vergleichbar attraktiven Kulturtempel gibt es sonst nirgends im Kanton. Ein Wegfall der Galvanik bedeutete für die Jungen nicht nur Raum-, sondern eigentlicher Kultur- und Heimatverlust. Die Chollerhalle vermag die Galvanik nicht zu ersetzen, zu einzigartig ist deren Profil, deren urbane Morbidität. Mit andern Worten: der heimelige Mief der Galvanik lässt sich nicht durch eine Retortenlösung an einem anderen Ort reproduzieren oder gar aus dem Hut zaubern. Orte wie die Galvanik müssen wachsen, brauchen ihre Geschichte! In der Vergangenheit ist es den Betreibern gelungen, die Räume der Galvanik multifunktional zu nutzen und vor allem auch attraktiv zu bespielen. Jedenfalls vermochte das Konzept den Geschmack der jungen Erwachsenen voll zu treffen. Sie verdienen das Vertrauen, die Galvanik weiter zu betreiben zu können. Gerade die Vorgeschichte der Galvanik macht klar, dass darin wohl auch die grösste Herausforderung für den Umbau und die Erweiterung bestanden hatte. Heute darf man getrost feststellen, dass Peter Frey und sein Team diese Aufgabe sehr gut gelöst haben, indem sie das Rückgrat der Galvanik bestehend aus der Bar und dem Konzertsaal kaum antasteten und die Erweiterung mit modernen und zweckmässigen Räumen ergänzten. Nebst den zahlreichen Proberäumen beinhaltet die Erweiterung auch einen Mehrzweckraum mit Terrasse, welcher gerade auch für private Anlässe eine Lücke im bisherigen Saal-Portefeuille der Stadt schliessen dürfte. Und die neue Fassade im witterungsfähigen Cortenstahl unterstreicht den morbiden Charme und auch die Robustheit dieses Kulturortes. Dem Stadtrat sei an dieser Stelle ein grosses Kränzchen gewunden. Allen voran zeigte der Stadtpräsident bei der Rettung der Galvanik die unabdingbare Beharrlichkeit. Er hat sich von den zahlreichen Intermezzi rund

um die Galvanik – angefangen bei einem schwierigen Grundeigentümer bis hin zu den Feuersbrünsten und den mitunter offen geführten Anfeindungen der Galvanik als kulturelles Sodom und Gomorrha – nicht aus dem Konzept bringen lassen. Die Jugendlichen hätten es schlicht nicht verdient, wenn man die Flinte vorschnell ins Korn geworfen hätte. Auch wenn es die soeben eingereichte Petition von "Pimp my Zug" zur Rettung der Galvanik nicht gebraucht hätte, so macht sie zumindest mehr als deutlich, dass die Jugend von Zug mehr Kulturraum braucht und diesen auch zu Recht einfordert. Einziger Wermutstropfen dieser Vorlage bilden die Kosten und der nicht gerade vorteilhafte Baurechtsvertrag. Der Vertrag mutet auf den ersten Blick als sehr einseitig zugunsten des Baurechtsgebers an. Doch dabei darf nicht übersehen werden, dass sich die Lebensdauer eines solchen Gebäudes auf etwa 25 Jahre beschränkt, bevor wieder mit grösseren Investitionen an eine Wert erhaltende Erneuerung zu denken ist. Mit andern Worten lässt es sich verantworten, den Investitionsbetrag von 4.35 Mio. Franken über 25 Jahre einfach abzuschreiben. Und wer weiss, vielleicht geht es nach diesen 25 Jahren dann ja doch noch weiter! Dass der Eigentümer seine einzigartige Verhandlungsposition gleichwohl ideal zu versilbern wusste, schleckt keine Geiss weg. Dies im Wissen darum, dass er zu viele Trümpfe in der Hand hatte. Immerhin aber konnte er zur Terrainsanierung verpflichtet werden. Und zu guter Letzt kann die Stadt das Objekt nach der 25-jährigen Nutzung einfach besenrein zurückgeben, muss also keinen Rückbau betreiben. Gönnen wir dem Eigentümer seinen Deal, soll er damit glücklich werden. Diese Investition in die Jugendlichen und in die Jugendkultur ist es alleweil wert!

Rupan Sivaganesan: Zuerst ein paar Worte zur Jugendkultur aus persönlicher Sicht: Seit gut einem Jahr gibt es für Jugendliche keine freien Jugendkulturräume mehr. Wie sicher alle wissen, haben die Jugendlichen, die im Verein Notfall organisiert sind, beim Regierungsrat ein Zwischennutzungskonzept für Kulturräume auf dem alten Kantons-spitalareal eingereicht. Leider waren sie damit aber erfolglos. Das Podium 41 wurde einst für Jugendliche gebaut. Doch seit Herbst 2008 spricht diese einstige Jugend- und Alternativbeiz nicht mehr Jugendliche, sondern Randständige an. Diese Neuausrichtung wurde auch in diesem Rat gutgeheissen. Seit ein paar Monaten wird über das neue Kunsthaus diskutiert, als möglicher Standort wird auch die Schützenmatt evaluiert. Der dortige Basketballspielplatz wird stark von Jugendlichen genutzt. Wenn dort ein neues Kunsthaus kommt, dann werden diese Jugendlichen auch von diesem Raum verdrängt. Die Jugendlichen haben verschiedene Mittel ergriffen, um öffentlich aufzuzeigen, was ihnen fehlt. Z.B. via Petition oder durch den Dialog mit politischen Parteien, manchmal auch mit temporären Besetzungen, die immer friedlich verliefen. Die jüngste Besetzung war ja die vom Theilerhaus, da haben gemäss Medienberichte über 400 Jugendliche mitgemacht. Das zeigt also, dass es ein klar ausgewiesenes Bedürfnis nach mehr Jugendräumen gibt. Es ist also Zeit, dass die Politik hier positive Zeichen setzt. Es ist Zeit, dass die Politik sich für die rasche Realisierung der Galvanik einsetzt und diesen Kredit, der sinnvoll verwendetes Geld darstellt, spricht. Und es ist Zeit, dass die Politik die Bedürfnisse der Jugend in einer alternden Gesellschaft ernst nimmt. Deshalb plädiert Rupan Sivaganesan dafür, diese Vorlage anzunehmen. Zug hat eine gute Tradition im pragmatischen Umgang mit den Jugendlichen. Dieser bewährte Weg soll also weiter

begangen werden. An dieser Stelle möchte Rupan Sivaganesan auch dem Vorstand der Galvanik für sein Engagement danken. Denn gemäss Bericht wurden 2008 insgesamt 2'250 Stunden ehrenamtlich gearbeitet. Das verdient Lob.

Karl Kobelt: Wer dieser Tage die Spalten der Presse liest und sich mit besonderem Interesse die kulturpolitischen Beiträge zu Gemüte führt, reibt sich verwundert die Augen: Da scheinen sich offenbar fast ausschliesslich alternative und links stehende Politikerinnen und Politiker für die Belange der Jugendkultur stark zu machen. Wenn die Voten der drei Vorredner in Betracht gezogen werden, scheint dieser Eindruck noch verstärkt zu werden. Dieser Eindruck bedarf der Korrektur: So weist Karl Kobelt gerne darauf hin, dass die FDP-Fraktion und ein grosser Teil der CVP-Fraktion die Beiträge an die Interessensgemeinschaft Galvanik Zug (IGGZ) stets mitgetragen haben. Bereits Anfang 2008 haben sie in einer Interpellation auf die Dringlichkeit der Sanierung der Galvanik hingewiesen und die Besorgnis zum Ausdruck gebracht, dass zu jenem Zeitpunkt noch kein Vertrag mit dem Eigentümer zur Sanierung der Liegenschaft ausgehandelt werden konnte. Im Übrigen ist die FDP auch im Beirat „Für mehr Jugendkultur“ vertreten. Man sieht, erfreulicherweise ist die Förderung der Jugendkultur ein breit abgestütztes Anliegen, keine Gruppierung hat es für sich gepachtet. Entsprechend findet auch die Vorlage zum Umbau und zur Erweiterung – diese von der BPK und GPK vorgeschlagene Bezeichnung heisst die FDP-Fraktion gut – ihre einhellige Zustimmung. Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK an, eine kritische Anmerkung zum Bericht des GPK-Präsidenten möchte Karl Kobelt aber anbringen: Seiner Ansicht nach sollte man die so genannte etablierte Kunst, wofür das Kunsthaus steht, und die Jugendkultur nicht gegeneinander ausspielen. Das diskutierte neue Kunsthaus hat mit der Galvanik nichts zu tun. Die FDP-Fraktion kommt indes nicht umhin, Kritik am Handeln des Stadtrates zu üben. Zum Einen betrifft dies das überlange Zuwarten in dieser Sache. Der Verdacht bleibt im Raum, dass erst die Interpellation der FDP-Fraktion im Januar 2008 – nebst anderen Vorstössen – den Stadtrat veranlasst hat, die langwierigen Gespräche mit dem Eigentümer auch einem Verhandlungsergebnis (das am 21. April 2008 erreicht wurde) zuzuführen. Der ausgehandelte „Deal“ ist sinnvoll: Die Eigentümerschaft kommt für die Sanierung des Untergrunds auf, die Stadt ist für die Wiederherstellung des Gebäudes zuständig. Bedauerlich sind jedoch – auch hier – die Zeitverhältnisse: Der auf 25 Jahre laufende Baurechtszins läuft seit 1. Juli 2008. Das heisst, das Nutzungsrecht erlöscht am 30. Juni 2033. Geht man davon aus, dass erst Anfang 2011 die Galvanik wieder eröffnet werden kann – eine sehr optimistische Einschätzung des Stadtrates –, verbleiben im besten Fall gut 22 Jahre, in der die Galvanik am besagten Ort weiter betrieben werden kann. Das ist eine vergleichsweise kurze Zeit – insbesondere auch dann, wenn man die erheblichen Kosten von 4,35 Millionen Franken in Erwägung zieht! Aus diesem Grund schliesst sich die FDP-Fraktion der GPK an und beantragt, den vorgesehenen Bruttokredit mit einem Kostendach zu versehen. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die laufende Bauteuerung, die das Projekt sogar bis an die Grenze von CHF 5 Mio. – das Quorum also, das eine Volksabstimmung notwendig macht – erhöhen könnte. Karl Kobelt möchte indes noch eine Lanze für die Jugendkultur brechen. Jugendkultur öffnet ein Experimentierfeld für junge Leute zur Identitäts-

findung und Erweckung schlummernder Talente. Sie hat eine nicht wegzudenkende Funktion von sehr hohem gesellschaftspolitischen Wert. Wenn der Rat, und damit richtet sich Karl Kobelt insbesondere an allfällige notorisch kulturkritische Geister, Leistungen von den Jugendlichen fordern will, muss er ihnen auch Mittel gewähren und Wege eröffnen, um ihr Potenzial zu entdecken und zu entwickeln! Es erstaunt zuweilen, dass man dies auf dem Gebiet des Sports allgemein anerkennt. Bei der Kultur ist man meines Erachtens oft voreingenommen und allzu kritisch. Das kulturelle Schaffen – sei es in der Musik, in der Malerei, auf dem Tanzboden oder auf der Theaterbühne – ist ein Nährboden für Entwicklung, Bildung und Innovation, was für eine offene, demokratische Gesellschaft höchst bedeutsam ist und nicht zuletzt auch direkt oder indirekt der Wirtschaft und dem Gewerbe zugute kommt. Die Galvanik bietet eine ideale Stätte für die Jugendkultur. Zwangsläufig ist sie zuweilen laut. Infolge des dichter werdenden Siedlungsgebietes müssen dafür Räume zur Verfügung gestellt werden, die ausserhalb der Wohnsiedlungen liegen. Die FDP-Fraktion nimmt die Anliegen der Jugend ernst und sagt im Sinne der GPK überzeugt Ja zum Umbau und zur Erweiterung der Galvanik. Zwei Fragen hätte die FDP-Fraktion gerne noch vom Stadtpräsidenten beantwortet:

- Wann werden die Profile gestellt für die anstehenden Arbeiten?
- Wann rechnet der Stadtpräsident mit der Erteilung der Baubewilligung?

Stadtpräsident Dolfi Müller: Wichtig ist, dass alle jetzt gemerkt haben, dass es ein riesiges Bedürfnis und auch eine gewisse Beunruhigung der Jugend in dieser Stadt ist, wenn jetzt einfach die letzten ein zwei Jahre zurückgeblickt werden. Stadtpräsident Dolfi Müller hat das miterlebt, als es um die Proberäume ging, aber auch mit den gemachten Maturaarbeiten. Dabei zeigte sich, dass diese Jungen nicht mehr nach Luzern und Zürich gehen wollen, sondern hier einen sicheren Wert wünschen. Es ist erfreulich, dass durch den GGR und aus den Kommissionen eine klare Botschaft übergeben wird, dass sie wichtig sind. Zug lebt von der Vielfalt, so wird Vieles für Sport, für Betagte, für etablierte Kultur geboten. Da hat Karl Kobelt Recht: das darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Heute und jetzt müssen aber dem Rat die CHF 4,5 Mio. für die Jugend wert sein. Dieser Wermutstropfen muss geschluckt werden. Die Galvanik ist ein Kultur-, aber auch ein Jugendort. Es ist ein Ort der Prävention und ein Stück Heimat und Identität, das genau mit dem vorgesehenen Cachet der Jugend wieder zurückgegeben werden kann. Richtig ist auch, dass kein Neubau entsteht. Die Jugend wechselt immer wieder, man weiss nicht, wie die Situation in 25 Jahren aussieht. Zurzeit ist es das Cachet, das Heimat vermittelt. Das Baugesuch läuft bereits, die Baubewilligung soll sofort erteilt werden. Erste Gespräche haben bezüglich der Grabungsarbeiten bereits stattgefunden. Die Altlastensanierung sollte im März/April durchgeführt und abgeschlossen werden. Das ambitionöse Ziel Ende 2010 wird eingehalten.

Franz Weiss: Das Konzept zur Neugestaltung der Galvanik überzeugt, auch das nur die Teile abgebrochen werden, welche nicht mehr zu gebrauchen oder zu renovieren sind. Mit dem Erstellen des neuen Anbaus innerhalb des Bebauungsplanes, kann das Raumbedürfnis gut erfüllt werden. Der Baurechtsvertrag gab etwas zu reden, wie in der BPK,

doch am Schluss ist die CVP-Fraktion der Meinung: so schlecht ist er nicht. Wer weiss schon, welche Bedürfnisse in 25 Jahren bestehen. Es besteht ja noch die Option einer Verlängerung. Etwas provokativ wirkte der Zeitungsbericht vom Samstag in der Neuen Zuger Zeitung. Es wird eine vielfältige Jugendkultur gefordert. Mit der Zustimmung zum Umbau und Erweiterung kommt die Stadt Zug einem grossen Teil dieser Forderungen nach. Aber auch der Rat stellt Forderungen an die Betreiber und die jugendlichen Besucher. So sollen die Besucher sich gegenseitig für Ordnung sensibilisieren, vor allem in Bezug auf Littering in der Umgebung und Ruhe beim nachhause gehen. Die Anwohner der Umgebung werden es ihnen danken. Mit ihrem Verhalten in naher Zukunft können sie bestätigen, dass ihre Forderungen zu Recht erfüllt wurden. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats grossmehrheitlich.

Philip C. Brunner erklärt die Ablehnung der SVP-Fraktion, nach diesem alternativen Hochamt des FDP-Fraktionschefs auf das kulturelle Schaffen, die Jugend und die grosse Frage, die der Stadtpräsident gestellt hat: wer hat sich eigentlich für das Ganze eingesetzt? In dieser Stadt wird sich zeigen, wer am Schluss das Sagen hat: dieser Rat oder die Bürger. Interessant zu diesem ganzen Thema ist noch, wer sich daran beteiligt. Der Kanton Zug ist es mit CHF 480'000.--, die Göhner-Stiftung mit CHF 400'000.--, die Zuger Gemeinden gesamthaft mit läppischen CHF 160'000.--. Das entspricht nicht einmal dem jährlichen Abschreibungssatz der CHF 5 Mio. auf 25 Jahre. Ebenso ist es bei den Betriebsbeträgen, die aus den Gemeinden geleistet werden. Es handelt sich hier um gesamthaft CHF 137'000.-- mehr als bisher (Oberägeri 0, Walchwil mit dem tiefsten Steuersatz im Kanton Zug 0, Neuheim 0, Menzingen 0, Risch CHF 3'000.--, Hünenberg CHF 2'000.--, Cham CHF 7'000.--, Steinhausen CHF 5'000.--, Baar mit einer Einwohnerzahl von über 20'000 Personen läppische CHF 10'000.--). Stadt und Kanton dürfen wieder zusammen CHF 110'000.-- leisten. Alle Gemeinden zusammen leisten an die total CHF 137'000.-- ganze CHF 27'000.--. Die Stadt Zug alleine bezahlt CHF 40'000.--. Es ist immer wieder das gleiche Trauerspiel. Philip C. Brunner, weiss, dass sich der Stadtrat sehr bemüht hat. Trotzdem muss festgehalten werden, dass die Stadt Zug diese Zentrumslasten trägt. Einer Studie zufolge sind es gesamthaft zwischen CHF 15 und CHF 20 Mio. Die Stadt Zug trägt den NFA und den ZFA mit. Insgesamt geht praktisch die Hälfte des Steueraufkommens weg. Das muss bei diesem Hochamt auf das kulturelle Schaffen auch bedacht werden. Die SVP-Fraktion wird die Vorlage ablehnen.

Urs E. Meier: Urs B. Wyss hat etwas bemängelt, dass zu wenig Fronarbeit von den Jungen geleistet wird. Zu berücksichtigen ist aber, dass es sich hier um ein komplexes Bauwerk und um keine Pfadihütte handelt. Wenn einigermaßen professionell gearbeitet werden soll, können keine noch so gutwilligen Samstagnachmittagshandwerker und Gehilfen eingesetzt werden. Da muss während der ganzen Woche professionell gearbeitet werden. Die Anregung von Urs B. Wyss ist zwar gut gemeint, es geht aber schlicht nicht. Beim Ausbau ergeben sich vielleicht Möglichkeiten. Im Grossen und Ganzen muss aber ein so komplexes Gebäude in einem Zug professionell erstellt werden.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss ersucht den Rat eindringlich, den Antrag der SVP-Fraktion nicht zu unterstützen. Durch alle Parteien hindurch ist die Unterstützung für die Galvanik und die Jugend vorhanden. Der Vorwurf, dass es etwas lange dauerte und die FDP-Fraktion etwas Anschub geleistet hat, möchte nicht erwidert werden. Tatsache ist aber, dass die Führung der Gespräche mit dem Besitzer der Galvanik äusserst mühsam waren. Teilweise waren drei verschiedene Departemente beteiligt. Heute kann Stadträtin Andrea Sidler Weiss versichern, dass der Eigentümer die Altlasten termingerecht sanieren wird. Verschleppt hat der Stadtrat das Projekt aber definitiv nicht.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK zu Titel und Ziff. 1 übernimmt.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress gemäss GPK sowie zu Ziff 1 gemäss GPK wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Zu Ziff. 2 bis 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR dem Antrag des Stadtrates mit 28:5 Stimmen zu.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR damit die **Petition Pimp My Zug - Mehr Jugendkultur** zur Kenntnis genommen und anhängig behandelt hat.

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion das Behördenreferendum.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Wenn der Antrag der SVP-Fraktion von mindestens 14 Ratsmitgliedern unterstützt wird, muss der Beschluss der Urnenabstimmung unterbreitet werden.

Abstimmung:

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion für die Unterstellung dieses Beschlusses unter das Behördenreferendum:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 5 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5 Jastimmen, ohne Ermittlung des Gegenmehr, die Unterstellung unter das Behördenreferendum abgelehnt hat. Den Antragstellern bleibt es unbenommen, den Weg des Volksreferendums zu beschreiten.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1513
betreffend Kulturzentrum Galvanik: Umbau und Erweiterung; Baukredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2054 vom 27. Oktober 2009

1. Für die Instandsetzung, den Umbau und die Erweiterung des Kulturzentrums Galvanik wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 2220/50300, Objekt 823, Galvanik, Chamerstrasse 147, ein Bruttobaukredit mit einem Kostendach von CHF 4'350'000.-- inkl. MWST bewilligt.
2. Dieser Kredit erhöht oder senkt sich bis zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung entsprechend dem Zürcher Baukostenindex (Stand 1. April 2009) für die entsprechende Arbeitsgattung. Nach Vertragsabschluss erfolgt die Berechnung der Teuerung auf Grund der KBOB-Richtlinien (Konferenz der Bauorgane des Bundes).
3. Die Investition von CHF 4'350'000.-- wird mit jährlich 10 % abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
4. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung sofort in Kraft. Der Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse, aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

9. Interessengemeinschaft Galvanik Zug (IGGZ): Kulturzentrum Galvanik; Erhöhung Betriebsbeitrag

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2055

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2055.1

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Ebenfalls wird in diesem Zusammenhang die heute eingegangene Petition betr. Jugendkultur behandelt.

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und Eintreten demnach als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Der Bau ist das Eine, der Betrieb ist das Andere. Den Bau hat der Grosse Gemeinderat bewilligt. Der IG Galvanik soll nun auch ein guter Start ermöglicht werden für einen erfreulichen Betrieb insgesamt an einem ausgebauten Standort. Das soll der IG Galvanik geboten werden mit der Erhöhung des städtischen Beitrages, mit der Zusicherung seitens des Kantons und mit der Zusicherung seitens mehrerer Gemeinden, die Stadtpräsident Dolfi Müller, nachdem die meisten Budgetgemeinden durchgeführt wurden, im Detail erläutern wird. Zum Betrieb gehört aber auch die Zusammenarbeit mit der IG Choller. Das sind Synergien, die genutzt werden wollen und müssen. Da sind die präventive Arbeit sowohl bezüglich übermässigem Alkoholkonsum, ungesetzlichem Drogenkonsum und allenfalls gewalttätigen Ausschreitungen. Da ist eine Forderung an die jungen Freunde, dafür Sorge zu tragen, dass diesbezüglich ein sauberer Kulturbetrieb, der den Namen Kulturbetrieb verdient, gestartet werden kann. Eine Bemerkung noch zu den Eigenleistungen. Sie wurde vorhin im Zusammenhang mit dem Bau kurz angesprochen. Im Zusammenhang mit der letzten Übergangsvorlage hat Urs B. Wyss in seinem GPK-Bericht ein bisschen mangelnde Eigenleistungen angemahnt. Inzwischen hat die IG Galvanik die Eigenleistungen sogar in das Budget aufgenommen. Die Bemerkung im Bericht der GPK hat noch zu einem kleinen Intermezzo mit zahlreichen gemailten Hin und Her geführt. Per Saldo kann festgestellt werden: sämtliche Unklarheiten sind beseitigt. Was in den schriftlichen Unterlagen serviert wurde, kann so akzeptiert werden. Mit diesen Bemerkungen darf Urs B. Wyss für heute schliessen und namens der GPK Eintreten und Zustimmung empfehlen.

Karl Kobelt: Der Kanton Zug geht mit gutem Beispiel voran. Da kann die Stadt nicht hintanstehen. Sehr erfreulich ist überdies, dass der Stadtrat nun offenbar auch die Erhöhung der Betriebsbeiträge der meisten Zuger Gemeinden erwirken konnte. Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Zugleich sei indes auch gesagt, dass es insbesondere der mit dem tiefsten Steuerfuss begünstigten Gemeinde Walchwil gut anstehen würde, ihren eher mageren Beitrag auch etwas anzuheben. Zudem ist zu hoffen, dass Unterägeri, das bislang die Galvanik nicht unterstützte, sich an den Betriebskosten ebenfalls angemessen beteiligen wird. Die FDP-Fraktion steht hinter der Beitragserhöhung und bittet den Rat, ihm ebenfalls zuzustimmen.

Simone Gschwind: Die Haltung der SP-Fraktion hat sich auch jetzt nicht geändert; nach wie vor unterstützt sie die Galvanik und ist der Meinung, dass dies ein wertvoller Ort für Zug, respektive für die Zuger Jugendlichen ist. Als eine der Jüngsten im Rat möchte Simone Gschwind sich auch im Namen der Zuger Jugendlichen für die bisherige Unterstützung durch die Bewilligung des Baukredites bedanken. Wenn man für den Baukredit ist, ist es nur konsequent, auch die Erhöhung des Betriebsbeitrages zu bewilligen. Erfreut konnte Simone Gschwind lesen, dass nun auch der GPK-Präsident erkannt hat, dass die Jugendkultur ihre Daseinsberechtigung in der Stadt Zug hat. Anders als vor einem Jahr spricht Urs B. Wyss nicht mehr vom „extraterrestrischen jugendlichen Musikleben in der Stadt Zug“ und von „Randkulturmusik“, sondern auch von einer echten Notsituation. Hier und vor allem auch beim vorherigen Traktandum zeigt sich, wer erkannt hat, welche Plattform die Galvanik Jugendlichen bieten kann. Deshalb soll nun auch noch durch die Erhöhung des Betriebsbeitrages den Weg für eine zukunftsgerichtete, professionelle Führung der Galvanik geebnet werden. Auch der Kanton hat dies erkannt und ist bereit zukünftig den gleichen Betrag wie die Stadt Zug für die Betriebskosten zu sprechen.

Martina Arnold: Um es vorwegzunehmen: Die CVP Fraktion unterstützt mit grosser Mehrheit die befristete jährliche Beitragserhöhung an die IG Galvanik Zug. Die ausführliche Vorlage mit den Beilagen über Bilanz, Erfolgsrechnung und Betriebskonzept hat die meisten von uns überzeugt, dass ein grösserer Zustupf gerechtfertigt ist. Die Erhöhung soll für Lohnanpassungen und eine Personalaufstockung im Bereich Sicherheit verwendet werden. Es ist gerecht und sinnvoll, dass nicht nur die Stadt, sondern auch der Kanton und alle anderen Zuger Gemeinden für den jährlichen Mehraufwand aufkommen. Schliesslich steht die Galvanik mit ihrem vielseitigen kulturellen und gesellschaftlichen Angebot nicht nur den Jugendlichen der Stadt Zug zur Verfügung. Das 34 Seiten dicke Betriebskonzept im Anhang der Vorlage ist beeindruckend und zeugt von enormem Aufwand und grossem freiwilligem Einsatz der IG Galvanik. In einem mehrseitigen Kapitel wird der Umgang mit Alkohol und Drogen thematisiert. Es sind Massnahmen zur Sicherstellung eines gewaltfreien Klimas in der Galvanik aufgezählt, ebenso Massnahmen zur Sicherheit und zum Brandschutz. Aufgeführt ist eine Hausordnung mit 10 klaren Regeln. All diese Ausführungen überzeugen auf dem Papier. Ob sie auch alle um- und durchgesetzt werden, wird die Praxis zeigen. Jugendschutz und kantonaler Alkohol-Aktionsplan müssen eingehalten werden. Bedenken hat die CVP-Fraktion

bei den vorgesehenen Öffnungszeiten, bzw. Schliessungszeiten des Galvanik-Clubs. Laut Betriebskonzept soll am Donnerstag, einem gewöhnlichen Werktag, der Club bis morgens um 2.00 Uhr offen sein. Das scheint nicht sinnvoll, müssen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Freitag doch wieder zur Arbeit, an ihren Lehrplatz oder zur Schule gehen. Auch die langen Öffnungszeiten am Wochenende findet die CVP-Fraktion übertrieben (bis morgens um 4.00 Uhr, bei Bedarf open end!). Manche Eltern werden wenig Freude haben, wenn ihre Söhne und Töchter erst morgen in der Früh heimkommen. Hier sollten die Verantwortlichen über die Bücher. Der Trägerverein, insb. die Präsidentin der IG Galvanik, ist in der Pflicht. Die CVP-Fraktion wünscht der IG Galvanik Erfolg und Durchsetzungswillen. Auf dass der GGR auch in vier Jahren einem jährlichen Betriebsbeitrag mit Überzeugung zustimmen kann. Es ist zu hoffen, dass jene Jugendlichen, welche die Petition „Für meh Jugendkultur“ unterschrieben haben, sich mit dem Umbau und der Erweiterung der Galvanik zufrieden geben und nicht gleich weitere Projekte, d.h. weiteres Geld für sich und Lokalitäten, fordern, wie dies der Verein „Notfall“ in der neuen Zuger Zeitung vom 5. Dezember 2009 angedeutet hat. Irritiert hat Martina Arnold die Aussage von Regierungsrat Cotti in der vergangenen Samstagsausgabe der neuen Zuger Zeitung: „Mit dem Kulturzentrum Galvanik ist das Problem der fehlenden Räumlichkeiten für die Jugendkultur im Kanton nicht gelöst. Es bräuchte mehr.“ Martina Arnold ersucht, das Fass nicht zum Überlaufen zu bringen. Neben der Jugendkultur warten noch andere Kulturprojekte auf Unterstützung!

Philip C. Brunner: Auch die Haltung der SVP-Fraktion hat sich nicht geändert. Bis 2001 kam das Zentrum ohne staatlicher Beitrag ausgekommen. Dann hat sich das schrittweise erhöht über CHF 120'000.--, auf CHF 190'000.-- bis auf CHF 230'000.--. Vermutlich wird das so weiter gehen. Wenn Martina Arnold annimmt, dass dies das Ende der Jugendkultur ist, täuscht sie sich. Es wird weiter gehen und mehr kommen. Irgendwann werden sich die Bürger dieser Stadt die Haare ausreissen, weil es nicht mehr kontrollierbar ist. Philip C. Brunner hat zehn Jahre lang aus der Nähe zugeesehen. Philip C. Brunner hat dabei Arthur Cantieni kennen gelernt, welcher damals noch beim Bauamt arbeitete. Heute nach zehn Jahren glaubt Philip C. Brunner gar nichts mehr, er hat es gesehen, und Martina Arnold wird es auch sehen.

Stadtpräsident Dolfi Müller beantwortet noch die zwei Fragen des GPK-Präsidenten: Die IG Kultur (Chollerhalle) und die IG Galvanik müssen noch viel enger als bisher zusammenarbeiten. Das haben sie auch ganz klar schriftlich zugesichert. Alle wissen, dass es eines Tages wieder neue Betriebsbeiträge braucht. Da sind sie ganz klar in der Pflicht. Das war auch der Grund für eine kleine Verzögerung zum Schluss. Bei den Betriebsbeiträgen ist klar ein grosser Schub der anderen Gemeinden festzustellen. Die Zahlen sind aus der Vorlage ersichtlich. Der Beitrag der Stadt ist unter Berücksichtigung des kantonalen Beitrages prozentual sehr viel kleiner geworden. Es war das ambitionöse Ziel von Stadtpräsident Dolfi Müller, ein Delta Null zu erreichen. Das ist aber nicht ganz gelungen. Die Verantwortlichen der IG Galvanik haben aber ganz klar zugesichert, diese Leistungen soweit wie möglich aus eigener Kraft und aus Eigenleistungen zu erbrin-

gen. Das kostet auch etwas. Dazu steht der Stadtrat. Eigenleistungen wurden schon immer erbracht und werden auch zukünftig sinnvoll erbracht, so wie es Urs E. Meier bereits festgestellt hat. Die Verantwortlichen der IG Galvanik machen sich auch Gedanken, zusätzliches Sponsoring zu generieren. Das ist letztlich Sache der IG Galvanik, welche bei den Gemeinden die Beiträge abholen müssen, denn die Stadt hat nur die Vermittlerin gespielt. Dafür, dass am Schluss schon fast ein Weihnachtsgeschenk für die Jugend und die Stadt selbst vorhanden ist, kann der Beitrag der Stadt Zug durchaus als verkraftbar bezeichnet werden.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress und zu Ziff. 1 - 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 25:5 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Manuel Brandenburg: Damit die Jugend auch wirklich sicher sein kann, dass das Volk so stark hinter dieser Jugendkultur steht, die jetzt zu hören war, beantragt Manuel Brandenburg das Behördenreferendum.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Für das Behördenreferendum braucht es 14 Jastimmen.

Abstimmung

über den Antrag von Manuel Brandenburg für das Behördenreferendum:

Für den Antrag von Manuel Brandenburg stimmen 4 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass mit 4 Jastimmen das notwendige Quorum von 14 Stimmen nicht erreicht und somit das Behördenreferendum abgelehnt ist.

In diesem Zusammenhang hat der GGR auch die Petition zur Jugendkultur zur Kenntnis genommen und behandelt. Sie ist damit weitgehend erfüllt und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1514

betreffend Interessengemeinschaft Galvanik Zug (IGGZ): Kulturzentrum Galvanik; Erhöhung Betriebsbeitrag

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2055 vom 27. Oktober 2009:

1. Der jährliche Beitrag an die Interessengemeinschaft Galvanik Zug für den Betrieb des Kulturzentrums Galvanik wird um CHF 40'000.-- von CHF 190'000.-- auf CHF 230'000.-- erhöht. Der Beitrag ist jeweils in den Voranschlag der Laufenden Rechnung, Konto 36510.17/1600, Kulturzentrum Galvanik, aufzunehmen.
2. Die Beitragserhöhung ist befristet auf den Zeitraum vom 1. Juli 2010 bis Ende 2014.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug. Er tritt unter der Voraussetzung, dass auch der Kanton seinen Beitrag ab 2. Hälfte 2010 auf CHF 230'000.-- erhöht, sofort in Kraft.
4. Der Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

3. Stadtentwicklung: Ziele, Aufgaben

10. Spitex: Bericht zur Kostenentwicklung beim Verein Spitex Kanton Zug

Diese beiden Traktanden werden auf die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates verschoben.

11. Mitteilungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart gratuliert Gemeinderätin Karin Hegi zu ihrer kürzlichen Heirat und wünscht ihr und ihrem Gatten alles Gute.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 26. Januar 2010.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Rat nun eine Dreifachsitzung hinter sich hat und wünscht allen für die kommenden Festtage frohe Stunden und Erholung, damit bei guter Gesundheit und mit frischem Elan ins neue Jahr gestartet werden kann. Der Rat wird nun eingeladen, das dritte Jahr der Legislatur bei Glühwein und Käsekuchen sowie Adventsgebäck ausklingen zu lassen. Für die Organisation wird Fränzi Zürcher und ihrem Team herzlich gedankt.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber